

(Beginn: 15:38 Uhr - Ende: 21:30 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 24. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie selbstverständlich alle Mitglieder des Rates.

Zu Beginn der Sitzung möchte ich Herrn Karel Schiele als neues Ratsmitglied einführen. Herr Rouhs hat sein Mandat zum 5. April niedergelegt.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Herr Schiele, ich darf Sie bitten, nach vorn zu kommen. - Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Beifall bei pro Köln - Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Herr Houben heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn van Geffen, Frau Welcker und Frau Lüttig.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet.

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben zum 6. April fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Beitragsfreies Kindergartenjahr“ eingereicht. Inzwischen haben mir die beiden Fraktionen jedoch mitgeteilt, dass sie angesichts der Fülle der Tagesordnungspunkte, die wir heute zu behandeln haben, diesen Antrag zurückziehen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 5.5, 8.1, 17.4, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9, 17.10 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.8.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 6.1.3, 10.1, 10.5, 10.22, 10.27, 23.2 und 24.2.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.8 und 3.1.13 gemeinsam zu behandeln. Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass das so akzeptiert wird.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um zwei Tagesordnungspunkte: Zum einen erwarten wir zu der Vorlage 23.4 im nichtöffentlichen Teil noch eine Stellungnahme der Verwaltung. Diese ist bis heute noch nicht eingetroffen. Darauf will ich schon jetzt aufmerksam machen. Wenn sie nicht mehr im Laufe der Sitzung eingehen sollte, würden wir darum bitten, diesen Tagesordnungspunkt heute zurückzuziehen.

Zum anderen geht es um den Punkt 10.27, Kostenerhöhung bei der Generalsanierung der Feuer- und Rettungswache. Die Beratung in unserer Fraktion hat ergeben, dass hier noch Beratungsbedarf besteht, gerade auch im Vergleich zu einer Vorlage im Finanzausschuss vom Februar. Wir würden die Verwaltung gerne noch einmal in den nächsten Tagen dazu hören. Wenn sich das aufklärt, wird man das wahrscheinlich mit einer DE machen können. Wir bitten daher, diesen Punkt heute nicht zu behandeln.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Zu Punkt 23.4 der Tagesordnung Herr Streitberger.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Frank, ich bin darauf eingestellt, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hierzu eine Auskunft zu erteilen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gut. Dann bleibt Punkt 23.4 auf der Tagesordnung.

Sind Sie damit einverstanden, dass Punkt 10.27 heute nicht behandelt wird? - Ich sehe, das ist der Fall.

Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Punkt 8.1 sprechen. Diese Vorlage ist erst gestern bei uns eingegangen. Ein Großteil der Fraktion konnte sie deshalb nicht mehr vor der Sitzung lesen. Wir stehen dem Thema sehr aufgeschlossen gegenüber. Unser kulturpolitischer Sprecher Ralph Elster hat bereits entsprechende Gespräche geführt. Wenn die Vorlage jetzt als verfristet bezeichnet wird, wären wir damit einverstanden, per Dringlichkeitsentscheidung der Sache selber zuzustimmen. Wir wollen uns in der Fraktion nur ausreichend damit beschäftigen können. Das war bisher nicht möglich.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. Das ist hier so angekommen. - Ich sehe, es gibt keinen Widerspruch. Dann ist Tagesordnungspunkt 8.1 abgesetzt.

Wir stimmen nun über die Tagesordnung ab. Gibt es Gegenstimmen gegen die Reihenfolge und Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen. Wir können jetzt mit unseren Beratungen beginnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

## **2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften**

### **2.1 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers 1210/2011**

Es handelt sich dabei um eine Schenkung der Dohle Handelsgruppe sowie um eine persönliche Schenkung des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Messe, Herrn Gerald Böse.

Gibt es Bedenken, diese Schenkungen anzunehmen? -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin dagegen!)

Wer ist dagegen?

(Karl-Jürgen Klipper: Herr Oberbürgermeister, das nächste Mal machen wir aber eine korrekte Vorlage!)

- Teile der Grünen sind dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Gegen Einzelstimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Schenkung so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

## **3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

#### **3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene / Unterzeichnung der Charta durch die Stadt Köln" AN/0702/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)  
AN/0784/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln  
AN/0800/2011**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Frau Scho-Antwerpes für die SPD. Bitte schön.

**Elfi Scho-Antwerpes** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Als eine von vier antragstellenden Fraktionen regen wir an, dass die Stadt Köln die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern annimmt und dass wir beitreten. Diesen Beitritt verstehen wir als öffentliches und ausdrückliches Bekenntnis, uns auch weiterhin aktiv einzusetzen für mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft; denn wir alle wissen, trotz der Erfolge der Frauenbewegung gilt es auch heute noch, die völlige Gleichstellung von Mann und Frau im wirklichen

Leben zu realisieren, so wie es Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes fordert.

Nach wie vor geht es darum, dass Frauen und Männer gleiche Rechte, gleiche Chancen im täglichen Leben haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können. Frauen und Männer müssen ihren Weg selbstbestimmt wählen können: gemeinsam oder getrennt, mit und ohne Familie.

Die Wirklichkeit sieht vielfach anders aus. Insbesondere in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Ungleichheiten fort. Dabei sind Frauen heute genauso gut, oftmals sogar besser ausgebildet als Männer. 55 Prozent der Abiturienten sind Frauen. Dennoch sitzen in den Führungsgremien der 200 größten Unternehmen nur 29 Frauen im Gegensatz zu 877 Männern. Kurzum: Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten sind immer noch Mangelware. Der Kölner Stadtvorstand ist da eine löbliche Ausnahme.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Stattdessen beherrschen Frauen den Niedriglohnsektor. Teilzeitarbeit ist immer noch weiblich. Bei gleichwertiger Arbeit erhalten Frauen in Deutschland 23 Prozent weniger Lohn als Männer. Diese Zahlen zeigen, wie weit wir noch von dem in Art. 3 des Grundgesetzes verankerten Staatsziel entfernt sind.

Damit wollen und damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Dass wir als Stadt Köln bereit sind, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv zu gestalten und voranzubringen, wollen wir mit unserem Beitritt zur Europäischen Charta dokumentieren.

Dabei knüpfen wir an die Traditionen erfolgreicher Gleichstellungspolitik in unserer Stadt an. 1982 wurde in Köln die Frauenpolitik institutionalisiert. Unter der Leitung von Lie Selter wurde die erste kommunale Frauengleichstellungsstelle eingerichtet. Diese wurde später zum Frauenamt und schließlich zum jetzigen Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern - so lautet die offizielle Bezeichnung - umgewandelt. Das Team dieses Amtes engagiert sich innerhalb wie außerhalb der Verwaltung mit Nachdruck und Erfolg für mehr Gleichstellung von Frauen und Männern in Köln. Dafür sage ich an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, in der Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern gibt es in unserem Land kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Genau da müssen wir ansetzen. Lassen Sie uns deshalb den Beitritt zur Charta als willkommenen Anlass sehen, den eigenen Standort bei der Realisierung tatsächlicher Gleichstellung zu prüfen und, wo nötig, neue Ziele zu bestimmen und Maßnahmen weiterzuentwickeln. Das ist ganz im Sinne eines Mannes, der, 1840 in Deutz geboren, auch im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Geschlechter seiner Zeit weit voraus war. Ich spreche von August Bebel. Mit einem Zitat von ihm will ich schließen:

Freiheit und Befreiung für nur die Hälfte der Menschen kann es nicht geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es vonseiten der CDU Wortmeldungen? - Frau Manderla, bitte.

**Gisela Manderla** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor allem liebe Kolleginnen! Ich freue mich sehr, dass wir heute gemeinsam beschließen, dass Köln als bisher größte Stadt Deutschlands dieser Charta beiträgt.

Ich fand es sehr schön, dass wir das Jubiläum „100 Jahre Internationaler Frauentag“ am 25. März, dem Equal-Pay-Day, mit einem Straßenumzug begangen haben, der vom Roncalliplatz bis in den Ratssaal führte, wo wir dann zusammen 100 Jahre Frauenbewegung gefeiert haben.

Ich möchte diesen Tag zum Anlass nehmen, allen Frauen, insbesondere auch den jungen, die vielleicht meinen, dass sie sich, weil sie Familie und Beruf haben, nicht politisch engagieren können, sagen: Wenn unsere Großmütter und unsere Mütter nicht im Vorfeld des Ersten Weltkrieges 1911 europaweit, in England, in Amerika, in Frankreich und in Deutschland, für das Wahlrecht gekämpft hätten, wären wir als Frauen nicht da, wo wir heute sind. Deshalb

meine Bitte und mein Aufruf an alle: Wir sollten uns weiterhin politisch so engagieren, wie wir es bisher schon getan haben.

Ich denke, wir können uns heute alle dazu gratulieren, dass wir gemeinsam dieser Charta beitreten.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Frau Lüttig. Bitte schön.

**Marion Lüttig** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne! In diesem Jahr feiern wir das Jubiläum „100 Jahre Internationaler Frauentag“ und nehmen dieses Ereignis zum Anlass, natürlich auch hier in der Stadt Köln ein Zeichen zu setzen, indem wir die Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene beantragen.

Ich gebe zu: Es freut mich wirklich ausgesprochen - das ist ganz ernst gemeint -, dass diese grüne Initiative

(Susana dos Santos Herrmann: Eine gemeinsame Initiative, würde ich mal sagen!)

und das Thema Gleichstellung der Geschlechter hier so große Zustimmung erfährt und es gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu stellen, der von einer so breiten Mehrheit unterstützt wird.

Wie gesagt, diese Charta ist für uns alle eine Einladung, eine Anleitung und ein Ansporn, um mit stetigem und sichtbarem Einsatz für die unverzichtbaren Grundwerte der Gleichberechtigung einzutreten, sie lebendig zu halten und zu verteidigen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der 13 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Beschäftigte der Städtetage, die Politikerinnen und die Frauenbeauftragten, die diese Charta 2006 mitverfasst haben, waren sich damals einig, dass gerade in Zeiten des sozialen Wandels die gleiche Teilhabe an Gesellschaft und der lebendigen Demokratie ohne Ausschluss elementar ist. Teilhabe beginnt nicht zuletzt vor Ort, hier in Köln, auf lokaler Ebene. Sie merken

es vielleicht: Eigentlich geht es hierbei um Inklusion.

Die Charta bietet uns ein langfristiges Konzept, das die Tragweite der Grundrechte und Grundwerte der Gleichberechtigung von Frauen und Männern herausarbeitet, aber auch die vielfältigen Möglichkeiten aufzeigt, mit denen der erforderliche Wandel zu gleichberechtigter Teilhabe auf kommunaler Ebene unterstützt werden kann.

Die Charta fordert dazu auf, systematisch alle Institutionen und Organisationen im Stadtgebiet in den Prozess der Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern einzubeziehen. Hierbei vermeidet es die Charta, Geschlechterrollenklichses zu reproduzieren. Erklärte Absicht ist es, gegen Diskriminierungen, beispielsweise aufgrund von Rasse, sozialer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, vorzugehen; denn es gibt eben nicht nur *den* Mann und *die* Frau. Hier gibt es natürlich Anknüpfungspunkte an das AGG, aber auch an die von der Stadt Köln unterzeichnete Charta der Vielfalt.

Die Erarbeitung eines ersten Gleichstellungsaktionsplans innerhalb von maximal zwei Jahren nach Unterzeichnung, wie von der Charta als zentrales Instrument vorgesehen, eröffnet uns die Möglichkeit, die vielen Aktivitäten und Initiativen in Köln konzeptionell zu ordnen, Handlungsnotwendigkeiten besser zu erkennen und auch politisch gezielter Prioritäten zu setzen. Damit erhalten wir erstmalig die Chance für eine Art von Steuerung; denn einen allumfassenden Überblick über die vielfältigen Gleichstellungsaktivitäten gibt es bislang nicht. So soll dieser Gleichstellungsaktionsplan den bisherigen Frauenförderplan nicht ersetzen - dieser ist ja gerade ausgelaufen; wir warten auf den neuen -, im Gegenteil: Der Frauenförderplan wird zu einem Teil des Gleichstellungsaktionsplans, der über die im Frauenförderplan benannten verwaltungsinternen Maßnahmen deutlich hinausgeht. Denn Gleichstellungspolitik in einer Kommune wie Köln bedeutet, den Blick über den Verwaltungsterrand hinaus zu heben, hin zu einer gleichberechtigten Teilhabe aller Kölnerinnen und Kölner.

Die Charta bietet hierfür den ausgezeichneten Rahmen für einen fortlaufenden, qualifizierten Kommunikations-, Lern- und Optimierungsprozess für die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern am Leben in einer

Kommune, und sie ist offen für, wie es in der Charta heißt, „die ganze Bandbreite lokaler Akteurinnen und Akteure“. Wir bekommen hiermit die Chance, noch einmal ernsthaft die Gleichstellung als Grundlage für unser Zusammenleben zu erarbeiten, und zwar mit einem besseren ganzheitlichen Konzept, als es uns in der Vergangenheit etwa mit dem ganzheitlichen Konzept zu den Themen Gender Mainstreaming oder Gender Budgeting gelungen ist.

Die kommunale Ebene ist enorm wichtig für die Gleichstellungspolitik. Sie ist der Ort, wo Demokratie am direktesten erfahrbar ist, und sie ist der Ort, wo wir vielleicht schon an das eine oder andere, das wir gleichstellungspolitisch erreicht haben, anknüpfen können. Aber wir wissen natürlich auch, dass von der lokalen Ebene allein die ehrgeizigen Ziele für Geschlechtergerechtigkeit nicht erreicht werden können. Hierzu braucht es Bündnisse auf allen Ebenen der Politik, in der Wirtschaft und in Schlüsselinstitutionen. Wir brauchen neue gesetzliche Regelungen und Verbindlichkeiten in Politik und Wirtschaft. Uns Grünen hat die Quote in den letzten 25 Jahren übrigens nicht geschadet, ganz im Gegenteil.

Es ist allerhöchste Zeit, den längst erforderlichen sozialen Wandel zu vollziehen. Die Charta leistet hierfür einen wichtigen Beitrag. Fangen wir also gemeinsam an - in der Politik, in der Verwaltung und in der Stadtgesellschaft. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bitte schön, Frau Gebauer.

**Yvonne Gebauer (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein deutscher Physiker namens Georg Lichtenberg - er lebte Mitte bis Ende des 18. Jahrhunderts - hat einmal gesagt:

Es ist nicht gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird. Wenn es aber besser werden soll, muss es anders werden.

Vieles hat sich bereits geändert. Vieles muss und wird noch besser werden. Was gestern undenkbar war, wird heute zur Realität und morgen zur Selbstverständlichkeit. Damit aber diese Selbstverständlichkeit eintritt, bedarf es

immer mutiger Menschen: Menschen, die gegen den Strom schwimmen, Menschen, die Missstände, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten nicht einfach als gegeben hinnehmen wollen. Das haben in der Vergangenheit viele Menschen getan - für die unterschiedlichsten Ziele und aus der unterschiedlichsten Motivation heraus, nicht selten unter Einsatz ihres Lebens.

Obwohl manches schon erreicht wurde in den vergangenen Jahren, Jahrhunderten und sogar Jahrtausenden, sind der Wille und die Bereitschaft für notwendige Veränderungen beim Thema Gleichstellung von Frauen und Männern auch im Europa des 21. Jahrhunderts ungebrochen. Bereits in den Anfängen unserer Zeitrechnung gab es das Thema Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. So sagte der römische Dichter Marcus Valerius Martialis:

Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist nur möglich, wenn die Frau sich unterordnet.

Ein Ausspruch, der heute Gott sei Dank Seltenheitswert hat und, egal, ob von Mann oder von Frau, meist nur noch müde belächelt wird, wie ich auch an Ihrer Reaktion ablesen kann.

Meine Damen und Herren, wenn man hier als vierte Rednerin zu einem fraktionsübergreifenden Antrag spricht, dann bleibt nicht mehr viel Neues zu sagen. Damit Sie aber nach der Abstimmung nicht sagen können, Sie hätten gar nicht so richtig gewusst, worüber Sie hier und heute eigentlich abstimmen, möchte ich Ihnen doch die von den Unterzeichnern vereinbarten Grundrechte dieser Charta kurz darlegen. Es handelt sich um sechs Punkte:

1. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht.
2. Vielfältige Diskriminierungen und Benachteiligungen müssen bekämpft werden, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu garantieren.
3. Die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen ist eine der Grundbedingungen einer demokratischen Gesellschaft.
4. Die Beseitigung von Geschlechterstereotypen ist von grundlegender Bedeutung für die

Gleichstellung von Frauen und Männern.

5. Die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Aktivitäten von Lokal- und Regionalregierungen ist für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern erforderlich.

6. Entsprechend dotierte Aktionspläne und Programme sind notwendige Instrumente zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie alle jetzt der Meinung sind, dass diese eben aufgeführten Grundsätze der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern doch eigentlich selbstverständlich sind, so freut mich das sehr; denn das spricht für Sie und auch für Ihr dann hoffentlich entsprechendes Handeln in Politik und Gesellschaft, die Minderheit der Ewiggestrigen möglichst zeitnah von der Richtigkeit des Tuns und Handelns zu überzeugen.

Jetzt gilt es, die vereinbarten Grundrechte mit Leben zu füllen. Diesbezüglich sind alle zur Mitarbeit aufgerufen, sowohl Frauen als auch Männer. Es wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung, wenn in Zukunft in Zusammenhang mit dem Thema Gleichberechtigung ganz im Gegensatz zu heute auch einmal ein Mann hier am Rednerpult stünde und zu diesem Thema sprechen würde.

(Beifall bei der FDP - Henk van Benthem [CDU]: Für die Männer!)

- Dann auch vielleicht für die Männer, genau.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass auf Initiative und Ausarbeitung meiner Ratskollegin Marion Lüttig dieser fraktionsübergreifende Antrag entstanden ist, den wir hoffentlich heute mit großer, überwältigender Mehrheit hier im Rat der Stadt Köln verabschieden können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es vonseiten der Fraktion Köln den Wunsch, den Änderungsantrag zu begründen?

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich möchte dazu reden!)

- Herr Uckermann, bitte.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich habe einen Namen, Herr Oberbürgermeister!)

- Ich habe gesagt: Herr Uckermann, bitte.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das haben wir nicht gehört!)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bitte vorab um Entschuldigung, dass ich hier keine Zitate, sondern nur einen praktischen Vorschlag präsentieren kann. Sie wollen hier heute wieder irgendeine Resolution beschließen, wonach irgendjemand anderes etwas anders machen soll. Wir dagegen schlagen vor, zu schauen, wie es mit der Gleichstellung hier in der Stadt Köln tatsächlich aussieht.

Wir haben zwar ein Gleichstellungsamt, aber da vermisse ich die Männer. Vor diesem Hintergrund haben wir uns gedacht: Da könnte die Verwaltung wirklich einmal etwas tun. Wenn es tatsächlich ein Gleichstellungsamt ist, sollte die Verwaltung auch dafür sorgen, dass die Planstellen dort adäquat auch mit Männern besetzt werden.

Noch viel wichtiger ist uns Folgendes: Wir reden hier oft über die Ganztagsbetreuung und die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Wie aber sieht es denn in diesem Bereich mit der Gleichstellung aus? Die Kinder werden quasi nur von Frauen erzogen. Es wird ja immer von der väterlosen Gesellschaft geredet. Wenn wir jetzt die Ganztagsbetreuung anbieten, sollte man sich zumindest bemühen, dass in diesen Berufen auch die Männer zum Zuge kommen.

(Beifall bei pro Köln)

In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung für unseren Änderungsantrag. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Stahlhofen, bitte schön.

**Gisela Stahlhofen** (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste oben auf der Tribüne!

Es dürfte Ihnen nicht entgangen sein, dass wir einen fast textgleichen Antrag gestellt haben. Die EU-Charta zur Gleichstellung der Geschlechter ist ein parteiübergreifendes Thema und auch uns ein Anliegen. In anderen Bereichen ist eine Zusammenarbeit ja auch möglich, wie sich in den letzten Tagen gezeigt hat. Wir, die Fraktion Die Linke, erwarten auch an dieser Stelle ein Stück weit Gleichstellung.

Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene wurde am 29. November 2006 beschlossen. Wir haben heute 2011. Gleichstellung bedeutet nicht nur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie Sie es, Herr Oberbürgermeister, auf dem Empfang anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Frauentags in der Piazzetta formulierten. Lebenspartner sind nicht dazu da, um dem anderen den Rücken freizuhalten. Sie haben das wahrscheinlich nicht so gemeint. Aber das zeigt, dass Männer noch einiges dazulernen müssen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Gleichstellung muss für alle Menschen gelten: für Frauen und Männer, für Migrantinnen und Migranten, für Jung und Alt. Man könnte die Aufzählung jetzt unendlich weiter führen. Dazu gehört selbstverständlich auch Equal Pay.

Die Charta beinhaltet die Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes und die Erarbeitung eines Aktionsplanes mit Ziel und Prioritäten. Das hat Frau Gebauer gerade sehr schön dargestellt. Ich fasse mich da ein bisschen kürzer.

Die Charta gliedert sich in drei Abschnitte: Der erste Teil enthält Grundsätze zur Gleichstellung von Männern und Frauen, der zweite Teil behandelt die Aufstellung eines kommunalen Gleichstellungsaktionsplans, der dritte Teil konkretisiert in 30 Artikeln die Bereiche kommunalen Handelns, in denen die Gleichstellung gefördert werden soll. Wir brauchen also das Rad Gott sei Dank nicht neu erfinden.

Obleich Köln mit dem heutigen Tag die größte Mitunterzeichnerkommune sein wird, so haben andere Kommunen diese Charta bereits 2007 unterzeichnet. Diese werden einen Aktionsplan, der ja binnen zweier Jahre erstellt werden soll, bereits erarbeitet haben. Ich setze voraus, dass Sie, meine Damen und Herren von der Verwaltung, sich schon die Aktionspläne anderer Kommunen, wie zum Beispiel der Stadt Mainz, besorgt und die Arbeit aufgenommen haben.

Wenn nicht schon heute, dann eben ab morgen. Ich will jetzt nicht drängeln. Damit Sie diesen Prozess in Gang setzen können, wird Ihnen der Rat, aber auch Organisationen und Initiativen eine breite Unterstützung geben.

Es darf aber nicht nur bei Absichtserklärungen und Konzepten bleiben, die EU-Charta Gleichstellung muss auch umgesetzt werden. Nur so kann gleichberechtigtes Leben hier in unserer Stadt mit Leben erfüllt werden. Mir ist klar, dass das alles nicht von heute auf morgen geht. Aber wir wollen heute damit beginnen. Die Fraktion Die Linke wird sich auf jeden Fall daran beteiligen, und zwar nicht nur bei der Abstimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Frau Kronenberg. - Weil Frau Stahlhofen das gerade angesprochen hat: Ich will noch den Hinweis geben, dass Frau Kronenberg mich tatkräftig unterstützt und mir zur Seite gestanden hat, als ich auf dem Empfang anlässlich des Internationalen Frauentags für meine Worte: Meine Frau achtet darauf, dass meine Anzüge in Ordnung sind, ausgebuht worden bin. Frau Kronenberg hat mich aber verteidigt.

**Christine Kronenberg (Gleichstellungsbeauftragte):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Da bitten vier einflussreiche Herren in ihrer Funktion als Fraktionsgeschäftsführer den Herrn Oberbürgermeister, etwas mehr für die Gleichstellung zu tun. Als ich den Antrag gelesen und insbesondere als ich die vier Unterschriften gesehen habe, wusste ich nicht so richtig, ob ich als Gleichstellungsbeauftragte weinen sollte oder ob ich mich freuen sollte. Ich habe mich natürlich gefreut, dass es den Antrag zur Charta gibt. Aber ich glaube, diese Unterschriften zeigen auch, wie sehr wir sie nötig haben.

Zu diesem Antrag ist jetzt schon vieles gesagt worden. Dennoch ist es wichtig, Ihnen noch zweierlei mitzuteilen:

Zum einen sollte Ihnen sehr bewusst sein, dass mit der Umsetzung dieser Charta natürlich auch ein Ressourcenproblem verbunden sein wird. Spätestens nach dem Ratsbeschluss wird die Diskussion über die Ressourcen entschieden werden müssen. Mir ist wichtig, dass Sie mich in

dieser Ressourcenfrage unterstützen. Das geht nicht zum Nulltarif.

Wichtig für Sie ist aber noch ein zweiter Aspekt. Wir als Verwaltung arbeiten natürlich daran, die Charta umzusetzen. Wenn ich jedoch in Ihre Reihen schaue, muss ich feststellen, dass wir, wenn wir in vier oder fünf Jahren einen Erfolg feiern wollen, das nur dann tun können, wenn hier mindestens zwei Fraktionsgeschäftsführerinnen sitzen und vielleicht sogar mindestens zwei oder drei Fraktionen von Frauen geleitet werden. Das möchte ich Ihnen als Selbstverpflichtung aufgeben. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Kronenberg.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion pro Köln ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln.

(Markus Wiener [pro Köln]: Die CDU ist nicht dafür? - Gegenruf von Gisela Manderla [CDU]: Nein!)

Wer enthält sich? - Niemand. Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zu den weiteren Abstimmungen. Es gibt einen Antrag der vier großen Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, sowie einen Antrag der Fraktion Die Linke und Herrn Thor-Geir Zimmermann. Ungeachtet der Tatsache, dass diese beiden Vorlagen wortgleich sind, lasse ich getrennt über die Anträge abstimmen.

Der Antrag der vier großen Fraktionen ist zuerst eingegangen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er so angenommen. Es erübrigt sich, über den wortgleichen Antrag der Fraktion Die Linke und von Herrn Zimmermann abzustimmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

**3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend  
"Keine türkisch-nationalistische  
Propaganda in Köln"  
AN/0657/2011**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kommen wir nun zu einem Thema, was die Bürger wirklich bewegt: Es geht um die großflächig plakatierte türkisch-nationalistische Propaganda, die es überall in Köln im März bzw. im Februar gegeben hat. Darauf war nicht nur das Konterfei eines fremden Ministerpräsidenten, eines fremden Premier, nämlich das des Herrn Erdogan, abgebildet, sondern die Plakate waren auch in türkischer Sprache verfasst und haben sich anscheinend an Teile der hiesigen Bevölkerung gerichtet.

Aus den Zuschriften und Reaktionen, die wir dazu bekommen haben, wissen wir, dass das in weiten Kreisen, und zwar auch solchen, die nicht unserem Spektrums zuzurechnen sind, für Irritationen gesorgt hat, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass das jetzt schon zum wiederholten Male der Fall war.

Wir erinnern uns: Bereits 2008 hat sich dieser Herr Erdogan hier als Führer der Türken in Deutschland feiern lassen. So war es ja gewesen. Auch damals war alles nur in türkischer Sprache verfasst. In der deutschen Übersetzung hieß es dann: Der Führer der Türken ist in Deutschland. Gleichzeitig wurde auch unsere Nationalfahne mit Halbmond und Sternen verziert. Dass man das zugelassen hat, war schon an sich ein Unding.

(Beifall bei pro Köln)

Vor diesem Hintergrund muss jetzt die Stadt Köln tätig werden. Wir haben die Möglichkeit, über eine Werbesatzung dafür zu sorgen, dass solch schädliche Propaganda, die die Grundlagen unseres Gemeinwesens infrage stellt, unterbunden wird - und das insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir immer mehr Parallelgesellschaften bekommen, dass sich die Integration mehr und mehr verschlechtert und dass wir auch in der dritten Generation türkischer Zuwanderer noch erhebliche Sprachdefizite feststellen müssen.

Was soll das denn für ein Signal für die jungen Leute sein, wenn sie am Heumarkt oder am Neumarkt aussteigen und dort die großen Plakate sehen, auf denen alles in türkischer Sprache steht? Wer soll die denn noch motivieren, Deutsch zu lernen?

(Beifall bei pro Köln)

Denen muss klar gemacht werden: Amts- und Arbeitssprache muss Deutsch bleiben.

(Beifall von pro Köln - Zurufe von der Zuschauertribüne: Buh)

Aber unser Antrag geht noch weiter. Unser Antrag bittet bzw. verpflichtet Sie, Herr Oberbürgermeister, dieses Thema im Rahmen der Städtepartnerschaft anzusprechen. Istanbul ist die größte Stadt und dominierend in der Türkei. Da müssen Sie darauf hinweisen, dass wir uns so etwas hier nicht bieten lassen. Wir brauchen die Etablierung einer türkischen Minderheit hier in Deutschland nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Ich habe keine Lust, hier zukünftig über eine - -

(Efkan Kara [SPD]: Es reicht!)

- Es reicht nicht, Herr Kara. Das sind eben Sachen, die stimmen. - Ich habe keine Lust, hier in ein paar Jahren über eine UN-Charta abzustimmen, dass Türkisch als Zweitsprache hier anerkannt wird. Das wird es nicht geben.

(Beifall von pro Köln - Zurufe von der Zuschauertribüne: Aufhören!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann, ich bitte Sie, sich in Ihrer Sprachwahl zu mäßigen.

(Zurufe von der Zuschauertribüne: Aufhören! - Gegenruf von Marcus Wiener [pro Köln]: Darf er hier mal weiterreden?)

Ich bitte Sie, Herrn Uckermann zu Ende sprechen zu lassen.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Das muss hier einmal gesagt werden. Sie können Ihre Identität nicht über die des Gastlandes stellen, Herr Kara.

(Zuruf von Efkan Kara [CDU])

Man muss hier nicht leben, Herr Kara.

(Zurufe von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte Sie noch einmal, sich zurückzuhalten.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ich zitiere den Oberbürgermeister von Rotterdam, Herrn Aboutaleb, der gesagt hat: Wem das hier in Europa nicht passt - hören Sie zu, Herr Kara und Frau Mucuk-Edis oder wer auch immer hier herumschreit -, man muss hier nicht leben.

(Zurufe und Pfiffe von der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wenn Sie sich hier weiter so aufführen, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. Ich verwarne Sie hiermit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Für was denn? Das ist vollkommen klar: Wenn es um die echten Probleme geht, gehen Ihnen die Argumente aus, und dann muss man einen Maulkorb verhängen, Herr Oberbürgermeister.

(Beifall bei pro Köln)

Stattdessen wird über eine UN-Charta abgestimmt.

(Zuruf: Raus!)

- Wie, raus? Was fällt Ihnen denn ein? Der sagt hier zu mir: Raus!

(Henk van Benthem [CDU]: Wo er recht hat, hat er recht! - Gegenruf von Markus Wiener [pro Köln])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte Sie, jetzt auch zu Ende zu kommen.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Im Namen der Fraktion pro Köln erteile ich Ihnen auch einen Ordnungsruf.

(Beifall bei pro Köln - Anhaltende Zurufe)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wegen Missbilligung des Sitzungsleiters erteile ich Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und erkläre: Falls es

noch einmal vorkommt, dass Sie sich hier so äußern, werde ich darüber entscheiden lassen, ob Sie den Sitzungssaal zu verlassen haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Eine bessere Bestätigung für meinen Redebeitrag konnte ich nicht bekommen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Auf Wiedersehen!

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Der Antrag ist abgelehnt.

Damit haben Sie, meine Damen und Herren, gezeigt, dass Sie Art und Weise sowie Form und Inhalt dessen, was in dem Antrag der Fraktion pro Köln zum Ausdruck gebracht wird, mit allem Nachdruck ablehnen. Auch ich als Oberbürgermeister möchte ein Zeichen setzen in Richtung unserer türkischen Mitbürger, nämlich dass wir es nicht dulden, dass der Ministerpräsident eines befreundeten Landes hier in unserem Hause in der Art und Weise, wie sie eben hier vorgetragen wurde und wie sie auch in dem Antrag schriftlich formuliert worden ist, diffamiert wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

**3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Unverzügliche Abschaltung aller Atomkraftwerke"**  
**AN/0707/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**AN/0785/2011**

Herr Ludwig, bitte.

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hätten wir diesen Antrag zur letzten Ratssitzung gestellt, wäre die jetzt folgende Diskussion wahrscheinlich komplett anders verlaufen. Als wir hier im Dezember unseren Antrag gegen die

Atomtransporte von Jülich nach Ahaus vorgelegt hatten - -

(Auf der Zuschauertribüne wird ein Transparent mit der Aufschrift „Atomausstieg sofort - Auch in Köln“ entrollt - Zurufe von der Zuschauertribüne: Sofort abschalten! Aussteigen! Köln fängt an! - Abschalten! Abschalten! Abschalten!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte, von Meinungsäußerungen auf der Tribüne Abstand zu nehmen, und bitte die Ordner, dafür Sorge zu tragen, dass das Transparent entfernt wird. - Bitte, Herr Ludwig, fahren Sie fort.

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Als wir hier im Dezember den Antrag zu den Castortransporten eingereicht hatten, sprach Herr Breite noch davon, dass dieser Antrag in die Abteilung „Angst schüren“ gehört, und Frau Manderla wiederholte das alte Märchen von der Stromverknappung. Das dürfte sich heute erledigt haben. Die Debatte wird vermutlich heute anders verlaufen.

Heute ist jedem und jeder klar, dass die Atomenergie keine Brückentechnologie ist, sondern ein akutes Risiko birgt, dass auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern das Restrisiko existiert, dass die Frage der Endlagerung nicht geklärt ist und dass jede weitere Betriebsstunde das Reaktorproblem vergrößert. Das alles ist heute sogar Allgemeinut in der FDP.

Die AKWs - auch das ist klar - sind keineswegs effektiv in der Stromerzeugung, sondern sie sind reine Gelddruckmaschinen, weil sie, nachdem sie jahrzehntelang staatlich subventioniert wurden, längst abgeschrieben sind.

Die Atomenergie war nie eine Brückentechnologie, sondern eigentlich immer nur ein Nebenprodukt der atomaren Aufrüstung. Insofern helfen auch alle Debatten über Restlaufzeiten nicht weiter. Der sofortige Ausstieg ist geboten, und er ist möglich. Deswegen haben wir hier heute diesen Antrag vorgelegt.

Die Stromverbrauchsspitze in Deutschland liegt an einem kalten Wintertag um die Mittagszeit bei 82 Gigawatt. Selbst bei Abschaltung aller AKWs und nicht nur der jetzt in Rede stehenden werden 92,4 Gigawatt Strom erzeugt. Es besteht also immer noch eine Überkapazität. Insofern

stellte das Bundesumweltministerium 2008 zu Recht fest: Auch ohne Atomstrom bleibt es hell.

(Zuruf von der FDP)

Eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, vorgelegt im Juni 2010, bestätigt die Auffassung des Bundesumweltministeriums voll und ganz und führt aus, dass die Versorgung sichergestellt ist und der Atomausstieg keinerlei Problem darstellt. Und das gilt nicht nur für die Zukunft, in der weitere Energiesparmaßnahmen ergriffen werden müssen, sondern das gilt auch schon heute. Dem stehen keinerlei energiepolitische oder gar technische Gründe entgegen, sondern einzig und allein ökonomische, privatwirtschaftliche Interessen. Die Atomkonzerne möchten ihre Meiler als Quelle garantierter Profite weiter betreiben.

Die Linke ist der Überzeugung, dass gegen diese privaten Profitinteressen vorgegangen werden muss. Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der auf private Kapitalinteressen keine Rücksicht genommen werden kann. Daher ist für eine konsequente Energiewende die Vergesellschaftung der Energiekonzerne und die demokratische Planung der Energieversorgung unter Einbeziehung von Umweltschutzverbänden und kontrolliert von der Bevölkerung nötig.

Von der RheinEnergie sind bezüglich unseres hier heute vorliegenden Antrages erste positive Signale zu hören, in Richtung Ausstieg aus der Atomenergie und Verstärkung erneuerbarer Energien tätig zu werden. Allerdings agiert auch die RheinEnergie AG als privatrechtlich organisierter Betrieb in Konkurrenz zu anderen Konzernen und argumentiert mit Wirtschaftlichkeit. Diese betriebswirtschaftliche Denke ist zwar Aufgabe eines Unternehmensvorstands, aber sie hilft bei der Energiewende nicht weiter.

Auch die heutigen Strompreise sind nicht einfach Ergebnisse des Marktes. Sie sind vielmehr politisch gemacht bzw. gesteuert und allein möglich durch die Ausblendung der Folgekosten zerstörerischer und gefährlicher Energieerzeugung. Wir brauchen deshalb eine gesamtgesellschaftliche Rechnung und Planung, wie die Umstellung auf erneuerbare Energien schnell zu bewältigen ist.

Meine Damen und Herren, heute gehen viele davon aus, dass die alten Reaktoren im Juni nicht wieder ans Netz gehen werden und der

beschleunigte Ausstieg schon auf dem Wege ist. Allerdings: Wenn - das ist heute noch nicht abzusehen - die Katastrophe in Fukushima zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung eingedämmt werden kann, dann werden auch die Atomkraftbefürworter und -befürworterinnen - da bin ich mir sicher - wieder ihr Haupt erheben.

Daher bleibt richtig: Den Ausstieg müssen die Menschen selbst machen. Ohne den großen Druck, der in den letzten Jahren durch Demonstrationen und den massenhaften Widerstand gegen die Castortransporte konkret ausgeübt wurde, hätte die Regierung Merkel heute nicht so panisch den Rückzug angetreten. Dieser Druck muss noch verstärkt werden, zum Beispiel durch die Blockade der RWE-Aktionärsversammlung am 20. April in Essen, durch die Demonstration zum Jahrestag von Tschernobyl am 25. April und durch die Verstärkung von kommenden Blockaden und Schotteraktionen bei den Castortransporten.

(Zurufe von pro Köln)

Allerdings können auch Gremien wie dieser Rat und die Kommunen - -

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Ludwig - -

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Die Aktion vorhin ist von meiner Zeit abgegangen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja. Ich wollte aber gar nicht sagen, dass Sie zum Ende kommen sollen - das sollen Sie natürlich auch -, sondern: Aus Ihrem Redebeitrag ist erkennbar, dass Sie zu Gewalttaten aufrufen. Das wird hier nicht geduldet.

(Beifall bei pro Köln und der FDP)

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Keineswegs.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Sie haben von „Schottern“ gesprochen.

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Ich spreche vom Ausdruck des zivilen Ungehorsams.

(Lachen bei pro Köln)

Allerdings können auch Gremien wie dieser Rat und die Kommunen einen Beitrag dazu leisten, indem sie den Druck auf ihre Energieversorger erhöhen und Maßnahmen für eine ökologische Energiewende einleiten.

Wir von der Linken schlagen daher Folgendes vor: Der Rat der Stadt Köln strebt an, Köln schnellstmöglich zur „Atomstromfreien Zone“ zu erklären, und fordert die RheinEnergie auf - sie ist dabei unbestritten das entscheidende Instrument -, sofort Maßnahmen zu ergreifen, damit künftig auf den Einsatz von Atomstrom verzichtet werden kann, wie es zum Beispiel seit dem 1. April die Stadtwerke Jena machen, wie es die SPD in Leverkusen vom dortigen Energieversorger fordert und wie es jetzt in vielen Kommunen in NRW diskutiert wird.

Meine Damen und Herren, dieses Gremium ist zwar nicht zuständig für den Ausstieg aus der Nukleartechnologie,

(Beifall von pro Köln)

aber wir können heute konkrete Maßnahmen beschließen, und zwar weitaus konkretere, als die SPD und die Grünen es in ihrem wiederum sehr weichgespülten Änderungsantrag vorschlagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln - Beifall auf der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zu Herrn Börschel.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wenn es eines Beweises bedurft hätte, warum man dem Antrag der Linken hier heute nicht zustimmen kann, dann war es die Rede, die wir gerade gehört haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Herr Kollege Ludwig, Ihre Maske haben Sie sich eben ein Stück weit selbst vom Gesicht gezogen. Ich hatte es immer so verstanden, dass wir gerade angesichts der entsetzlichen Ereignisse in Japan, die wir zurzeit mitverfolgen müssen und die viele Menschen zu Recht in Angst, Schrecken und Sorge versetzen, hier einen sachlichen Dialog pflegen wollen über die Frage: Wohin wollen wir energiepolitisch in der Bundesrepublik, und welchen Anteil kann Köln

mit seinem lokalen Energieversorger RheinEnergie leisten? Dieses Anliegen, hier sachlich zu diskutieren, haben Sie wirklich verspielt. Das finde ich außerordentlich bedauerlich.

(Andreas Köhler [CDU]: Peinlich!)

Ich will auf zwei Aspekte eingehen, die am Anfang und Ende Ihrer Rede standen, Herr Ludwig.

Sie sprechen sich in Ziffer 2 Ihres Antrags für die Vergesellschaftung der privaten Energiekonzerne aus. Ich hatte, ehrlich gesagt, in der Vergangenheit immer den Eindruck, dass das eher ein folkloristischer Teil Ihres Wahlprogramms ist und es Ihnen inzwischen peinlich ist, dort einmal eine solche Forderung aufgenommen zu haben, die von der Mehrheit Ihrer Mitglieder jetzt so nicht mehr vertreten wird. Ich jedenfalls kann sagen: Als es auf Landesebene Gespräche und Sondierungen über eine mögliche Zusammenarbeit in Düsseldorf gab, wurde das außerordentlich verschämt vorgetragen nach dem Motto: Das ist ja alles nicht so gemeint.

(Henk van Benthem [CDU]: Das war so gemeint!)

Schön, dass Sie das hier jetzt noch einmal klargestellt haben, Herr Ludwig. Auf dieser Ebene ist Energiepolitik mit Ihnen nicht machbar.

(Beifall bei der FDP)

Eines vorweg: Es gibt zum Glück seit geraumer Zeit zumindest den gesamtgesellschaftlichen Konsens, aus der Atomenergie aussteigen zu wollen. Es ist traurig, dass es erst der schlimmen Ereignisse in Japan bedurfte, um jetzt offenkundig auch einen politischen Konsens in dieser Frage zu erreichen. Aber immerhin: Offenkundig gibt es ihn jetzt. Ich finde es allemal besser, wenn Parteien und Kräfte, die noch in jüngerer Vergangenheit für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerke gestimmt haben, jetzt in der Lage sind, zu sagen: Neue Ereignisse - ich sage es einmal ganz neutral - müssen auch dazu führen können, dass man sein eigenes Handeln überprüft. Ob das glaubwürdig ist oder nicht, ist eine andere Frage. Aber dass es jetzt offensichtlich breite politische Mehrheiten für einen Ausstieg aus der Atomenergie gibt, ist erst einmal vernünftig und richtig.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn wir Deutschland möglichst schnell frei von Atomkraft machen wollen, gibt es eine Menge zu tun. Deshalb sollten wir uns hier auf unsere lokalen Möglichkeiten beschränken. Dabei kommt der RheinEnergie im Hinblick auf unsere lokale Kölner Energieversorgung unbestritten eine Schlüsselrolle zu. Jetzt kann man sagen: Gottlob haben wir hier in Köln die RheinEnergie und haben nicht den Fehler vieler Städte und Gemeinden gemacht, die ihre Energieversorger an die Oligopolisten verkauft haben; denn damit wären wir nämlich auch Bestandteil der Atomstromkette geworden. Dem haben wir uns hier entzogen. Das ist eine sehr vernünftige Entscheidung gewesen.

Ich glaube auch, feststellen zu können, dass das Unternehmen RheinEnergie insgesamt bereits heute eine richtige und vernünftige Strategie eingeschlagen hat; denn schon heute lässt sich der Strombedarf aller Kölner Haushalte mit atomstromfreier Energie aus eigenen Anlagen der RheinEnergie decken. Das ist ein Punkt, auf den wir stolz sein sollten; denn das ist keineswegs selbstverständlich. Ich wiederhole es noch einmal: Schon heute kann jeder private Haushalt im Versorgungsgebiet der RheinEnergie mit eigenerzeugtem und damit atomstromfreien Strom versorgt werden. Das finde ich sehr positiv. Deshalb sollte man dem Vorstand der RheinEnergie und auch seinen Vorgängern dafür Dank sagen, dass er schon frühzeitig solche Möglichkeiten geschaffen hat.

(Beifall bei der SPD und der CDU -  
Winrich Granitzka [CDU]: Und dem  
Aufsichtsrat!)

Ich will allerdings ergänzen: Dass das heute schon möglich ist, liegt auch daran, dass bestimmte Entscheidungen getroffen worden sind. Zu diesen Entscheidungen gehört, dass die RheinEnergie einen sehr vernünftigen Energiemix ihr Eigen nennen kann. In diesen Zusammenhang fällt allerdings auch, dass man sich nicht immer nur wohlfeil auf die Forderung „Atomstromfrei in der Zukunft“ beschränken kann, in der Gegenwart aber nicht bereit ist, beispielsweise in die modernste Steinkohlekraftwerksanlage in Deutschland zu investieren.

(Beifall von Christraut Kirchmeyer  
[FDP])

Denn nur dieses Investment trägt dazu bei, dass die RheinEnergie alle Kölner Haushalte mit atomstromfreien Strom versorgen kann.

Die RheinEnergie möchte auch weiterhin in erneuerbare Energien investieren. Es ist geplant und längst Bestandteil der Strategie, mittelfristig 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen selbst zu produzieren. Das kann natürlich nicht der Endpunkt sein. Aber man muss sich immer kurz- und mittelfristige Ziele setzen. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich für die SPD-Fraktion sagen: Diese Zielsetzung teilen wir uneingeschränkt.

Man muss bei einer solchen Debatte auch immer ehrlich sein. Es nützt eben nichts - Herr Kollege Ludwig hat auf Beispiele anderer Städte hingewiesen -, sich ein reines Gewissen oder ein ordentliches Marketinginstrument zu erkaufen, indem man beispielsweise Zertifikate alter, abgeschriebener Anlagen erwirbt. Andere Städte machen das und tun dann so, als würden sie nur noch Strom aus erneuerbarer Energie an ihre Kunden verkaufen. In Wahrheit ist es aber so, dass der Kauf von Zertifikaten alter, abgeschriebener Anlagen sogar eher dazu führt, dass gerade nicht Investitionen in erneuerbare und ökologisch erzeugte Energien getätigt werden. Genau diesen Fehler sollte die RheinEnergie nicht machen. Da haben die Damen und Herren des Hauses unsere volle Unterstützung.

Ich will zum Schluss noch folgenden Gedanken vortragen. Abstrakt sind sich offensichtlich alle hier in der Forderung „Atomstromfreie Zukunft“ einig, und abstrakt sind sich jedenfalls die meisten einig, dass man so schnell wie möglich und so viel wie möglich auf erneuerbare Energien setzen sollte. Ich finde aber, mit wohlfeilen Ankündigungen ist es hier nicht getan. Vielmehr müssen wir spätestens dann, wenn sich der Rauch der aktuellen Debatte verzogen hat, ehrlich miteinander die Frage diskutieren: Wie und zu welchem Preis ist das erreichbar, und mit welchen Kosten ist das verbunden?

Denn eines ist doch klar: Wenn Sie nicht nur aus der Atomenergie, sondern auch noch schnellstmöglich aus der Kohleverstromung, insbesondere der Braunkohleverstromung aussteigen wollen, dann wird die Energieerzeugung zunächst einmal teurer. Das bedeutet auch, dass die Kundinnen und Kunden höhere Preise zahlen müssen. Das ist ein Punkt, den man in die Abwägungen mit einbeziehen muss.

In diese Abwägungen ist auch Folgendes mit einzubeziehen: Abstrakt sind zwar alle für den Ausbau der Netze und für die Errichtung von Windparks und Windanlagen. Aber immer dann,

wenn es konkret darum geht, eine Windkraftanlage zu bauen oder eine Hochspannungsleitung zu verlegen, sind diejenigen, die in Berlin und in Düsseldorf noch dafür waren, vor Ort ganz schnell dagegen. Das kann natürlich auch nicht im Sinne des Erfinders sein.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Noch ein letzter Gedanke in diesem Zusammenhang: Wir müssen auch immer grundlastfähig bleiben. Ich gebe ja zu, dass das eine komplizierte Debatte ist. Aber es gibt nun einmal in unserem hochindustrialisierten Land Industrien - Zement, Papier, Stahl, Aluminium und andere -, die darauf angewiesen sind, dass ihnen eine hohe Menge Strom und Energie ununterbrochen, 364 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag, rund um die Uhr, zur Verfügung steht. Wir müssen bei den Debatten, die wir dann zu führen haben, auch so ehrlich sein, zu sagen: Wir müssen dafür sorgen, dass für unsere auf Wachstum angelegte, hochindustrialisierte Gesellschaft immer auch die notwendige Stromversorgung sichergestellt ist.

Deswegen sage ich: Lassen Sie uns in der Tat auf diesem Weg weitergehen, aber bitte nicht wohlfeil, sondern unter Abwägung aller Argumente. Und da ich schon bei wohlfeil bin: Die Linke hat ja in Ihrem Antrag gefordert: „Keine Erhöhung der Strompreise für private Verbraucher.“ - Lieber Herr Kollege Ludwig, Herr Kollege Detjen und andere, das ist genau die unehrliche Forderung - ich sage das hier ganz bewusst -, die ich meinte. Zum einen fordern Sie, dass es keine Strompreiserhöhungen geben darf, zum anderen soll die RheinEnergie aber die sanierungsbedürftigen Bäder und den öffentlichen Personennahverkehr weiterhin mit Zuschüssen unterstützen und auch eine Gewinnausschüttung der Stadtwerke in Höhe von 80 Millionen Euro an die Stadt Köln soll weiterhin möglich sein. Alles zusammen geht nicht. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, seien sie ehrlich. Alles andere würde bedeuten, den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Und diesen Weg sollten wir alle gemeinsam nicht gehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der Zuschauertribüne: Augenwischerei! Dummheit! Das ist reiner Dummquatsch! So etwas Naives und Dummes! Das kann ja mein Sohn besser!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte die Zuschauer auf der Tribüne, Missfallensäußerungen zu unterlassen.

Wer spricht für die Grünen? - Herr Brust, bitte.

**Gerd Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir alle sind uns einig, dass wir möglichst schnell aus der Atomenergie aussteigen wollen. Allerdings hat die Linke entweder keine Ahnung, was das bedeutet, oder sie will den Leuten bewusst nicht die Wahrheit sagen. Herr Ludwig, ich empfehle Ihnen, den Artikel auf Seite 3 der taz von heute zu lesen, der die Kosten des Ausstiegs thematisiert. Lesen Sie das dort einfach einmal nach!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allein die Einspeisevergütung für die Solarenergie liegt heutzutage höher als der Strompreis insgesamt, und das ohne Einbeziehung der sonstigen Kosten wie Konzessionsabgabe, Mehrwertsteuer usw. In Zukunft werden die enormen Kosten für Netzausbau, Speichertechnologien usw. noch dazukommen.

Für die RheinEnergie bedeutet das, dass sie im Moment auf dem Weltmarkt höhere Preise für Steinkohle und Gas zahlen muss. Würden wir die Forderung der Linken „Keine Strompreiserhöhungen“ ernst nehmen, müssten wir die RheinEnergie in Zukunft subventionieren. Das kann hier im Rat ernsthaft keiner wollen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Im Moment machen wir Gewinne, lieber Gerd!)

- Wir machen im Moment Gewinn. Aber allein die Kostensteigerungen in den letzten Wochen seit Abschaltung von noch nicht einmal der Hälfte der AKWs würden dazu führen, dass wir, wenn wir die Preise nicht erhöhen, keinen Gewinn mehr machen würden.

(Zuruf: Hört! Hört!)

Ich will ein weiteres Beispiel nennen, das belegt, dass Ihr von der Linken keinerlei Ahnung habt. Es war immer Konsens, dass die Preise für umweltfreundlich erzeugte Energie auch eine ökologische Wahrheit ausdrücken müssen. Claus Ludwig hat eben selbst gesagt: Heute werden die Folgekosten ja ausgeblendet. In der Tat: Würden wir alle Folgekosten einrechnen, wären die Energiepreise heute schon wesentlich

höher. Sie werden, wenn wir ernsthaft schnell aus der Atomenergie aussteigen wollen, erst einmal steigen. Langfristig wird es irgendwann billiger werden, nämlich dann, wenn die Windräder abgeschrieben sind und die Subventionierung der Atomenergie wegfällt. Erst dann werden wir in der Tat echte billige Energie haben. Aber bis dahin werden wir sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen. Es ist einfach Feigheit vor dem Wähler, wenn man ihm nicht sagt, dass Energie zunächst teurer werden wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber eher Dummheit!)

Zum zweiten Punkt Ihres Antrags, der Forderung nach Vergesellschaftung. Mich wundert schon sehr, dass sich die Linke ernsthaft Herrn Mappus zum Vorbild nimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Das können Sie ja aufnehmen!)

Er hat das ja in Baden-Württemberg vorgemacht.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wir können es ja privatisieren! - Gegenruf von der CDU: Vergesellschaftung ist etwas anderes als Privatisierung, Herr Detjen!)

Was Herr Mappus in Baden-Württemberg gemacht hat, das ist Vergesellschaftung. Die Hälfte der EnBW gehört den Kommunen, die andere Hälfte hat das Land gekauft. Die neue Landesregierung steht nun vor folgendem Problem: Dem Land gehört ein Unternehmen, das die abgewählte Landesregierung erst kürzlich zu einem sehr hohen Preis auf Kredit gekauft hat. Weil aber jetzt zwei der vier Atomkraftwerke dieses Unternehmens abgeschaltet worden sind und damit deren Gewinne, die für die Zinstilgung vorgesehen waren, wegfallen, wird die Landesregierung Einsparungen im Haushalt vornehmen müssen, um die Zinsen zahlen zu können. Das heißt, praktisch freut sich EDF in Frankreich darüber, dass der Mappus so doof war.

Einen solchen Fehler wollen wir bei den anderen AKWs vermeiden. Wir werden erst die AKWs stilllegen, und dann kann man weiterreden. Richtig ist, dass wir natürlich ein Netz brauchen, das in der Hand der Gesellschaft ist. Ich denke, wir sind uns einig, dass wir das möglichst schnell erreichen müssen.

Herr Ludwig hat uns eben vorgeworfen, wir hätten einen weichgespülten Antrag vorgelegt.

Dem halte ich entgegen: Einen weichgespülteren Antrag als den der Linken kann man sich eigentlich gar nicht vorstellen. Wenn Sie hier fordern, dasselbe wie in Jena oder in Brühl zu machen, nämlich die Kommune als atomstromfrei zu deklarieren, ist das nicht anderes, als den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Das bedeutet nämlich lediglich, die Strommengen auf dem Papier umzuverteilen: Die Industrie bekommt den Atomstrom, und die Bürger bekommen den sauberen atomfreien Strom. Das ist doch Schwachsinn. Das kann man nur sagen, wenn man die Leute verarschen will.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: So etwas darf man nicht sagen, Herr Brust!)

- Das ist so. Jeder weiß doch, dass heute nur 17 Prozent Erneuerbare im Netz eingespeist sind. Daraus kann man nicht einfach 100 Prozent für alle Bürger machen. Es wird enormer Anstrengungen bedürfen, um die Quellen für erneuerbare Stromerzeugung aufzubauen. Bis dahin ist es Augenschwermerei, zu fordern: 100 Prozent atomfreier Strom. Das heißt nichts anderes, als dass ein anderer dann mehr Atomstrom in seinem Mix hat.

Das Entscheidende an unserem Antrag ist, dass wir vorschlagen, in zwei Schritten vorzugehen:

Erstens. Es darf langfristig nur noch in Erneuerbare bzw. in Kraft-Wärme-Kopplung investiert werden. Kraft-Wärme-Kopplung ist wichtig, weil sie Schwankungen bei der Einspeisung der Erneuerbaren ausgleichen kann. Deswegen ist unser Antrag weitergehend; denn er fordert. Die RheinEnergie darf nur noch in Erneuerbare, in KWK und Speichertechnik investieren, also zum Beispiel nicht mehr in Kohlekraftwerke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens. In den Punkten 4 und 5 fordern wir, den Menschen klar zu sagen: Wenn ihr dafür seid, möglichst schnell aus der Atomenergie auszusteigen, dann müsst ihr möglichst schnell euren Stromverbrauch senken. Wir müssen bei der Energiereduzierung vorankommen.

Auch dort sollten wir in zwei Schritten vorgehen: Zum einen haben wir heute einen Antrag für den nächsten Umweltausschuss gestellt, in dem wir detaillierte Vorgaben machen, wie bei der Stadt selbst Energie gespart werden kann. Zum

anderen läuft beim Umweltamt im Moment ein CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm, dessen Ergebnis in den nächsten Monaten vorgelegt wird. Darin werden dann auch im Detail Vorschläge enthalten sein, wie wir die Kölner Bürger zu ernsthaftem Energiesparen bewegen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Brust. Ihre Wortwahl in einem Einzelfall sollte allerdings nicht zum Regelfall unserer Debatten hier werden. - Dann kommen wir zu Herrn Klipper.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht all das, was Herr Börschel hier schon gesagt hat, wiederholen; denn inhaltlich sind wir voll einer Meinung.

(Martin Börschel [SPD]: Au! Da muss ich doch noch mal was sagen!)

Wir haben im Aufsichtsrat der RheinEnergie eine Strategiedebatte geführt, in der die im Antrag der SPD aufgeführten Punkte, die ich jetzt nicht noch einmal einzeln erwähnen will, im Vordergrund standen.

Ich möchte aber doch einen Satz hinzufügen: Es lohnt sich nicht, sich mit dem Antrag der Linken auseinanderzusetzen, weil er wirklich rückwärtsgerichtet ist und nichts Neues enthält.

(Martin Börschel [SPD]: Deshalb muss man sich ja damit auseinandersetzen!)

Wenn Sie von der Linken in Punkt 2 Ihres Antrags fordern - Herr Börschel hat es eben schon angesprochen -: Der Rat der Stadt Köln spricht sich für eine Vergesellschaftung des privaten Energiekonzerns aus, dann erinnert mich das doch sehr an DDR-Zeiten, in denen das auch so gemacht worden ist.

(Beifall bei der CDU und pro Köln)

Meine Damen und Herren von der Linken, ich darf Sie daran erinnern, dass sowohl die Stadt Köln als auch jeder einzelne Steuerzahler mit dem Soli noch immer für die Fehler zahlt, die die DDR von 1949 bis 1990 gemacht hat. Eine Vergesellschaftung wollen wir hier nicht.

(Beifall bei der FDP)

Allein dieser Punkt reicht schon aus, den Antrag der Linken abzulehnen. Aber er zeugt auch inhaltlich - das muss ich ehrlich sagen - von großer Ahnungslosigkeit. Es wäre so einfach gewesen, die erheblichen inhaltlichen Fehler zu vermeiden, wenn Sie sich nur einmal auf der Internetseite der RheinEnergie informiert hätten

(Beifall bei der CDU, der FDP und pro Köln)

oder im Stadtwerkekonzern nach den Abschlüssen gefragt hätten. All das haben Sie nicht gemacht. Stattdessen haben Sie hier einen Schauantrag gestellt, mit dem ich mich jedenfalls nicht auseinandersetzen will.

Lassen Sie mich hier klar zum Ausdruck bringen, welche Strategie die RheinEnergie verfolgt. Auch wir wollen aus dem Bezug von Strom, der mittels Kernenergie erzeugt wird, herauskommen. Aber das geht natürlich nicht so leicht. Deswegen hat der Aufsichtsrat in den letzten zwei Jahren - seitdem bin ich dort Vorsitzender - auf Folgendes geachtet:

Erstens. Wir investieren in Kraft-Wärme-Kopplung. Es existieren bereits Planungen für ein neues Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk in Niehl. Wir hoffen, mit dem Bau in circa einem Jahr beginnen zu können.

Zweitens. Es ist kein Geheimnis - aber ich will Sie hier einmal daran erinnern -, dass wir in Andasol in Spanien in eine Photovoltaikanlage investiert haben. Des Weiteren haben wir in einen Windpark in Deutschland investiert; das Investitionsvolumen betrug ungefähr 100 Millionen Euro. Das heißt, wir sind längst weiter, als hier von Ihnen angedeutet wird.

Drittens. Wir versuchen natürlich auch, den Mix, der erforderlich ist, zu streuen. Deswegen war es sinnvoll, in das Steinkohlekraftwerk Rostock zu investieren und uns eine große Scheibe der Anteile zu sichern. Diese Entscheidung ist bisher nicht genannt worden.

Aber ich sage auch: Ich bin froh, dass wir im Jahr 2002 die Entscheidung getroffen haben, die RheinEnergie aus der GEW auszugliedern und eine Aktiengesellschaft zu gründen. Es war gut, dass wir eine 20-prozentige Beteiligung von RWE mit hereingeholt haben; denn damit ist es möglich, ein viel größeres Gebiet abzudecken.

Ich halte es auch für sehr wichtig, dass wir den kommunalen Träger im Hintergrund haben. Die kommunale Trägerschaft garantiert nämlich, dass wir als Stadt über den Aufsichtsrat Einfluss

auf die RheinEnergie ausüben können, ohne - und das ist der Unterschied - die Negativsituation eines Eigenbetriebs zu haben. Wir können vielmehr mit der RheinEnergie als Aktiengesellschaft am Markt frei arbeiten. Das betrifft sowohl den Vertrieb als auch den Einkauf. Das ist hervorragend für Köln, für die Wirtschaft und auch für die Bürger. Damit wird sichergestellt, dass sie erheblich weniger Kosten zu tragen haben und all die Produkte bekommen, die die RheinEnergie anbietet. Neben Gas sind das ja auch noch Wasser, Strom und natürlich Fernwärme. Diese Kombination bringt es.

Wenn Sie von der Linken der Meinung sind, dass Sie mit Smart Energy - ich will einmal diesen Begriff verwenden - punkten können, lassen Sie sich gesagt sein: In diesem Punkt sind wir bei der RheinEnergie schon sehr viel weiter. Wir haben letztes Mal im Beirat die Strategie diskutiert und haben auch schon eine Aufsichtsratssitzung zu diesem Thema durchgeführt. Smart Energy bedeutet ja unter anderem, dass für den Endverbraucher technische Voraussetzungen geschaffen werden, die dazu beitragen, die Energieeffizienz zu verbessern. Wir werden in den nächsten ein bis zwei Monaten einen Versuch starten, bei dem 30 000 Häuser mit sogenannten intelligenten Stromzählern ausgestattet werden. Gehen Sie also ruhig davon aus, dass wir bei Smart Energy schon weiter sind. Da sind wir Vorreiter in ganz Deutschland. Auch in dieser Hinsicht läuft Ihr Antrag also ins Leere.

Mit dem Antrag von SPD und Grünen stimmen wir voll überein, weil sich darin in allen Punkten die Strategiediskussion, die wir geführt haben, widerspiegelt. Dem ist nichts hinzuzufügen. Das ist im Aufsichtsrat der RheinEnergie einstimmig so beschlossen worden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man hier die Inszenierung von Herrn Ludwig und auf der Besuchertribüne gesehen hat, fällt einem gleich wieder das Schreiben des Kölner Polizeipräsidenten Klaus Steffenhagen zur Räumung des „Autonomen Zentrums“ ein.

(Beifall bei der CDU und pro Köln - Zurufe von der Zuschauertribüne)

Das Thema AKW und Kernkraft wird von bestimmten linken Kräften instrumentalisiert, um unsere demokratische Grundordnung zu destabilisieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das haben wir hier heute wieder erlebt. Man darf, glaube ich, weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn in diesem Antrag zum Thema „Ausstieg aus der Atomenergie“ die Vergesellschaftung der Erzeuger, Versorger und Netze gefordert wird, dann geht es letztlich darum, unsere soziale Marktwirtschaft abzuschaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und da - das muss hier klar und deutlich gesagt werden - machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es war aber auch sehr interessant, den anderen Redner zuzuhören, insbesondere Herrn Brust, der hier in aller Deutlichkeit gesagt hat, dass der Strom, wenn die AKWs abgeschaltet werden, teurer werden wird und dass man diese Wahrheit sagen muss. Diese klaren Worte hätte ich mir in der Debatte im Deutschen Bundestag oder auch bei Pressekonferenzen der Grünen gewünscht; denn das wissen viele Bürgerinnen und Bürger noch nicht.

Das war der Grund, warum auch wir von der FDP gesagt haben: Wir unterstützen das von der Bundesregierung verkündete Moratorium; denn es sorgt zum einen dafür, dass die Sicherheit der Bürger gewährleistet ist - diese hat natürlich höchste Priorität -, aber es wird zum anderen auch deutlich machen, was es bedeutet, jetzt abzuschalten. Es wäre doch aberwitzig, wenn wir, nachdem wir unsere AKWs vom Netz genommen haben, aus anderen Ländern Atomstrom importieren müssten. So kann es nach unserer Meinung auch nicht sein. In Tschechien wird ja jetzt schon überlegt, trotz der Pannenserie des Reaktors Temelin noch einen weiteren dort zu bauen. Wir sind der Meinung: Unsere sicheren Reaktoren müssen weiter betrieben werden und nicht die in Tschechien. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Köln hält keinerlei Anteile an AKWs, auch die RheinEnergie nicht. Nordrhein-Westfalen hat keine AKWs. Trotzdem besprechen wir hier heute diesen Antrag von SPD und Grünen. Ich hätte die Diskussion, die SPD und Grüne hier heute führen, gerne einmal im Stadtrat von München erlebt. Dort stellen ja mit Herrn Oberbürgermeister Ude die SPD und die Grünen die Mehrheit.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, wie hier!)

Die Stadt München profitiert seit zig Jahren von der Beteiligung am AKW Isar II; denn das füllt den Stadtsäckel. Ich habe bisher nicht gehört, dass SPD und Grüne aus dieser Beteiligung aussteigen wollen. Das wird sicherlich erst aufgrund dieses Moratoriums erfolgen. Ich nenne das Scheinheiligkeit, auch wenn ich den Fakt an sich selbstverständlich gerne zur Kenntnis nehme.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben das Thema - das wurde angesprochen - in einer Strategiesitzung des Aufsichtsrates der RheinEnergie beraten. Klar ist: Auch wir als Inhaber der RheinEnergie haben ein Interesse daran, schnellstmöglich aus dem Bezug von Atomstrom herauszukommen. Da wir keinen Atomstrom erzeugen, würden sich auch unsere Investitionen schneller rentieren. Noch aber müssen wir einen Teil des für die Versorgung notwendigen Stroms zukaufen, der mithilfe von Kernenergie erzeugt wird. Das wird auch noch morgen der Fall sein. Hier vom sofortigen Ausstieg zu sprechen, ist deshalb schlichtweg scheinheilig. Das muss man auch einmal sagen. Das wird nicht passieren. Auch bei den Mehrheiten, die wir in diesem Rat haben, wird das so bleiben. Das hat also nichts mit der Bundesregierung oder mit Landesregierungen zu tun, in denen die CDU und die FDP die Verantwortung tragen. Das ist in Ländern mit anderen Mehrheiten genauso. Auch das muss gesagt werden.

Es kommt sicherlich auf den Energiemix an. Mich hat insbesondere der Debattenbeitrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Börschel, gefreut, in dem er nicht nur deutlich gemacht hat, wie wichtig die RheinEnergie als Unternehmen ist, sondern auch, wie wichtig die Entscheidung war, die RheinEnergie zu gründen. Als es damals darum ging, die Entscheidung zu treffen, hörte sich das bei der SPD noch ganz anders an. Es war damals eine Entscheidung der CDU und der

FDP, die RheinEnergie zu gründen. Es war eine strategische Entscheidung, wo die SPD - -

(Martin Börschel [SPD]: Wir hatten vorher die GEW, Herr Kollege!)

- Das war so. Es war so, Herr Börschel. Sie können den Verlauf der Debatten im Protokoll nachlesen. Man musste die SPD sozusagen zum Jagen tragen. Heute haben wir eine erfolgreiche RheinEnergie.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist aber pharisäerhaft!)

- Ich freue mich doch, Herr Börschel, dass nun auch die SPD erkannt hat, dass diese strategische Entscheidung, die von der damaligen Mehrheit von CDU und FDP getroffen worden ist, richtig war.

Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die RheinEnergie weitere Investitionen tätigen kann. Das ist, glaube ich, der richtige Weg, um das Oligopol aufzubrechen. Nur wenn sich noch andere starke Energieunternehmen, auch solche in kommunaler Trägerschaft, auf dem Markt etablieren,

(Martin Börschel [SPD]: Was hatten wir denn vor der RheinEnergie? War das vielleicht die GEW?)

wird es zu mehr Wettbewerb kommen. Und das will auch die RheinEnergie.

Auch wir können dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen; denn er greift die Punkte auf, die in der Strategiesitzung bereits besprochen worden sind. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Breite. - Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sind es ja von der Linksfraktion gewohnt, dass öfters extremistischer Unsinn in Antragsform eingebracht wird. Der heutige Antrag sticht eigentlich nicht besonders aus einer ganzen Reihe von rein populistischen und wirklich abwegigen Schaufensteranträgen hervor.

(Beifall bei pro Köln)

Zum Inhalt des Antrags wurde hier schon so manches Treffende von den Vertretern der FDP und der CDU gesagt. Aber wir von pro Köln sind schon der Auffassung, dass man auch den Auftritt des Herrn Ludwig, die Methoden, mit denen hier gearbeitet wird, und auch die versteckten Ziele thematisieren muss. Offenkundig glaubt die Linke, ein Kampagnenthema zu haben, mit dem man den Rechtsstaat vorführen und mit dem man Anarchie schüren kann. All das konnte man am Auftritt des Herrn Ludwig sehr gut studieren. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Da muss man sagen: Wehret den Anfängen!

(Beifall bei pro Köln)

Ich möchte auch aufzeigen, wohin das führen kann. Die Aktion heute auf der Tribüne war ja nur ein harmloser Auftritt. Aber ich weiß aus eigener Anschauung, wohin die Methoden, die Herr Ludwig hier heute öffentlich propagiert und so nett mit „ziviler Ungehorsam“ umschrieben hat, führen und wo sie leider nur allzu oft enden: Sie enden in Straßenschlachten, sie enden bei Dutzenden von verletzten Polizisten, sie enden bei Körperverletzungen, und sie enden letztendlich in Anarchie, Mord und Totschlag, wenn keiner dem Einhalt gebietet.

(Beifall bei pro Köln)

Das konnte man bei Aktionen in der Vergangenheit immer wieder feststellen. Ich sage nur: Gorleben. Sie alle wissen, was da passiert ist und was wahrscheinlich da auch wieder passieren wird. Das muss man hier ansprechen. Wenn Sie so etwas als „zivilen Ungehorsam“ verharmlosen und verniedlichen, dann müssen Sie sich, Herr Ludwig, den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie ein geistiger Brandstifter sind.

(Beifall bei pro Köln)

Inhaltlich ist dieser Antrag natürlich Unfug. So hat es sinngemäß ja auch Herr Klipper dargestellt. Dazu muss man sich nur den ersten Absatz angucken, in dem ja auf Köln Bezug genommen wird. Es wurde hier schon richtigerweise gefragt, wie viele Kölner Atomkraftwerke denn jetzt eigentlich abgeschaltet werden sollen. Herr Ludwig, das ist so hanebüchen, dass es schon peinlich ist.

Genauso peinlich ist die Sprachwahl im zweiten Absatz, wo bewusst das Wort „Vergesellschaftung“ gebraucht wird. Dass Sie mit dieser alten kommunistischen Wortschöpfung

bewusst sowohl im Ton als auch im Auftreten spielen, macht eines klar: Sie sind nicht eine Partei des demokratischen Sozialismus, leider nicht. Das kann ich nicht erkennen. Sie sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Deswegen werden Sie auch zu Recht vom NRW-Verfassungsschutz überwacht.

(Beifall pro Köln - Zurufe von der Zuschauertribüne)

Inhaltlich könnte man noch sehr viel zu diesem Antrag sagen. Nur, jedes weitere Wort ist dafür zu schade, weil Ihr Antrag insgesamt überhaupt nicht tragfähig ist. Ich möchte deshalb zum Abschluss nur noch auf Ihre schriftliche Begründung eingehen, die ja - wie soll man das ausdrücken - an Scheinheiligkeit nicht zu übertreffen ist. Sie formulieren hier wörtlich:

Die Debatte ist längst geführt, alle von der Anti-AKW-Bewegung seit vielen Jahren verbreiteten Erkenntnisse werden durch die traurigen Folgen des Unfalls in Japan - leider - bestätigt.

Herr Ludwig, angesichts dessen, wie Sie und Ihre Gesinnungsgenossen diese schreckliche Katastrophe in Japan von Anfang an politisch instrumentalisiert und ausgeschlachtet haben,

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Das ist eine Frechheit!)

müssten Sie statt „leider“ ehrlicherwise schreiben: zum Glück. Das ist meine ehrliche Meinung. - Vielen Dank.

(Beifall pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen, bitte. Aber wir eröffnen jetzt keine neue Runde.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Meine Damen und Herren! Ich will Sie hier nicht weiter provozieren; das ist gar nicht meine Absicht. Mir geht es um Folgendes: Wir haben einen Antrag gestellt. Und was kommt dabei heraus? Es kommt dabei ein Beschluss heraus, den die CDU mittragen will, nämlich: schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomenergie. Das ist doch super. Damit bin ich doch zufrieden. Das hat diese Diskussion gebracht. Wenn wir unseren Antrag nicht gestellt hätten, hätten SPD und Grüne keinen Änderungsantrag gestellt, und wir hätten keine Diskussion darüber geführt.

(Beifall bei der Linken.Köln - Zurufe von der FDP und pro Köln)

Das ist das Fazit, das man einfach einmal sehen muss. Ich begrüße zutiefst den Schritt der CDU, schnellstmöglich aus der Atomenergie auszusteigen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte Sie, keine lange Rede zu halten.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister, wir sind hier von allen angegriffen worden. Dann kann ich doch einmal drei Takte dazu sagen.

Zum Thema Vergesellschaftung: Herr Börschel, die RheinEnergie ist ja vergesellschaftet, man könnte auch sagen: kommunalisiert. Liebe Kollegen von der CDU, Sie haben in Baden-Württemberg die EnBW „verstaatlicht“, die Hälfte gehört dem Land. Ihre Kanzlerin hat die Commerzbank verstaatlicht. Also, hier so zu tun, als würde man, wenn in politischen Krisen Unternehmen verstaatlicht werden, die Grundordnung zerschlagen, wie es Herr Breite befürchtet, ist doch eine Gespensterdebatte. Es ist ein normaler Vorgang: Wenn Gesellschaften in Krisen geraten, überlegen Sie parteiübergreifend, ob sie verstaatlicht werden sollen oder nicht. Das ist einfach so. Das ist die Realität.

Zu den Kosten. Kollege Brust, selbstverständlich hast du recht: Die Kosten werden steigen, gar keine Frage. Eigentlich sind die Kosten doch längst gestiegen, nämlich wenn man die Entsorgungskosten für die Atomenergie einbezieht. Diese Kosten sind ja noch gar nicht auf dem Tisch; das ist ja das Problem an der ganzen Sache. Wir werden gesellschaftlich umdenken, indem wir die Gesamtkosten einer Produktion berechnen. Dieses Umdenken wird in den nächsten Jahrzehnten ein gesellschaftliches Umsteuern erforderlich machen. Auch bei unseren Ratsbeschlüssen, meine Damen und Herren, berücksichtigen wir kaum die Folgekosten. Das muss meiner Meinung nach auch anders werden.

Ich habe die Sorge - darum spreche ich die Kosten an -, ob arme Leute, die ja auch eine gewisse Menge an Strom und Wasser benötigen, dies noch werden bezahlen können. Darüber muss man in dieser Gesellschaft ernsthaft diskutieren. Kardinal Marx hat in einem Interview mit der *FAZ* am 3. April genau diesen Punkt

angesprochen und gesagt, es müsse darüber diskutiert werden, dass Hartz-IV-Empfängern, Menschen an der Armutsgrenze, ein bestimmter Ausgleich gewährt werden sollte. SPD, Grüne und Linke haben hier im Rat bereits 2007 gemeinsam den Beschluss gefasst, einen Sozialtarif für Strom und Gas einzuführen. Dieser Beschluss konnte immer noch nicht umgesetzt werden, weil sich die Bundesregierung hartnäckig weigert, das durchzusetzen, was vom Europaparlament längst beschlossen worden ist.

Abschließend will ich auf den Punkt Energieberatung eingehen, den Sie hier auch angesprochen haben. Die Energieberatung ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einem sparsameren Umgang mit Energie. Mit steigenden Energiepreisen allein wird das Problem nicht endgültig gelöst werden können. Das muss man einfach im Auge behalten. Deshalb muss die Einführung von Sozialtarifen für Strom und Gas in dieser Gesellschaft neu diskutiert werden. Ich bin mir relativ sicher, dass eine solche Diskussion stattfinden wird. Solche Diskussionen werden ja auch in anderen Fragen geführt. Es ist also überhaupt nichts Ungewöhnliches daran, zu diskutieren, ob es die kommunale Daseinsvorsorge gebietet, dass einer bestimmten Gruppe von Menschen günstigere Preise angeboten werden können, oder ob nicht.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Hinweis geben. In Punkt 5 Ihres Antrags, in dem es um die Energieberatung der Verbraucherinnen und Verbraucher geht, kann man noch ergänzen, dass es bereits ein weiteres Projekt mit der RheinEnergie gibt. Es werden nämlich weitere drei Stellen für eine Energieberatung in Kalk eingerichtet.

(Martin Börschel [SPD]: Freu dich doch!  
Ist doch gut!)

In Chorweiler gibt es das schon, in Kalk wird nun ein weiteres Projekt gestartet. Wir alle gemeinsam haben uns hier im Rat dafür eingesetzt, dass die Verbraucherzentrale entsprechende Zuschüsse bzw., genauer gesagt, Spenden von der RheinEnergie bekommt.

(Martin Börschel [SPD]: Ohne Einnahmen aus Strom können die das nicht bezahlen!)

Das sind Wege, die wir ausbauen müssen. Da läuft schon einiges, aber es muss noch einiges dazukommen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Uckermann. Wollen Sie es vom Platz aus machen?

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, wenn Sie wünschen, komme ich auch gerne nach vorne.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Nein, nein, machen Sie es ruhig vom Platz aus.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ich stelle nämlich jetzt hier fest, dass der ganze Antrag - das war ja schon in der Schriffform zu erkennen - mit der kommunalen Selbstverwaltung, also dem, was die Stadt Köln selbst angeht, nichts zu tun hat

(Beifall pro Köln)

und dass er außer schönen Formulierungen nichts Neues enthält. Eine dieser Formulierungen möchte ich den letzten Zuschauern, die jetzt noch da sind, kurz zu Gemüte führen: Köln wollen Sie zur atomfreien Zone erklären. - Wie wollen Sie das denn machen? Wollen Sie das auf alle Ortstafeln schreiben? Das ist doch eine reine Showdebatte, die Sie hier führen.

Ich plädiere dafür, dass wir uns jetzt um die Klärung von Fragen kümmern, die viel wichtiger sind, beispielsweise, ob die Gebühren erhöht werden müssen oder nicht.

(Beifall pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Ersetzungsantrag von SPD und Grünen ab. Wer gegen diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln angenommen.

(Beifall bei der Linken.Köln - Martin Börschel [SPD]: Auch die FDP ist für den Atomausstieg! Sehr schön!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

### 3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Verbesserung der Luftqualität" AN/0704/2011

#### Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/0798/2011

Wer spricht dazu? - Herr Götz, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, Herr Bacher! - Heiterkeit)

- Entschuldigung, Herr Götz Bacher. Bitte schön.

**Götz Bacher** (SPD): Die Belastung unserer Luft mit Schadstoffen sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen sieht man kaum, man riecht sie kaum, doch sie bedroht unser aller Gesundheit täglich. In Ballungsräumen wie Köln ist die Belastung unserer Luft mit Stickoxiden und Feinstaub besonders hoch.

In den Städten und deren Umgebung entstehen die meisten Stickoxide neben Gewerbe und Industrie durch Autoabgase, also durch die Verbrennung von Treibstoff in einem Automotor. Trotz der Einführung des Katalysators sind in den Städten die NO<sub>x</sub>-Konzentrationen nur im geringen Maße zurückgegangen. Der Kraftfahrzeugverkehr macht weiterhin circa 55 bis 60 Prozent der Emissionen aus und stört durch seine Verbrennungsprozesse das natürliche Gleichgewicht unserer Luft.

Stickoxide - NO<sub>x</sub> - gehören somit zu den Massenschadstoffen in unserer Luft. Allein in Deutschland werden mehr als 1 Million Tonnen freigesetzt. Dabei haben Stickoxide negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit. Sie schädigen Mensch, Tier und Vegetation in vielfacher Weise unmittelbar.

Längerfristige Expositionen können die Lungenfunktion beeinträchtigen und erhöhen im starken Maße das Risiko von Atemwegserkrankungen wie akute Bronchitis, Husten und Auswurf, insbesondere auch bei Kindern. Sie führen zu einer Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bedingen eine höhere Sterblichkeit.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Bitte?

(Ulrich Breite [FDP]: Da wird mir ganz anders, was du da alles aufzählst!)

- Ja, mach dir doch eine Zigarette an.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Erhöhte Feinstaubbelastungen führen ebenfalls zu vermehrten Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen und verkürzen die Lebenserwartung weiter. Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation zeigen, dass mit Feinstaub belastete Luft die durchschnittliche Lebenserwartung um circa zehn Monate verkürzt.

In den Ballungsräumen, in denen Feinstaubbelastungen bekanntermaßen besonders hoch sind, ist der Straßenverkehr eine bedeutende Quelle, und dieser kommt nicht nur aus den Motoren, er entsteht auch beim Bremsen und durch Reifenabrieb, aber auch durch die Aufwirbelung des auf der Straßenoberfläche vorhandenen Staubs. Anders als bei vielen anderen Schadstoffen wie zum Beispiel Schwefeldioxid führen nicht nur kurzzeitig erhöhte Konzentrationen zu negativen gesundheitlichen Auswirkungen; auch geringere Konzentrationen wirken längerfristig schädigend auf unsere Gesundheit.

Bestätigend durch die Antwort unserer Anfrage ist festzustellen, dass trotz der Einführung der Umweltzone die Schadstoffbelastung in Köln nicht wesentlich gesunken ist. Von daher ist es für uns unbedingt erforderlich, in Wahrnehmung der Verantwortung für die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner die Bezirksregierung aufzufordern, kurzfristig Maßnahmen zur Umweltzone mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bitten darum um Zustimmung zu unserem Antrag.

Abschließend noch kurz zum Änderungsantrag der FDP. Diesen lehnen wir natürlich ab. Zwar ist es erfreulich, dass sich auch die FDP mit diesem Thema beschäftigt, allerdings unserer Meinung nach nicht zielgerichtet. Wir sind der Meinung, dass mit der Verabschiedung unseres Antrags dem Thema ausreichend Rechnung getragen wird. - Ich danke Ihnen, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Bacher. - Herr Dr. Welpmann, bitte schön.

**Dr. Matthias Welpmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Roters, Sie haben ja am Montag auf unserer Mitgliederversammlung darauf hingewiesen, wie wichtig es für Köln ist, dass die Stadt attraktiv bleibt für Menschen aller Altersgruppen, für Menschen mit vielfältigen beruflichen Spektren und Qualifikationen, sei es aus dem produzierenden Gewerbe oder aus dem Dienstleistungsbereich. Sie haben auch gesagt, dass wir aktiv daran arbeiten müssen, damit Köln nicht nur eine dynamische und wachsende Stadt, sondern auch eine für Unternehmen attraktive Stadt bleibt, die den hier lebenden Menschen qualifizierte Arbeitsplätze bietet.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Meine Damen und Herren, damit das zutrifft, müssen wir aber neben den Beschäftigungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Verwaltung auch Folgendes bedenken: Es gibt noch einen ganz entscheidenden Faktor, der in der Konkurrenz mit anderen Städten in Deutschland, im europäischen und außereuropäischen Ausland eine zunehmende Rolle spielt, nämlich den Faktor Lebensqualität. Zu dieser Lebensqualität gehört eben auch die Luft. Ob sich zum Beispiel eine junge Familie mit kleinen Kindern in der Stadt wohlfühlt und hier bleibt oder ob sie sich entscheidet, ins suburbanisierte Umland abzuwandern, hängt nicht zuletzt auch von der Lebensqualität ab, die unter anderem durch den Parameter Luftqualität bedingt wird, der - das werden Sie sicherlich nicht bestreiten - für uns alle wichtig ist, weil wir alle Luft einatmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen also nicht nur dafür sorgen, dass Menschen und Unternehmen aus wirtschaftlichen Erwägungen nach Köln kommen, sondern wir müssen diesen Menschen eine interessante, vielfältige und nicht zuletzt gesunde Stadtlandschaft anbieten, welche die Leute nachhaltig an die Stadt bindet. Hierzu gehört als ein Faktor auch eine möglichst schadstofffreie Luft.

Welche Folgen es hat, wenn Menschen über längere Zeit hohen Luftschadstoffbelastungen ausgesetzt werden, hat Kollege Bacher gerade schon dargelegt. Ich möchte in dem

Zusammenhang noch auf eine aktuell veröffentlichte Studie des Landesumweltamtes NRW hinweisen, die anhand von rund 5 000 Frauen aus Nordrhein-Westfalen konkret über mehrere Jahrzehnte, nämlich seit den 80er-Jahren, nachgewiesen hat, dass es signifikante, statistisch messbare Effekte gibt. Die Atemwegserkrankungen nehmen zu, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen nehmen zu, und die Menschen sterben signifikant früher.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Das würde auch für Männer zutreffen, Herr Kollege. In dieser konkreten Studie ging es aber um 5 000 Frauen.

Die Botschaft ist: Die Menschen sterben früher, wenn sie diesen Schadstoffen ausgesetzt sind. Im Gegenzug kann man sagen: Wenn die Schadstoffgehalte deutlich reduziert werden, wird die Lebensqualität gestärkt und die Lebenserwartung erhöht. Das können Sie gerne auf der Internetseite des Landesumweltamtes nachlesen. Dort ist die „Feinstaub-Kohortenstudie Frauen NRW“ erst vorige Woche veröffentlicht worden.

Aus dem Vorgenannten wird deutlich, dass es vor allem aus gesundheitspolitischer Sicht darum geht, die bestmögliche Luftqualität zu erreichen. Es ist sicherzustellen, dass zumindest die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Noch nicht einmal dies ist in Köln im Moment der Fall. Stattdessen liegen die gemessenen ebenso wie die in Modellrechnungen ermittelten Werte insbesondere für die Parameter Stickoxide - Herr Bacher hat es gerade schon gesagt - und Feinstaub durchaus in kritischen Bereichen.

Die Grenzwerte für Stickoxide werden großräumig überschritten. Bei den Feinstäuben liegen wir gerade noch so im grünen Bereich. Aber auch da ist zu berücksichtigen, dass die von Jahr zu Jahr stark schwankenden Werte bei Feinstaub noch längst keine Entwarnung ermöglichen, sondern künftig auch bei Feinstaub noch mit Überschreitungen gerechnet werden muss. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass gerade Feinstäube ein besonders gefährlicher Schadstoff sind, sodass wir hier mehr machen müssen, als einfach nur die Grenzwerte einzuhalten. Vielmehr müssen wir auch hier das geringstmögliche Schadstoffniveau erreichen. Grundsätzlich gilt, dass weder für Feinstäube noch für Stickoxide eine untere Wirkungsschwelle angegeben werden kann, sodass beide Schadstoffgruppen so stark wie

möglich reduziert werden müssen, auch über die Grenzwerte hinaus.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, wir haben einen dringenden Handlungsbedarf in Köln, was die Luftqualität betrifft. Hierzu liegt Ihnen ein gemeinsamer Antrag von SPD und Grünen vor, in dem wir sowohl die Verwaltung der Stadt Köln als auch die Bezirksregierung auffordern, entsprechend tätig zu werden. Das ist dringend erforderlich. Das Ziel, das wir an den Anfang dieses Antrags gestellt haben, nämlich die Stickoxidgehalte noch in der laufenden Wahlperiode um 25 Prozent zu reduzieren, ist schon eine durchaus sportliche, ambitionierte Vorgabe. Das bedeutet nämlich, dass wir an verschiedenen Rädchen gleichzeitig drehen müssen:

Zum einen müssen wir uns natürlich weiter mit der bestehenden Umweltzone beschäftigen, wobei wir wahrscheinlich noch einmal prüfen müssen, ob sie nicht räumlich auf Stadtteile, die zwar außerhalb der Umweltzone liegen, aber auch stark belastet sind, ausgedehnt werden muss.

Zum anderen ist es sicherlich notwendig, ein ganzes Paket von weiteren Maßnahmen zu schnüren. So werden wir zum Beispiel den Schiffsverkehr und den Eisenbahnverkehr mit Dieselloks einbeziehen sowie flankierende Maßnahmen ergreifen müssen, wie zum Beispiel die weitere Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, der weitere Ausbau von P+R-Angeboten und vieles mehr, um uns diesem Ziel letztendlich annähern zu können.

Meine Damen und Herren, wir bitten Sie hier um Ihre Zustimmung, damit es für die Kölnerinnen und Kölner zukünftig eine bessere Luft gibt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Dr. Welpmann. - Wir kommen jetzt zu Frau Welcker. Bitte schön.

**Katharina Welcker (CDU):** Sehr geehrter Herr Roters! Sehr geehrte Herren und Damen des Rates der Stadt Köln! Eine bessere Luftqualität - wer von uns wünscht sich das nicht? Ab 2014 gelten verbindliche Vorgaben für Schadstoffbelastungen. Selbstverständlich wird auch die Stadt Köln diese einhalten müssen. Es

ist unser aller Ziel und unser aller Bestreben, darauf hinzuwirken.

Die neuesten Meldungen der Umweltverwaltung über erhöhte Stickstoffbelastungen lassen erkennen, dass die bisher getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen. Vor diesem Hintergrund scheint der Antrag zunächst eine durchaus sinnvolle Initiative darzustellen. Dennoch können wir zu diesem Zeitpunkt dem Antrag nicht zustimmen und bitten darum, diesen zu vertagen.

Bereits in seiner Sitzung am 12. März 2009 hat der Ausschuss für Umwelt und Grün die Verwaltung beauftragt, Fördermittel für ein gesamtstädtisches Klimaschutzkonzept für die Teilbereiche Energie und Mobilität zu beantragen. Nach Eingang der Förderzusage im Dezember 2009 hat die Verwaltung mit Mitteilung vom 1. Juli 2010 dargelegt, wie das Klimakonzept in den Teilbereichen Mobilität und Energie erarbeitet werden soll und wann mit dem Ergebnis zu rechnen ist. Nach den Aussagen der Verwaltung kann spätestens in der Sitzung im Juli dieses Jahres mit der Vorlage des Klimakonzeptes gerechnet werden. Aus diesem Handlungskonzept sollen sich dann auch die für Köln effizientesten und erfolversprechendsten Maßnahmen ergeben. So ist es in dem von uns vor immerhin zwei Jahren aufgelegten Antrag beschlossen worden. Es gibt daher aus unserer Sicht heute und hier keinen Grund, vorab Einzelmaßnahmen für bestimmte Themenbereiche zu ergreifen. Besser ist es aus unserer Sicht - deshalb möchten wir gerne eine Vertagung in die Juli-Sitzung -, das Klimakonzept im Ganzen zu beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem wir die Verwaltung beauftragt haben, die Situation in Köln grundlegend zu erfassen und uns die besten Möglichkeiten zur Erreichung der Klimaziele im Rahmen eines Gesamtklimakonzeptes vorzustellen, und nachdem dieses Klimakonzept nun fast fertiggestellt ist, macht es aus unserer Sicht keinen Sinn, ohne umfassende Kenntnisse der Sachlage mal eben vorab ein paar Maßnahmen zu beschließen. Wofür haben wir Gutachten in Auftrag gegeben und Mitarbeiter der Verwaltung über ein Jahr mit der Erstellung eines Klimakonzeptes beauftragt, wenn wir nun mit einigen Schnellschüssen, die auch schnell als Rohrkrepierer enden können, ins Blaue hinein nur eine Verschärfung der Maßnahmen verlangen, die bisher leider nicht die erhoffte

Wirkung gezeigt haben? Dies haben auch meine Vorredner durchaus bestätigt.

(Beifall bei der CDU)

So haben wir gerade auch bei den Stickoxiden mit der Einführung der Umweltzone leider nicht die Erfolge erzielt, die wir uns davon erhofft haben. Eine Verschärfung dürfte hier keinen großen Unterschied machen.

Natürlich sind uns nicht alle Beweggründe für diesen Antrag bekannt. Es hat aber fast den Anschein, als sollten hier schnell noch einige Sachverhalte festgeschrieben werden, bevor sich möglicherweise aus dem Klimakonzept andere, effizientere Lösungen ableiten lassen. Dies ist aber nicht im Interesse des Klimas und auch nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle sind aufgerufen, für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ein alle Bereiche umfassendes, wirksames Konzept zum Schutz des Klimas zu erarbeiten und umzusetzen. Diese Aufgabe mit großer Tragweite bedarf einer fundierten Vorbereitung, die wir in Auftrag gegeben haben. Um das Beste für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, sollten wir das Klimakonzept abwarten und dann in einen ideologiefreien Dialog eintreten. Hierfür stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung, sobald die Fakten geklärt sind.

(Beifall von Ursula Gärtner [CDU])

Sollten Sie es allerdings nicht bis zum Sommer abwarten können und doch noch einige Verbesserungen bis dahin umsetzen wollen, dann schlagen wir Ihnen hiermit zwei effiziente Maßnahmen vor, die vielleicht auch etwas wirksamer sind als die Einführung eines Wassertaxis, nämlich:

Die erste ist die Installation einer umweltsensitiven Lichtsignalsteuerungsanlage im Bereich Mülheim/Clevischer Ring.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wurde bereits im Jahr 2009 von der Verwaltung als durchaus effiziente Maßnahme zur Reduzierung von Stickstoff und Feinstaub vorgestellt. Obwohl eine Reduzierung um 23 bzw. 25 Prozent bei Stickstoff bzw. Feinstaub durchaus zu erwarten ist,

(Ulrich Breite [FDP]: Hör! Hör!)

wurde diese Maßnahme bis heute nicht umgesetzt. Die Bürger warten darauf.

(Dr. Sabine Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Zu teuer! - Lachen bei der FDP)

- Natürlich ist das teuer, Frau Dr. Müller. Das ist doch gar keine Frage. Aber Klimaschutz ist eben nicht umsonst zu haben. Ich glaube, da spreche ich auch in Ihrem Namen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die zweite Maßnahme, die wir Ihnen vorschlagen, ist - wie könnte es anders sein - der Tunnel am Rheinufer zur Verstärkung des Verkehrs,

(Beifall bei der CDU und der FDP - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

der sicherlich eine erhebliche Entlastung der Menschen vor Ort, der Menschen, die in den anliegenden Wohnvierteln wohnen, und aller anderen Bürger dieser Stadt darstellen würde.

Sollten Sie sich diesen Vorschlägen nicht anschließen können, bitten wir, diesen Antrag zu vertagen, bis wir eine fundierte Grundlage aus der Verwaltung bekommen haben. - Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Welcker. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Wolf, bitte.

**Manfred Wolf (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne meine Rede wie Frau Welcker: Verbesserungen der Luftqualität - wer will das nicht? Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir gute und saubere Luft einatmen wollen. Selbstverständlich müssen wir einiges tun, um dieses Ziel erreichen zu können. Aber es müssen realistische Ziele sein, Ziele, die auch erfolgreich erreicht und eingehalten werden können.

Das Ziel vorzugeben, bis 2014 eine Reduzierung der Schadstoffbelastungen um 25 Prozent zu erreichen, halte ich für nicht realistisch. Wenn das so einfach wäre, stellt sich die Frage: Warum ist es noch nicht passiert? Dazu gehört auch die Verschärfung der Umweltzone. Die paar Fahrzeuge, die heute noch mit roter Plakette

fahren, verschwinden bald und machen den Kohl nicht fett. Dadurch lässt sich dieses Ziel nicht erreichen. Wird es dann so sein, dass überhaupt kein Auto mehr in die Stadt fahren kann? Kassiert man dann auch noch die gelben und grünen Plaketten, nur um dieses Ziel erreichen zu können? Könnte es sein, dass unsere Kinder und Jugendlichen nicht mehr auf Ascheplätzen spielen dürfen, weil bekanntermaßen dort mehr Feinstaub aufgewirbelt wird als auf den Straßen? Oder bekommt jede Kuh - ich gebe zu, dabei geht es nicht um Feinstaub - einen Katalysator unter den Schwanz gebunden? Man weiß ja, dass eine Kuh innerhalb von drei Jahren mehr Schadstoffe ausstößt als ein Mittelklassefahrzeug, das 90 000 Kilometer fährt.

Meine Damen und Herren, wir wollen wirklich etwas Gutes für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger und deren Gesundheit tun. Aber wie soll der Weg aussehen? Der Weg kann nur in einer nachhaltigen Stadtentwicklung und einer zukunftsweisenden Mobilität gefunden werden. Staus auf unseren Straßen müssen beseitigt werden. Je mehr Autos im Straßenverkehr stehen, ob vor immer roten Ampeln oder wegen schlechter Straßenkonzepte, umso mehr Abgase entstehen, wie wir alle wissen. Hier sind Neuerungen gefragt. Untersuchungen haben ergeben, dass die erwartete Luftverbesserung in Städten mit Umweltzonen nicht eingetreten ist.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört)

Was ist also zu tun? Es sind alternative Konzepte gefragt, die eine Optimierung des Ressourceneinsatzes verfolgen, der die Belange der Luftreinhaltung mit Gesundheits-, Lärm- und Klimaschutz verbindet. Sie fordern Sperrungen oder gar Fahrverbote. Aber, meine Damen und Herren, wem schaden Sie mit solchen Sanktionen und Verboten?

(Zuruf von der FDP: Der Stadt!)

Nur den Menschen vor Ort. Durch eine weitere Einschränkung bzw. Verschärfung des Einfahrverbotes für bestimmte PKW verringert sich die Frequentierung der Geschäfte in der Umweltzone. Das hat ohne Zweifel negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Köln. Auf die Spitze gebracht heißt das: Die Kaufkraft sinkt, und Menschen werden in die Arbeitslosigkeit getrieben.

(Beifall bei der FDP - Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh nein!)

Wo ist hier eigentlich der soziale Basisgedanke einer sozialen Partei, wie es die SPD sein will? Das kann es doch nicht sein, meine Damen und Herren.

Überlegenswert ist auch dieser Gedanke: Wer kann es sich eigentlich leisten, Autos zu fahren, die den Standard, der hier gefordert wird, erfüllen? Bestimmt nicht der Student, der gerade einmal mit Ach und Krach seinen alten Polo finanzieren kann,

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Semesterticket!)

und schon gar nicht eine Familie mit zwei Kindern und mittlerem Einkommen, bei der der Vater froh sein muss, dass er den Spritpreis für die Fahrt zur Arbeitsstelle und zurück noch bezahlen kann.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Mutter arbeitet nicht?)

Nein, meine Damen und Herren, Autos, die den Vorgaben der Grünen standhalten können, sind in der Regel Neuwagen, die aber einen entsprechenden Preis haben. Wer kann sich solche Autos leisten? Wir haben es ja gelesen: Die Klientel der Grünen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es kann nicht sein, dass wir weiter alte Zöpfe flechten und uns nicht den grundlegenden Knackpunkten stellen und diese anpacken. Daher sage ich hier und jetzt: Lassen Sie uns gemeinsam etwas für eine bessere Luft in Köln tun, aber mit Zielen, die Erfolg versprechen, und mit Ideen anstelle von Ideologien. Ich bitte Sie, daher unserem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Wir kommen dann zu Herrn Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag der Grünen und der SPD - die Grünen sind ja zurzeit führend in den Umfragen; da muss man sie ja auch zuerst nennen; der kleinere Partner ist ja im Moment die SPD - ist hier eben die Frage aufgeworfen worden, welche Beweggründe es wohl gewesen sein mögen,

einen solchen Antrag zu stellen. Aus unserer politischen Interpretation heraus wird das der Gang nach Canossa gewesen sein, den unser Oberbürgermeister zu gehen hatte, als er auf der Parteiversammlung der Grünen in gewisser Weise Abbitte für seine Äußerungen leisten musste.

Im Rat bekommen wir nun die Quittung dafür. Uns wird ein Antrag vorgelegt, der politisch hochgradig fragwürdig ist,

(Beifall bei pro Köln)

insbesondere im Hinblick auf seine Substanzlosigkeit. Ein Antrag sollte in der Regel auch eine Folgewirkung haben. Er sollte also ein Tun oder ein Lassen nach sich ziehen. Wenn man aber den Text genau liest, dann ist das wirklich nur - erlauben Sie mir diesen Ausdruck - politisches Wischiwaschi, das reinste Geschwätz. Das einzig Erwähnenswerte ist, dass Sie selbst im Antragstext konstatieren, dass die sogenannte Umweltzone, für die die Bürger sehr viel Geld bezahlen müssen, reine Abzocke ist, nichts gebracht hat. Das bedauern Sie hier, aber Sie hätten längst unseren Anträgen zustimmen können, in denen wir immer wieder angeprangert haben, dass die Umweltzone eine Mogelpackung zur Abzocke des Bürgers ist und deshalb abgeschafft gehört.

(Beifall bei pro Köln)

Wir fordern ehrliche Maßnahmen. Sie wollen für die Stadt Köln einen Klimaplan aufstellen. Das hört sich ja wunderbar an, aber das Klima hört eben nicht an der Stadtgrenze auf. Sie müssen mit diesem Klein-Klein aufhören. Beziehen Sie die anderen Kommunen mit ein und legen Sie hier nicht so ein Stückwerk vor. Dieser Antrag ist ja nicht der einzige, der hier so harmlos daherkommt. Wenn man als Politiker gemein wäre, könnte man dem zustimmen, weil dabei sowieso nichts herauskommen wird.

Von daher, meine Damen und Herren: Suchen Sie sich demnächst einmal ein Thema mit Substanz, damit bei den Ratssitzungen auch etwas für den Bürger herauskommt. - Danke.

(Beifall pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Stahlhofen, bitte.

**Gisela Stahlhofen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Wolf, ich will den Vorschlag, den Sie eben vorgetragen haben, als Erstes aufnehmen: autofreie Stadt! Herr Sterck, das müsste auch in Ihrem Interesse sein; Sie wohnen, glaube ich, auch im Agnesviertel; ich wohne jedenfalls dort. Ich hätte endlich frische Luft auf der Neusser Straße und dem Ebertplatz. Das wäre absolut klasse!

Nun zum Antrag von SPD und Grünen. Wie Sie wahrscheinlich schon der Presse entnommen haben, wollen wir Ihrem Antrag heute zustimmen. Ich möchte aber kurz erläutern, warum wir uns neben anderen umweltpolitischen Gründen entschieden haben, dafür zu stimmen.

In einer Pressemitteilung von SPD und Grünen ist der Hinweis zu finden - das hat der Kollege der Grünen eben auch ausgeführt -, dass auch Emissionen aus dem Schiffsverkehr zu berücksichtigen sind. Im letzten Jahr haben in Köln allein rund 1 500 Flusskreuzfahrtschiffe angelegt, und über 7 000 Gütermotorschiffe haben die Häfen auf Kölner Stadtgebiet angelaufen. Das sind 23 Schiffe täglich plus die Kähne, die Köln nur passieren und mitten durch die Umweltzone fahren. Alle diese Schiffe werden mit Dieselmotoren betrieben. Dazu gibt es auf lange Sicht auch keine Alternative. Unter dem Stichwort „Dieselmotor“ werden in *Wikipedia* Nachteile aufgelistet wie höherer Ausstoß von Stickstoffoxiden und Partikelaustritt, darunter auch lungengängiger Feinstaub.

Daher bin ich sehr erfreut, dass die SPD diesen Antrag mit einbringt, obwohl sie ja beim Thema Schifffahrt Befürworter des Godorfer Hafens ist. Wie hätten Sie, meine Damen und Herren von der SPD, den betroffenen Autofahrern sonst auch erklären können, dass sie mit ihrem Auto nicht mehr in die Stadt fahren dürfen, die Schiffe in Godorf aber weiterhin abgefertigt werden können? Bei der Einwohnerbefragung werden wir dort leichtes Spiel haben.

Da Sie in Ihrem Antrag noch keine konkreten Maßnahmen außer der Verschärfung der Umweltzone vorgeschlagen haben, hoffen wir, dass diese Vorschläge nun schnellstmöglich auf den Tisch kommen, damit wir tatsächlich bald bessere Luft atmen können. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Stahlhofen. Ehe wir gleich zur Abstimmung kommen, will Herr Dr. Welpmann

noch etwas sagen. Machen Sie es ruhig vom Platz aus.

**Dr. Matthias Welpmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will nur noch eine Bemerkung zu den Ausführungen von Frau Welcker machen. Frau Welcker, Sie haben auf das Klimaschutzprogramm hingewiesen, das wir in der Tat im Jahre 2009 beschlossen haben. Es ist sicherlich auch unstrittig, dass wir aus dem Klimaschutzgedanken heraus voraussichtlich Maßnahmen ergreifen werden, die sich in gewisser Weise überschneiden werden mit Maßnahmen, die aus der Luftreinhaltedebatte heraus entstehen. Das ist wahrscheinlich richtig.

Fakt ist aber, dass wir bei der Luftreinhaltung jetzt nicht irgendeinen beliebigen Ermessensspielraum haben. Vielmehr haben wir seit dem 1. Januar 2010 einen Zustand, der im Grunde illegal ist, weil wir nämlich die EU-weit seit dem 1. Januar 2010 geltenden Grenzwerte nicht einhalten. Das heißt, wir führen hier keine Luxus- oder Nice-to-have-Debatte, sondern wir müssen das machen, und zwar sofort.

Die Klimaschutzdebatte steht natürlich in einem globalen Kontext. Auch ich bin politisch absolut dafür, dass wir da so schnell wie möglich und so umfassend wie möglich handeln. Aber da haben wir nicht unmittelbar diesen rechtlichen Handlungszwang wie bei der Luftreinhaltung. Insofern ging Ihr Beitrag ein bisschen an der Sache vorbei. Wir sind uns wahrscheinlich im Ziel einig. Aber es ist nicht so, dass die Beschlüsse zum Klimaschutz hier irgendwelche Beschlüsse zur Luftreinhaltung obsolet machen. Im Gegenteil: Hier müssen wir kurzfristig tätig werden. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Welcker, bitte.

**Katharina Welcker** (CDU): Herr Dr. Welpmann, natürlich muss man etwas für das Klima tun, natürlich muss man etwas für die Luftreinhaltung tun. Dafür stehen wir alle doch hier ein. Das wollen wir doch auch. Aber Schnellschüsse bringen doch nichts, zumal wenn es dunkel ist. Sie selber haben in Ihren Ausführungen schon gesagt, dass die Umweltzone nicht das gebracht hat, was Sie erwartet haben, gerade bei den Stickoxiden nicht. Lassen Sie uns einmal in Ruhe abwarten, bis das vorliegt, wofür wir sehr viele

Steuergelder ausgegeben haben. Wir haben ein Gutachten beantragt und es ausführen lassen. Wir haben die Verwaltung über ein Jahr lang beschäftigt. Da können Sie doch jetzt nicht einfach sagen: Das ist uns alles egal; wir machen jetzt einen ganz tollen Antrag und wissen es alles besser. Wir haben die Gelder der Bürger ausgegeben - ob Bundesgelder oder städtische Gelder -, damit wir ein vernünftiges Konzept erhalten, mit dem wir an die Öffentlichkeit gehen können. Stattdessen sagen Sie nun: Das ist mir egal, ich will es bitte jetzt. Das halte ich für einen Fehler.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen dann zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wenn ich es richtig verstanden habe, hat die CDU den Antrag auf Vertagung gestellt. Da dieser Antrag der weitergehende ist, lasse ich darüber zuerst abstimmen. Wer sich für die Vertagung dieses Antrags ausspricht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen CDU, FDP und pro Köln sowie Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen als Nächstes zur Abstimmung über den Änderungs- bzw. Ersetzungsantrag der FDP. Wer für den Antrag der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Letztlich kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken sowie der OB. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zu:

### **3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Erhalt der Leistungsfähigkeit Kölner Straßen“ AN/0695/2011**

Dazu hat sich zunächst Herr Möring gemeldet.

**Karsten Möring (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir einen Blick in die jüngere Vergangenheit zurückwerfen und uns vergegenwärtigen, welche baulichen Maßnahmen wir in Köln im Bereich von Straßen, Wegen und Plätzen durchgeführt haben, fällt uns auf, dass wir zwar eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen und umgesetzt haben, bei denen es um die Reduzierung der Leistungsfähigkeit von Straßen geht - meistens zugunsten anderer Nutzer des öffentlichen Raumes -, dass wir aber beim Bau neuer Straßen oder bei der Erweiterung von Straßen deutlich sparsamer gewesen sind.

Jedes Mal, wenn wir die Diskussion über solche Fragen führen, reden wir letztlich über die Frage, wie die Flächenkonkurrenz zwischen den verschiedenen Teilnehmern des Verkehrs oder Nutzern des öffentlichen Raumes ausgetragen wird. Das heißt, dass es neben stadtgestalterischen Dingen immer auch um die Frage der Funktion von Verkehrsverbindungen bzw. Verkehrswegen geht.

In den einzelnen Vorlagen steht manchmal etwas dazu - zum Beispiel, die Verkehrsbelastung lasse das zu, oder Ähnliches, was mehr pauschal ist. Wir haben manches Mal über die Frage diskutiert, ob ein solcher Rückbau oder eine solche Reduzierung der Leistungsfähigkeit auch vertretbar ist. Gerade wir haben oft kritisch angemerkt, dass wir davon nicht überzeugt sind.

Mit dem Antrag, den wir heute gemeinsam mit der FDP vorlegen, wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass diese Diskussion auf eine rationalere Grundlage gestellt wird. Daher erwarten wir von der Verwaltung, dass bei der Vorlage entsprechender Vorschläge grundsätzlich die Einschränkung der Leistungsfähigkeit erörtert und mit Zahlen belegt wird. Wie das im Einzelnen zu geschehen hat, wollen wir nicht vorschreiben. Wir brauchen aber eine klare Entscheidungsgrundlage, die zu dem Thema Leistungsfähigkeit deutliche Aussagen macht.

Ich will nicht auf einzelne Beispiele eingehen und nur einmal die Diskussion um die Einengung der Bonner Straße, insbesondere vor dem Hintergrund der Querung der Rheinuferstraße, nennen. Es gibt aber genug andere Beispiele in Köln, die man auch dafür heranziehen könnte.

Das ist der Sinn. Wir wollen eine Entscheidungsgrundlage haben, die uns eine fundierte Entscheidung möglich macht. Es darf

nicht immer nur nach Treu und Glauben oder nach Ideologie gehen; nach dem Motto: Wir machen die Straßen mal ein bisschen enger; es kommt immer etwas Gutes dabei heraus - notfalls weniger Verkehr. An sich ist das zwar schön. Verkehrswege sind aber nun einmal dazu da, genutzt zu werden. Die Einschränkung von Verkehr kann ja nicht das Ziel sein.

Uns geht es also darum, hier eine vernünftige, sachliche Entscheidungsgrundlage zu bekommen. Das ist unsere Aufforderung an die Verwaltung. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es noch eine Wortmeldung von der FDP? - Ja. Frau Kirchmeyer, bitte.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einige wenige Ergänzungen.

Ich bin der festen Meinung, dass die Kollegen von SPD und Grünen diesem Antrag zustimmen werden, weil dies auch ein Beitrag zum Umweltschutz und zur Luftreinhaltung ist. Deswegen gehe ich davon aus, dass sicherlich eine Zustimmung erfolgen kann.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Aber hallo!)

Schließlich sind wir eine Millionenstadt. Frau Stahlhofen glaubt das zwar nicht, wie sie eben in ihrer Rede deutlich gemacht hat. Wir sind aber kein Dorf in der Eifel. Daher sollten wir uns auch mit unseren leistungsfähigen Zufahrtsstraßen und innerstädtischen Straßen entsprechend präsentieren.

Herr Welpmann hat das in seiner Rede zum Umweltschutz gerade anders ausgedrückt. Er sprach von einer gesunden und vielfältigen Stadtlandschaft. Dazu gehören auch gut erreichbare Innenstädte.

Die Infrastruktur in Köln muss und soll erhalten bleiben. Die Leistungsfähigkeit einiger Straßen lässt schon sehr zu wünschen übrig. Daher ist hier eine ganzheitliche Betrachtung erforderlich.

Ich bitte nochmals um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Frau Kirchmeyer. - Frau dos Santos Herrmann, bitte.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Kirchmeyer, ich muss Ihrem Antrag weder zustimmen, noch muss ich ihn ablehnen. Meiner Auffassung nach ist er durch Verwaltungshandeln erledigt.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: So kann man es natürlich auch machen!)

- Ja, das ist so. Schauen Sie sich das doch einmal an. Uns wird dargelegt, welche Auswirkungen Veränderungen im Stadtraum und in den Straßen haben. Wir können uns dann gemeinsam dafür entscheiden oder uns auch dagegen stellen, wenn wir anderer Auffassung sind.

Ich würde auch gerne mit CDU und FDP ideologiefrei und sachlich darüber diskutieren, welche Verkehrspolitik wir brauchen. Im Übrigen gibt es natürlich immer Stellen, an denen man vielleicht auch mal über eine breitere Straße diskutieren muss.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Aber wann immer dieser Versuch gestartet wird, landet er spätestens nach drei Minuten bei der eher beschränkten Politik mit Tunnelblick. Deswegen glaube ich Ihnen nicht, dass Sie damit wirklich eine sachliche Basis für Verkehrspolitik erreichen wollen.

(Henk van Benthem [CDU]: Das kennt man doch schon alles!)

In der Begründung Ihres Antrags schreiben Sie tatsächlich, es gehe um „den optimalen Mix zwischen Individualverkehr und ÖPNV“. Schaut man dann in Ihren Antrag, sieht man aber immer wieder nur Autoverkehr. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist wiederum keine sachliche Debatte und auch keine ideologiefreie Debatte um vernünftige Verkehrspolitik in Köln.

Im Übrigen haben wir im September des vergangenen Jahres, also vor einem guten halben Jahr, im Verkehrsausschuss eine Anfrage gestellt, und zwar anlässlich der Behauptung,

Köln sei die autofeindlichste Stadt in Deutschland.

(Manfred Wolf [FDP]: Das hat der ADAC festgestellt!)

- Nein, wenn Sie die Antwort des ADAC bzw. der Verwaltung auf die Anfrage lesen, werden Sie feststellen, dass das alles gar nicht so undifferenziert ist, wie Sie es gerne darstellen wollen.

Wir haben unter anderem die Frage gestellt, ob es denn zutrifft, dass die Entscheidungen im Stadtrat in den vergangenen Jahren zu einer schwächeren Leistungsfähigkeit der Straßen oder zur Benachteiligung von Verkehrsträgern wie beispielsweise dem Auto geführt haben.

Herr Streitberger hat uns darauf schon in der Sitzung mündlich sehr ausführlich geantwortet und das später noch einmal schriftlich nachgereicht. Ich darf zitieren:

Insofern gibt es nach Ansicht der Verwaltung keine Belege dafür, dass einseitig nachteilige Beschlüsse zulasten einer Gruppe gefasst werden.

Das ist der erste Punkt.

Im Übrigen weist die Verwaltung auch zu Recht darauf hin, dass die Förderung bestimmter Verkehrsträger natürlich auch eine Entlastung für etwa den Kraftfahrzeugverkehr bedeutet. Erlauben Sie mir, auch hierzu noch einmal aus der Antwort der Verwaltung zu zitieren:

Die Förderung alternativer Verkehrsmittel wie Fußgängern, Radfahrern und öffentlichem Personennahverkehr führt im Ergebnis dazu, dass der Kraftfahrzeugverkehr langsam, aber kontinuierlich abnimmt.

Es ist daneben erforderlich, Straßenum- und -ausbauten punktuell auch im Sinne des Kraftfahrzeugverkehrs vorzunehmen, um Problempunkte, die trotz dieser Entwicklung bestehen bleiben, abzubauen.

Mit „Mobil im Rheinland“ und anderen Signalsteuerungs- und Verkehrsmanagementsystemen ist - - Nein; Entschuldigung. Mit Verkehrsmanagement- und Signalsteuerungssystemen arbeitet die Verwaltung im Übrigen auch für einen besseren Fluss im Verkehr. Insofern heißt nicht jeder Umbau, dass eine Straße dann leistungsschwächer wäre.

(Karsten Möring [CDU]: Haben Sie nicht „Mobil im Rheinland“ gerade zurückgefahren?)

- Im Gegenteil.

Mit „Mobil im Rheinland“ ist hier ein Verkehrsträger und Gemeindegrenzen überschreitender Ansatz entwickelt worden, der europaweit beachtet wird.

Das ist wiederum aus der Antwort der Verwaltung.

Außerdem ist kurzfristig mit dem „Verkehrskalender Köln“ noch zielgerichteter und klarer über Verkehrsverhältnisse in Köln zu informieren.

Das ist ja inzwischen eingeführt worden und zeigt auch schon erste Erfolge.

Im Übrigen sind wir alle dazu aufgerufen, nach geeigneten Maßnahmen zu suchen, die eben nicht unbedingt bauliche Maßnahmen sind, sondern auch verkehrslenkende Maßnahmen, die den Verkehrsfluss verbessern können, wie das Programmieren von Signalsteuerungsanlagen und Ähnliches.

Eine meiner Lieblingskreuzungen, die wir auch im Verkehrsausschuss immer mal wieder thematisiert haben, auf die die CDU aber nicht so gerne guckt, weil sie nicht in ihrem Kerngebiet liegt, und bei der sie offenbar auch keinen Tunnel haben möchte, ist die Kreuzung Frankfurter Straße/Rösrather Straße in Ostheim. Diese Straße ist in Spitzenzeiten des Verkehrs durchaus stark belastet und hatte in der Vergangenheit auch nicht unerhebliche Engpässe. Inzwischen ist aber das passiert, was wir schon lange eingefordert haben, nämlich eine Überprüfung der dortigen Signalanlage.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das hat nichts gebracht!)

- Doch, einiges. Ihre CDU-Mitglieder aus Ostheim bestätigen mir, dass die Reparatur der Ampelanlage doch eine ganz erhebliche Entlastung gebracht hat. Das an dieser Stelle einsetzende Verkehrsleitsystem mit neuer Beschilderung lenkt den Verkehr bereits heute ordentlich über den Vingster Ring.

(Zuruf von Gisela Manderla [CDU])

- Das ist wahr.

(Gisela Manderla [CDU]: Wer denn?)

- CDU-Mitglieder aus Ostheim. Ich weiß den Namen des Herrn im Moment leider nicht.

(Henk van Benthem [CDU]: Ross und Reiter nennen, oder man glaubt es nicht! - Gisela Manderla [CDU]: Wer denn?)

- Den Namen liefere ich gerne nach, Frau Manderla.

(Henk van Benthem [CDU]: Wie heißt er?)

- Ich kenne ihn ja. Auf einer Veranstaltung, die ich durchgeführt habe, hat er es mir selber gesagt.

(Henk van Benthem [CDU]: Na also! Wie heißt er denn?)

- Ihr Ortsverbandsvorsitzender in Ostheim.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau dos Santos Herrmann - -

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister, erlauben Sie mir noch eine Bemerkung.

(Henk van Benthem [CDU]: Der kam aus Rodenkirchen!)

- Der kam nicht aus Rodenkirchen, sondern aus Ostheim. Ich liefere den Namen gerne nach.

Wir betrachten Ihren Antrag als erledigt und werden ihn, weil Sie ihn wahrscheinlich aufrechterhalten, natürlich ablehnen. Das tun wir aber mit gutem Gewissen. Die Verwaltung arbeitet unserer Auffassung nach im Sinne Ihres Antrags. Er ist überflüssig. Letztlich ist er auch kein Beitrag zu einer ideologiefreien Debatte, sondern das genaue Gegenteil. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Tull, bitte.

**Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die CDU erst einmal loben.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

- Ja. - Offensichtlich hat auch die CDU verstanden, dass es mit der bisherigen Verkehrspolitik, bei der man dem motorisierten Individualverkehr absolute Vorherrschaft im Stadtbild gibt

(Karsten Möring [CDU]: Wo ist das denn der Fall?)

und ihm eine Bevorrechtigung gegenüber allen anderen Verkehrsarten einräumt, nicht so weitergeht.

Deshalb begrüße ich es sehr, dass sich die CDU in letzter Zeit verstärkt inhaltlich mit dem Thema „Mobilität in der Stadt“ auseinandersetzt und dazu auch interessante Diskussionsveranstaltungen durchführt.

(Zuruf von der CDU: Offensichtlich mit Spionen dabei!)

Aber leider scheint das der CDU-Fraktion im Stadtrat nicht ganz geheuer zu sein. So schlägt sie ihre Räder wieder in die verkehrte Richtung ein. Jüngstes Beispiel ist die CDU-Kampagne zum sofortigen Bau des Rheinufertunnels.

(Winrich Granitzka [CDU]: Die läuft doch toll!)

Man kann ja die Haltung haben, dass, egal was es kostet - Geld, Bäume, mehr Stadtverschandelung -, ein solcher Tunnel absolut notwendig ist, damit auch nur die Möglichkeit eines Staus in jedem Fall vermieden wird. Diese Haltung kann man ohne Zweifel haben. Ich habe aber außerhalb von Karneval selten so gelacht wie beim Lesen Ihres Slogans: „Mein Papa soll nicht im Stau stehen, sondern mit mir spielen.“

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall bei der CDU)

Hallo? Wir haben das Jahr 2011 - nicht 1961, auch wenn Sie das gerne hätten. Ihre ganze Antiquiertheit kommt in diesem Satz zum Ausdruck, der die völlig veränderten Lebens-, Mobilitäts- und Familienumstände in einer Großstadt wie Köln komplett ignoriert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie peinlich ist das denn?

In diesem Zusammenhang muss man leider auch Ihren Antrag sehen. Statt zur Kenntnis zu nehmen, dass sich der Modal Split verändert, dass Bus und Bahn ohne Ende Zuwächse haben, dass der Radverkehrsanteil immer weiter

steigt und dass der Fußverkehr in der Innenstadt die wichtigste Verkehrsart ist, halten Sie an dem völlig überkommenen Konzept der autofreundlichen Stadt fest. Sie versuchen alles, um moderne Mobilitätsentwicklung in dieser Stadt auszubremsen. Zum Glück haben Sie dafür keine Mehrheit. Sie tun so, als würde der Umbau von Straßen zu einer Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse führen.

(Gisela Manderla [CDU]: Ja, das ist so!)

Das Gegenteil ist der Fall. Entschleunigung und Verstetigung des Verkehrs führen zu weniger Staus, zu besserer Luft, zu weniger Lärm und zu mehr Aufenthaltsqualität.

Dies kommt letztlich allen zugute - nicht nur den Papas, die aus Bornheim-Roisdorf oder Niederkassel-Rheidt oder von noch weiter her morgens ihre trostlose Reihenhaussiedlung verlassen,

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Henk van Benthem [CDU]: Pfui! - Weitere Zurufe von der CDU)

um sich dann mit den anderen Papas im Auto auf den langen und steinigen Weg in die große Stadt zu machen.

Lassen Sie mich nun einmal zu den konkreten Straßen kommen, die Sie in Ihrem Antrag benennen.

Die Bonner Straße, an der im Übrigen sehr viele Wohnungen liegen, sollte eigentlich nach der Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn komplett zweispurig werden. Das war im Straßenverkehrskonzept so vorgesehen. Leider konnte und wollte sich daran niemand mehr erinnern - außer uns. Dass der südliche Teil jetzt vierspurig ist, ist ein schmerzhafter Kompromiss.

Die Cäcilienstraße leidet vor allem darunter, dass die Papas aus dem rechtsrheinischen Bergischen Land ausschließlich das Kaufhaus-Parkhaus kennen und auch kein anderes Parkhaus kennenlernen wollen.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb gab es in der Vergangenheit immer wieder Staus.

(Ralph Sterck [FDP]: Die Straße liegt doch weiter westlich, Frau Kollegin!)

Dies wird sich jetzt ändern, weil nicht mehr zugelassen wird, dass eine öffentliche Fahrspur als Wartezone für ein privates Parkhaus genutzt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stattdessen verschaffen wir den Kölner Bürgerinnen und Bürgern - denen wir im Übrigen verpflichtet sind, nicht den Papas aus dem Umland - mehr Raum.

Die Frankfurter Straße wird schöner gestaltet. Dies kommt insbesondere den dort ansässigen Geschäftsleuten zugute, die dringend Unterstützung brauchen.

Und Mülheim kann nun wirklich ein paar schönere Ecken gebrauchen. Das müssen Sie doch wohl zugeben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als reine Durchgangsschnellstraße ist die Frankfurter Straße viel zu schade.

Insofern läuft Ihr Antrag ins Leere, da mit den angestrebten Verbesserungen im Kölner Straßenland nicht etwa rot-grüner Stauwahnsinn, sondern ein wirklicher Benefit für die Kölner Bevölkerung geschaffen wird.

Die von Ihnen angeregten Untersuchungen zu Schleichverkehren usw. sind im Übrigen Bestandteil jeder Vorlage und werden selbstverständlich vorgelegt. Ihr Antrag ist also auch in dieser Hinsicht völlig überflüssig. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! So abstrus, wie der Antrag an sich meines Erachtens ist, so abstrus war natürlich auch die Debatte. Anscheinend sind die Grünen jetzt auch eine papafeindliche Partei.

(Beifall bei pro Köln)

An dieser Stelle kann ich die Grünen nur fragen - wir werden dem Antrag übrigens zustimmen -: Was haben Sie denn aus der Venloer Straße gemacht? Ist das Ihre Art von Stadtverschönerung, Frau Tull? Wollen Sie das

tatsächlich bewirken? Wir wollen so etwas nicht haben. Wir brauchen natürlich leistungsfähige Straßen. Wir brauchen auch Aufenthaltsqualität.

Der Antrag mag richtig belanglos sein. Es schadet aber nichts, wenn man ihm zustimmt. Das werden wir auch tun. Es ist aber schädlich, was Sie hier im Rat sagen, Frau Tull.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Kirchmeyer.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Debatte hat wieder einmal gezeigt, wie ideologisch hier die Debatten geführt werden - und nicht sach- und fachgerecht. Meine Vorrednerinnen haben viel gesagt. Das hatte aber alles nichts mit der Leistungsfähigkeit unserer Straßen zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es hatte mit allem etwas zu tun, aber nicht damit. Das war sehr polemisch und eigentlich auch die falsche Richtung. Deswegen bin ich jetzt noch mehr der Meinung, dass unser Antrag heute der richtige Weg ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann sind wir am Ende der Debatte; denn es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

**3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend  
„Pannen beim Bergungsbauwerk an der  
Stadtarchiv-Einsturzstelle“  
AN/0658/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Nun kommen wir zu einem Thema, bei dem es nicht um Ideologie geht, sondern um die ureigenen Dinge der Stadt Köln und ihrer Verwaltung bzw. eine Angelegenheit des Oberbürgermeisters. Es geht um die Pannen beim Bergungsbauwerk an der Stadtarchiv-Einsturzstelle.

Vor dem Hintergrund, dass es dort anscheinend erneut nicht sach- und fachgerecht zugegangen ist und dass ein großer Schaden entstanden ist, der noch nicht vollständig absehbar ist, was sowohl die Kosten angeht, die die Kölner Bürger zu bezahlen haben, und zwar meistens über irgendwelche Gebührenerhöhungen, als auch das zusätzlich zerstörte Archivgut, das man eventuell noch hätte retten können, müssen wir feststellen: Der Oberbürgermeister und seine Verwaltung haben nichts dazugelernt. Beispielsweise liegen immer noch die Bauaufsicht und die Bauausführung in einer Hand. Das hat ja unter anderem zu den fatalen Folgen an dieser Baustelle geführt.

Daher fordern wir in Punkt 1 unseres Antrags, „Bauausführung und Bauaufsicht bei der Errichtung des Bergungsbauwerkes am historischen Archiv zu trennen“. Es kann nicht sein, dass die Stadt bzw. die KVB sich hier wieder selber kontrollieren.

Des Weiteren fordern wir, „bei dem zukünftigen Fortgang der Bauarbeiten Tiefbauexperten zu Rate zu ziehen“. Wir haben ganz am Anfang, als dieser Skandal aufgekommen ist, feststellen müssen, dass die Stadt Köln kein Tiefbauamt mehr hat, also keine Experten, die sich tatsächlich mit einer solchen Sache auskennen. Nichtsdestotrotz wurschtelt man weiter. Die Konsequenzen haben wir. Herr Kahlen, vielleicht kann die Verwaltung gleich einmal sagen, ob die Summe von 20 Millionen Euro Schaden in etwa realistisch ist.

Außerdem hätten wir natürlich gerne auch immer einen Bericht im Rat der Stadt Köln. Es kann nicht sein, dass es im Hauptausschuss stets eine Art öffentliche Pressekonferenz gibt. Wir wollen als Ratsmitglieder fundiert informiert werden, um gegebenenfalls auch eingreifen zu können, weil der Oberbürgermeister mit seiner Stadtspitze hier anscheinend doch in gewisser Weise überfordert ist.

Vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag dringend geboten. Ich bitte Sie um Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann können wir darüber abstimmen. Wer für diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keiner. Damit ist er abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:

**3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Vergabe durch die Stadt Köln nach sozialen und ökologischen Standards“ AN/0708/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! In einer Mitteilung vom 11. Juni 2007 teilte die Verwaltung dem AVR mit, dass bei der Vergabe von Aufträgen Unternehmen, die ausbilden, nicht mehr bevorzugt behandelt werden. Der damalige Regierungspräsident Lindlar von der CDU hatte einer Beschwerde des Bauunternehmens Helf GmbH & Co. KG nachgegeben. Die Empörung im Ausschuss war parteiübergreifend groß.

Ich habe vor einigen Wochen bei der Bezirksregierung nachgefragt, wie der aktuelle Sachstand ist und wie in der Sache weiter verfahren werden kann. Mir wurde mitgeteilt, dass die Bezirksregierung 2007 mit der damaligen CDU-Landesregierung vereinbart hatte, dass ein neuer Erlass, also ein überarbeiteter Erlass, zur Bevorzugung von Ausbildungsbetrieben nicht mehr auf den Weg gebracht werden sollte. Die Bezirksregierung teilte mir aber auch mit, dass sich durch die Modernisierung des Vergaberechts vom April 2009 viel geändert habe und - ich zitiere - „insbesondere soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte“ eine neue Rolle spielen würden.

Die politische Situation in NRW und die rechtlichen Möglichkeiten haben sich seit 2010 geändert. Da wir inzwischen eine rot-grüne Landesregierung und eine sozialdemokratische Regierungspräsidentin haben, wäre unseres Erachtens ein neuer Vorstoß in Sachen Vergaberecht bezüglich der Ausbildungsplätze zu wagen. Der Kölner Rat könnte hier mit Erfolg eine neue Änderung anstoßen.

Ein solches Vorgehen würde auch mit der beginnenden Diskussion über ein neues Tariftreuegesetz korrespondieren. Auch hier könnten soziale Kriterien wie zum Beispiel der Mindestlohn einfließen.

Meine Damen und Herren, auf den städtischen Baustellen in Köln gab es immer wieder Betriebe, die Arbeiter zu Dumpinglöhnen beschäftigten. Die Sanktionsstelle des Vergabeamtes - das ist eine Person - ist einigen korrupten Bauunternehmen auf die Schliche gekommen. Die Unternehmer wurden angezeigt und mit Ordnungsgeldern belegt. Das nennt man einen erfolgreichen Kampf gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Diese Sanktionsstelle wollen wir stärken, um konkrete Aktivitäten zu entwickeln. Was nutzen uns Vergabebestimmungen, wenn sie nicht eingehalten werden und wenn nicht gegen Verstöße vorgegangen wird?

Weit über 200 000 Euro hat diese Sanktionsstelle in einem Jahr eingenommen. Hier sollte die Verwaltung meines Erachtens prüfen, inwiefern eine Aufstockung des Personals möglich ist. Diese Aufstockung wäre ja auch kostenneutral.

Das sind die beiden Punkte aus unserem Antrag, die wir für wichtig erachten. Zu den Dingen, die wir in den Punkten 1 und 2 ansprechen, laufen zum Teil Sachen; das ist keine Frage. Das ist ja auch eine Begrüßung. Die Punkte 3 und 4 halten wir aber für sehr konkrete Dinge. Sie könnten umgesetzt werden bzw. es könnte geprüft werden, ob man sie in Anwendung setzt. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Detjen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Die Ratssitzung ist an sich schon lang genug. Deshalb fragt man sich auch bei jedem Antrag: Hat er einen tieferen Sinn? Lohnt es sich, sich damit zu befassen? Und ist überhaupt eine weitere Beschlussfassung des Rates notwendig?

Eine kurze Recherche zu dem Antrag der Linken zeigt, dass alle diese Fragen mit Nein zu beantworten sind. Warum?

Der Rat hat am 6. Februar 2007 mit breiter Mehrheit beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass Ausbildungsbetriebe in Vergabeverfahren berücksichtigt werden sollen. Allerdings sind wir kein Gesetzgeber. Das heißt: Wir können dafür sein, brauchen aber die Unterstützung des Gesetzgebers.

Nun sind wir etwas weiter. Im März 2011 hat die Regierungskoalition aus SPD und Grünen im Düsseldorfer Landtag bekannt gegeben, dass sie ein Verfahren zum Tariftreue- und zum Vergabegesetz einleitet. Wer das genau nachlesen möchte, kann sich auf die entsprechende Homepage begeben. Dort findet er, dass im Koalitionsvertrag dazu Verabredungen getroffen worden sind, dass man inzwischen eine Anhörung durchgeführt hat und dass es jetzt Vorbereitungen dazu gibt, dass das Land NRW, wie es hier heißt, mit seinem Auftrags- und Vergaberhalten seinem Vorbildcharakter gerecht wird. Es wird also daran gearbeitet, eine entsprechende Regelung zu treffen.

Der Rat hat am 25. September 2008 einen weiteren Beschluss gefasst, der im Kern beinhaltet, soziale und ökologische Kriterien bei Vergabeverfahren zu berücksichtigen und die Regelungen auch dahin gehend anzupassen.

Schließlich hat der Rat am 25. November 2010 beschlossen, eine Fachtagung zur Vergabepraxis unter der Überschrift „Regionale Wirtschaft in der kommunalen Vergabepraxis“ durchzuführen.

Ich will betonen, dass alle diese Anträge von SPD und Grünen initiiert worden sind, aber mitunter - insbesondere der letzte Antrag - eine sehr breite Mehrheit gefunden haben.

Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, dass die besagte Fachtagung im September dieses Jahres durchgeführt wird, und zwar in Kooperation mit dem Landschaftsverband Rheinland und in Kooperation mit der Stadt Bonn. Das ist sehr begrüßenswert. Dort werden diese und andere Fragen aktuell mit Fachleuten geklärt. Vielleicht sind wir dann auch mit dem Gesetzgebungsverfahren in Nordrhein-Westfalen ein Stück weiter.

Das Fazit lautet also: Wir brauchen hier keine weiteren Beschlüsse. Beschlüsse haben wir viele gefasst. Wir haben allenfalls einen Umsetzungstau.

Insofern können wir diesem Antrag nichts abgewinnen. Eigentlich müssten wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Wenn die Linke das wünscht, können wir aber auch darüber abstimmen.

Mehr ist dazu wirklich nicht zu sagen. Ich denke, bevor man solche Anträge stellt, sollte man erst einmal recherchieren, anstatt hier platte Plagiate zu machen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann können wir über diesen Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich die Tagesordnungspunkte 3.1.8 und 3.1.13 gemeinsam auf:

**3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Stadtklima- / Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer“ AN/0706/2011**

**3.1.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Schmuckbeete“ AN/0705/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Bacher.

**Götz Bacher (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zielsetzung unseres heutigen Antrags ist es, den von SPD und Grünen für 2011 eingebrachten Haushaltstitel „Stadtklima- / Stadtverschönerungsprogramm - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer“ nun mit Leben zu erfüllen. Mit der Schaffung dieser Haushaltsposition wollen wir einen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Stadtverschönerung leisten.

Dass es Sinn macht, dies heute durch diesen Antrag zu untermauern, zeigen unter anderem ein Artikel in der *Kölnischen Rundschau* vom 16. März 2011 unter dem Titel „Schmuckbeeten

„blüht“ Aus“ und die schon erfolgte Beseitigung des Schmuckbeetes am rechtsrheinischen Brückenkopf der Deutzer Brücke. Dort blüht nun nichts mehr. Stattdessen ist dort nun Rasen eingesät.

Dass, wie berichtet, für die im Vergleich zu anderen Städten wenigen Schmuckbeete in Köln bisher angeblich 700 000 Euro zur Verfügung standen, irritiert zwar sehr, sei aber nur am Rande erwähnt.

Doch hat offenbar die beginnende Beseitigung der Schmuckbeete auch unsere Freunde aus der CDU so aufgerüttelt, dass sie mit ihrem Antrag zumindest auf das Thema Schmuckbeete aufspringen.

(Karsten Möring [CDU]: Das tun wir schon lange! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da sind Sie noch nie dabei gewesen! Das machen wir als Bürgerverein schon seit langem! Da waren Sie die ganze Zeit nur nie in Rodenkirchen!)

- Ach, du lieber Gott. Herr Klipper, Sie wissen, dass ich in der Bezirksvertretung Rodenkirchen schon 1975 Pionier war.

(Winrich Granitzka [CDU]: Waren Sie Junger Pionier?)

Bis 1979 war das eine sehr schöne Zeit. Da haben Sie noch nicht an den Rat und Ihre Beteiligung hier in solchen stolzen Gremien gedacht.

(Lachen von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Aber nun weiter: Doch wie sich zeigt, sind Sie mal wieder zu kurz gesprungen, liebe Kollegen.

Wir wollen mit den Mitteln aus der Kulturförderabgabe die Lebensqualität in unserer Stadt insgesamt verbessern.

So möchten wir zum Beispiel, dass in der Stadt die Brunnen wieder sprudeln, die neben ihrer Attraktivität gerade im Sommer auch einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas leisten.

Auch wollen wir, dass durch vermehrte Baumpflanzungen nach und nach die große Zahl der Fehlstellen beseitigt wird und der Baumbestand in Köln weiter ergänzt wird; denn Bäume in der Stadt erfüllen mannigfache Funktionen. Sie verbessern nicht nur spürbar das Stadtklima. Eine stärkere Begrünung kann

auch zur Erhöhung der Gesundheit der Bürger beitragen. Durch Bäume kann außerdem eine positivere Bewertung des Lebensraums erreicht werden.

Darüber hinaus möchten wir mit diesem Antrag erreichen, dass die Mittel zur Stadtverschönerung in den Veedeln ankommen - dort, wo die Menschen leben und wohnen. Darum wollen wir, dass jedem Stadtbezirk 100 000 Euro zur Verfügung stehen. Oftmals sind es gerade die kleinen Maßnahmen, durch die mit geringem Aufwand dazu beigetragen werden kann, die Lebensqualität wirkungsvoll zu verbessern. Für welche Maßnahmen - ob für Bäume, Bänke, Schmuckbeete oder Brunnen - die Mittel dann im Einzelnen für das Erscheinungsbild im Stadtbezirk verwendet werden, lässt sich dort im unmittelbaren Dialog mit den Bürgern vor Ort viel besser erarbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit Köln noch ein wenig attraktiver wird und wir zugleich die Bezirksvertretungen ein wenig stärken, bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

Zugleich darf ich hier erwähnen, dass sich damit für uns der Antrag der CDU zu den Schmuckbeeten erledigt und wir ihn somit ablehnen. - Ich danke auch an dieser Stelle noch einmal für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zur CDU.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Bacher, lassen Sie mich doch ein paar Worte sagen. Ich finde es immer sehr schön, wenn Sie hier oben markig so etwas vortragen. Aber ich habe Sie bei keiner einzigen Maßnahme im Kölner Süden gesehen, bei der die Bürger selber diese Pflege in die Hand genommen haben.

(Götz Bacher [SPD]: Das mag an meiner Größe liegen!)

Sie waren weder derjenige, der sich dafür eingesetzt hat, dass wir die Blumen bekamen, noch haben Sie sich mit Ihrem kaputten Kreuz daran beteiligt, die Blumen in die Erde zu stecken.

(Beifall von Henk van Benthem [CDU])

Sie sind jedenfalls kein Mal dabei gewesen, Herr Bacher.

Lassen Sie mich kurz etwas dazu sagen, warum wir diesen Antrag gestellt haben. Herr Oberbürgermeister, wir finden es äußerst bedauerlich, dass Sie, der Sie den Haushalt eingebracht haben, für die wenigen bunten Flecken in der Stadt kein Geld eingestellt haben. Ja, Sie haben ihn eingebracht; da können Sie nicht auf den Dezernent verweisen. Sie haben dieses Geld nicht eingestellt. Leider ist uns dies erst aufgefallen, als jetzt in der Zeitung stand, dass für die Sommer- und Herbstbepflanzung kein Geld zur Verfügung steht.

Bei der tristen Situation, die in der Stadt vorhanden ist, dann noch an diesen sieben Stellen - mehr sind es nicht - zu sparen und dies nicht zu ermöglichen, finde ich nicht gut, Herr Oberbürgermeister. Das entspricht auch nicht Ihrem Anspruch vor anderthalb Jahren, als Sie hier angetreten sind. Meiner Meinung nach ist das ein Ding der Unmöglichkeit.

Herr Bacher, vor dem Hintergrund des Haushalts haben wir uns auch nur für diese kleine Maßnahme entschieden. Das sage ich Ihnen ganz klar. Ich habe vorher die Kämmerin gefragt, ob dafür Geld zur Verfügung steht. Sie sagt, dass es keine außerplanmäßigen Ausgaben dafür gibt. Ich habe den Dezernenten gefragt, ob wir das austauschen können. Das gibt es nicht. Er hat ja Zwänge in seinem Dezernat. Deswegen muss es irgendwo eingestellt sein.

Herr Oberbürgermeister, ich fordere Sie auf, irgendwo Geld zusammenzukratzen, um dies auch durchführen zu können; denn sonst wird in unserer Stadt ab sofort nichts mehr für die Sommer- und Herbstbepflanzung zur Verfügung stehen. Gerade vor dem Hintergrund, dass Touristen in diese Stadt kommen, halte ich das für ein Debakel par excellence.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Wir haben auch nur diese kleine Summe genommen, die eben nicht 900 000 Euro beträgt. Dann muss mir nämlich mal einer sagen - dazu haben Sie natürlich überhaupt kein Wort gesagt, Herr Bacher -, woher die neun mal 100 000 Euro überhaupt kommen sollen. Über die von Ihnen genannte Kulturförderabgabe wird vielleicht Ende Juni/Anfang Juli dieses Jahres in der ersten Instanz entschieden. Sie können aber

davon ausgehen, dass sie bestimmt noch durch die zweite Instanz gehen muss, bevor sie überhaupt rechtswirksam wird.

Von daher haben Sie mit Ihrem Antrag ganz klar gesagt, dass das in dieser Stadt in diesem Jahr nicht mehr realisiert wird, Herr Bacher. Dann wird die Stadt noch ein bisschen trauriger aussehen, als sie das heute schon tut.

Dementsprechend haben wir unseren Antrag gestellt. Daher frage ich den Oberbürgermeister auch, ob es nicht doch irgendwie möglich ist, die Schmuckbeete mithilfe einer außerplanmäßigen Ausgabe - sei es aus den Zinsen, die wir eingespart haben, sei es aus unseren höheren Gewerbesteuern - zu pflegen, damit es ein bisschen mehr Farbe in der Stadt gibt. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Dr. Müller, bitte.

**Dr. Sabine Müller** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren vom Rat! Sehr geehrter Herr Klipper, wir haben prinzipiell überhaupt nichts gegen Schmuckbeete. In unserem Antrag sprechen wir ja auch von Blumen. Die Blumen betreffen natürlich auch die Schmuckbeete. Wir wollen einfach nur den Bezirksvertretungen die Möglichkeit geben, hier Vorschläge einzubringen. Ihre Liste kann durchaus auch den Bezirksvertretungen zur Verfügung gestellt werden. Wenn sie mit diesen 100 000 Euro pro Bezirk dann dort etwas machen wollen, können sie das ja tun.

Auf vieles hat Herr Bacher schon hingewiesen. Und wenn wir das im Haushalt bereitgestellt haben, müsste die Finanzierung eigentlich auch möglich sein, denke ich.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wo denn?)

Uns ist wichtig, dass wir den Bezirksvertretungen die Möglichkeit geben, vor Ort, wo sie sich auch engagieren, selbstständig zu entscheiden, wo sie etwas vorbereiten wollen.

Ich kann natürlich noch auf die Rede Bezug nehmen, die mein Kollege Welpmann vorhin im Zusammenhang mit der Lebensqualität gehalten hat. Luftreinhaltung ist ein wichtiger Punkt. Die

Stadtverschönerung trägt aber natürlich auch dazu bei, dass wir uns gerne in dieser Stadt aufhalten und nicht jede freie Stunde irgendwohin flüchten, wo es uns besser gefällt.

Letztendlich wollen wir es den Bezirksvertretungen auch ermöglichen, die Bäume nicht nur zu erhalten, sondern auch zusätzliche Bäume als Schattenspender auf Plätzen und an Straßen zu pflanzen. Ganz wichtig sind auch Blumen als Blickfang; das ist durchaus in unserem Sinne. Nicht zu vergessen sind die vielen Brunnen, die momentan brachliegen und die wir auch wieder reaktivieren wollen.

Dabei ist unbedingt die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in die Planungen einzubeziehen. Weitere Sponsoren müssen natürlich auch gewonnen werden.

Wir wollen also auch die Nachhaltigkeit dieser Maßnahme in den Vordergrund stellen und nicht einfach nur Geld für eine Maßnahme haben, die jetzt vielleicht ein Jahr lang etwas Schönes hervorbringt, aber im nächsten Jahr wieder schwierig wird.

Noch einmal zur Finanzierung: Wir müssen einfach schauen, woher wir das Geld bekommen. Da sind wir durchaus zuversichtlich. Letztendlich ist das auch eine Aufgabe, die wir alle haben. Wenn uns das wichtig ist, dann finden wir dafür auch Geld. So war es ja in anderen Bereichen auch. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Frage an Frau Müller!)

- Gerne. - Ich habe auch noch etwas vergessen. Das kann ich aber gleich noch sagen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bitte sehr, Herr Klipper.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Frau Müller, ich hätte gerne noch einmal die Frage nach der Finanzierung gestellt. Diese Finanzierung steht ja unter dem Vorbehalt, dass die Kulturförderabgabe rechtskräftig wird und eingeht. Zurzeit haben wir sie nicht. Diesbezüglich haben wir nichts Rechtskräftiges. Darüber wird vielleicht Ende Juni/Anfang Juli in der ersten Instanz entschieden werden. Ich gehe davon aus, dass eine rechtskräftige

Entscheidung höchstwahrscheinlich erst im nächsten Jahr vorliegt. Das ist Ihr Finanzierungsvorschlag.

Ich habe auch mit der Kämmerin gesprochen. Wegen der Konsolidierungszwänge könnte nur ein Austausch innerhalb des gleichen Dezernats bzw. der gleichen Abteilung erfolgen. Bei Rücksprache mit diesem Dezernat ist zumindest mir gesagt worden, dass die Möglichkeiten aufgrund der Konsolidierungszwänge so gering sind, dass diesbezüglich kein Austausch machbar ist.

Deswegen frage ich Sie: Wie soll die Finanzierung denn für diesen Sommer bewerkstelligt werden? Denn ein interner Austausch geht nicht, auf allem anderen wird der Daumen gehalten, wie die Kämmerin mir gesagt hat, und es gibt keine außerplanmäßigen Ausgaben. Woher kommen diese Mittel denn?

**Dr. Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich kann Sie natürlich genauso fragen: Woher wollen Sie denn die Finanzmittel zur Umsetzung Ihres Antrags nehmen?

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Das kann ich Ihnen sagen, Frau Müller. Statt 900 000 sind es nur ungefähr 100 000 Euro. Darüber kann man eher diskutieren. Neun mal 100 000 Euro haben Sie in Ihrem Antrag stehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Antrag steht doch, woher das Geld kommen soll!)

- Nein, das steht da überhaupt nicht.

**Dr. Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen):** Letztendlich kann ich da nur auf den Antragstext verweisen. Wir haben sowohl im Beschlusstext als auch in der Begründung etwas dazu geschrieben. Lassen Sie das also einmal unsere Sorge sein. Wir werden das schon machen.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Dann bin ich einmal gespannt, ob entweder der Dezernent oder die Kämmerin dementsprechend die Unwahrheit gesagt hat.

**Dr. Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen):** Gestatten Sie mir noch einen ganz kurzen

Hinweis. Im letzten Absatz des Beschlusstextes befindet sich ein kleiner Druckfehler. Es geht natürlich nicht um den Finanzausschuss-Beschluss vom 27. September 2011 - den haben wir ja noch gar nicht; darüber reden wir dann, wenn wir den Haushalt 2012 beschließen -, sondern um 2010.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Darüber sehen wir gerne hinweg!

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja schön, wenn man sieht, wie die Kollegen von Rot-Grün hier wieder die Spendierhosen anziehen und Dinge verteilen. Ich muss zugeben: So macht Kommunalpolitik natürlich mehr Spaß, als wenn man nur sparen muss und schlechte Nachrichten verbreiten muss.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagt der Spaßvogel!)

- Ja, das ist ja schön. - Ich freue mich auch für die Stadt Köln, dass es uns von den Gewerbesteuererinnahmen her entsprechend besser geht. Lassen wir die Steuererhöhungen und neuen Steuern, die Sie hier eingeführt haben, einmal beiseite. Aber wir werden die Arbeitsteilung nicht so machen, dass Sie die nächsten Jahre hier alleine entscheiden können, was mit den zusätzlichen Steuern gemacht wird.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das entscheidet der Wähler!)

Deswegen wollen wir uns gerne an diesem Projekt beteiligen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da freuen wir uns!)

Dass die Brunnen in Köln - das ist in den letzten Tagen noch einmal durch die Medien gegangen - vor Jahren auch aus finanziellen Gründen abgestellt wurden, war ein schlimmer Imageschaden für die Stadt Köln;

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt!)

ein Schaden deswegen, weil es den Eindruck der Verwahrlosung gemacht hat - nach dem

Motto: Hier passiert gar nichts mehr, wenn die Stadt schon das Geld für die Brunnen nicht mehr hat.

Die Kosten, die mit der Abstellung der Brunnen oder jetzt auch mit der Abschaffung der Schmuckbeete eingespart werden sollen, zahlt die Stadt nachher, was ihr Image angeht, im Grunde doppelt und dreifach. Das Geld, das man dort eingespart hat, ist nicht wirklich gespartes Geld.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass Harry Blum am Tag seiner Amtseinführung bei den historischen Gebäuden die öffentliche Beleuchtung wieder eingeschaltet hat, sodass alle gesehen haben: Da tut sich etwas im Rathaus; es geht wieder vorwärts mit dieser Stadt.

Daher finde ich das Signal genau richtig, jetzt auch zu sagen: Wir kümmern uns um die Brunnen. Wir kümmern uns um die Parks. Wir kümmern uns um die Schmuckbeete.

Allerdings gilt, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün: 100 000 Euro pro Stadtbezirk mag sich erst einmal ganz gerecht anhören. Eigentlich ist es aber ungerecht; denn unsere Bezirke sind nicht alle gleich. Sie sind nicht alle gleich groß. Sie sind nicht alle gleich stark bewohnt. Sie haben auch nicht alle die gleichen Einrichtungen. Es ist doch klar, dass Parks, Brunnen und Schmuckbeete - das zeigt auch schon die Liste, die die CDU aufgeschrieben hat - verstärkt zum Beispiel in der Innenstadt liegen und in anderen Stadtbezirken entsprechend weniger zu pflegen wäre.

Vor dem Hintergrund, dass wir zum Beispiel im Stadtbezirk Chorweiler 80 000 Einwohner und im Stadtbezirk Mülheim als unserem bevölkerungsstärksten Stadtbezirk 145 000 Einwohner haben, meine ich, dass man da einen Unterschied machen müsste, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün.

Ich mache Ihnen auch einen konkreten Vorschlag. Wir sollten die Zahl „100 000 €“, die in der ersten Zeile des zweiten Absatzes Ihres Antrags steht, durch „90 Cent pro Einwohner“ ersetzen, um wirklich einen Unterschied zu machen.

Das ist das gleiche Geld. Es sind die gleichen 900 000 Euro, die wir nachher hierfür investieren. Meines Erachtens muss es aber ein Unterschied sein, ob es 80 000 Einwohner im Stadtbezirk Chorweiler oder 145 000 Einwohner

im Stadtbezirk Mülheim oder fast 140 000 Einwohner im Stadtbezirk Lindenthal betrifft.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, dass das eine angemessene Reaktion auf die Unterschiede ist, die wir in dieser Stadt haben, und würde mich freuen, wenn Sie diesem Änderungsantrag zustimmen würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Oberbürgermeister!)

- Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte nur einen kleinen Kommentar zu der Rede von Herrn Sterck abgeben. - Herr Sterck, ich kann das zwar nachvollziehen. Bei der Summe, die zur Verfügung steht, wäre der Bürokratieaufwand aber viel zu hoch. Ich finde es erstaunlich, dass gerade Sie das fordern.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 145 000 mal 90 Cent! - Ulrich Breite [FDP]: Das sagt eine Mathematiklehrerin!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Der Zwischenruf meines Kollegen, dass gerade eine Mathematiklehrerin hier einen Aufwand sieht, ist durchaus berechtigt. Wir können das aber gerne auf Tausend aufrunden, damit wir nicht jeden Einwohner nachrechnen müssen. Ich habe die Zahlen gerade auf der Homepage der Stadt Köln gefunden. Dort sind in einer schönen Grafik für jeden Stadtbezirk die Einwohner angegeben. Wie gesagt, geht es von 80 000 in Chorweiler bis 145 000 in Mülheim. Ich glaube, dass wir das auf Tausend - zum Stand vom 31. Dezember 2010 - aufrunden können.

Frau Moritz, es geht hier nicht um die letzten 90 Cent, sondern darum, eine Verteilgerechtigkeit zu schaffen. Ich glaube, dass im Stadtbezirk Innenstadt, im Stadtbezirk Mülheim und im Stadtbezirk Lindenthal mit weit

über 100 000 Einwohnern einfach mehr zu tun ist als im Stadtbezirk Chorweiler mit 80 000 Einwohnern. Diese Verteilgerechtigkeit möchte ich Pi mal Daumen herstellen.

Lassen Sie uns die Zahlen vom 31. Dezember 2010, auf Tausend aufrundet, nehmen. Ich glaube, dass dafür null Bürokratie nötig sein wird, Frau Moritz. Die Stadtkämmerin wird hier sicherlich gerne bestätigen, dass es eine Frage von 30 Sekunden ist, diese Zuteilung entsprechend vorzunehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Sterck. - Dann kommen wir zur Abstimmung über diese beiden Anträge. Wir stimmen getrennt ab.

Zunächst einmal kommen wir zu dem Antrag unter TOP 3.1.8. Hier stimmen wir zuerst über den Änderungsantrag der FDP ab, im Hinblick auf die Zuwendungen an die Bezirke eine andere Quotierung vorzunehmen. Wer für den Änderungsantrag der FDP ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Die Fraktion pro Köln enthält sich. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er angenommen.

Dann stimmen wir über den Antrag der CDU unter TOP 3.1.13 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

### 3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Konzept für Nachhaltigkeit in Köln“ AN/0697/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Kienitz.

**Niklas Kienitz** (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man soll die Kuh nicht schlachten, die

man noch melken möchte - so ein Sprichwort. Es ist nur ein Sprichwort, zeigt aber sehr anschaulich und sehr konkret, was Nachhaltigkeit bedeutet: langfristige Ressourcennutzung unter dem Aspekt der Umweltverträglichkeit.

Etwas weniger anschaulich formuliert, aber dennoch griffig heißt es im sogenannten Brundtland-Bericht von 1987 - ich zitiere -:

Nachhaltigkeit meint eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstandard zu wählen.

(Beifall von Dr. Nils Helge Schlieben  
[CDU])

Nachhaltigkeit, effektive Ressourcennutzung und Generationengerechtigkeit: Meine Damen und Herren, die Antworten auf die Möglichkeiten, nach diesen Leitlinien zu handeln, werden schon seit Jahrzehnten national, international, aber auch lokal diskutiert - so auch im letzten Jahr von 16 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Deutschland, die im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung „Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ formuliert und ausgearbeitet haben.

Diese Punkte sind im Kern:

- Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung
- Nachhaltigkeit im kommunalen Finanzwesen
- Nachhaltigkeit als kommunale Querschnittsaufgabe
- Abstimmung der Nachhaltigkeitsaktivitäten von Kommunen, Ländern, Bund und Europäischer Union

Zum ersten Punkt: Wir sind der Ansicht, dass das Wissen und die Ideen der Bürger unserer Stadt als Ressourcen im Rahmen von Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne der Stadt zu nutzen sind.

Aktuelles positives Beispiel ist das Beteiligungsverfahren bei der Planung des Helios-Geländes. Zu nennen ist auch unser

Bürgerhaushaltsverfahren, das deutschlandweit einen positiven Punkt in dieser Sache gesetzt hat. Wir sind hier Vorreiter. Oder nehmen wir die Stadt Bonn, die Vorschläge der Bürger zur Konsolidierung ihres Haushalts nutzt.

Natürlich gibt es auch negative Beispiele. Herr Börschel - er ist jetzt gerade nicht da - und Frau Moritz, hier ist Ihr Umgang mit dem Bürgerhaushalt im letzten Verfahren mit den Prioritäten - mal rauf, mal runter - zu nennen. Das ist natürlich nicht der Ansatz, den wir verfolgen würden. Oder nehmen wir die Bürgerbefragung zum Godorfer Hafen. Das ist eine Scheinveranstaltung, weil es unverbindlich ist. So stellen wir uns das auch nicht vor. Wenn, dann klare Regeln und klare Verbindlichkeiten!

(Beifall bei der CDU)

Zum zweiten Punkt: Die Nachhaltigkeit im kommunalen Finanzwesen bedingt, dass Ausgaben und Einnahmen langfristig angeglichen werden müssen. Das kann natürlich nicht allein in den Kommunen geschehen. Zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen gehören auch die Prinzipien der Konnexität und der Subsidiarität. Die Orientierung bei Beschaffung bzw. Investitionen an einer langfristigen Planung ist notwendig. Es ist also die Betrachtung von Zinsen, Tilgungen, Betriebskosten, Personalkosten und Energiekosten erforderlich. Kurz gesagt: Eine langfristige Planung und Kostentransparenz sollen realisiert werden.

Zum dritten Punkt: Nachhaltigkeit muss als kommunale Querschnittsaufgabe verankert werden. Das bedeutet zunächst, dass dieses Thema zur Chefsache zu machen ist, Herr Oberbürgermeister. Dazu hat die CDU-Fraktion Sie im vergangenen Jahr aufgefordert. Sie haben leider nicht entsprechend reagiert. Denn warum muss es als kommunale Querschnittsaufgabe verankert werden? Über Ressortgrenzen hinweg müssen neue Ideen entwickelt werden.

Herr Oberbürgermeister, Beispiele und Ideen gibt es genügend. Ich nenne zunächst die Ausbildung von Wirtschaftsklustern mit den Schwerpunkten erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Außerdem denke ich an einen Wirtschaftsstandort Köln, der über eine intensive Vernetzung von Produzenten, Zulieferern und Dienstleistungsunternehmen nachdenkt und so Wettbewerbsvorteile und Innovationsimpulse für konkrete Branchen erschließt. Von städtischer Seite könnte zur Förderung dieser Ziele ein

Programm zur Null-Emissions-Stadt Köln 2050 installiert und mit entsprechenden Standards unterstützt werden; Hamburg macht es vor. Ferner bietet sich der Einsatz von Elektroautos und Hybridfahrzeugen - die Kollegen Bürgermeister fahren ja mit Hybridfahrzeugen - oder von Erd- und Flüssiggasfahrzeugen bei der KVB an.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, im Sinne des eingangs zitierten Begriffs der Nachhaltigkeit und des Aspekts der Generationengerechtigkeit sind wir davon überzeugt, dass nachhaltige Politik verlangt, dass das Handeln der Stadt Köln ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in Einklang bringt, diese zu einem Gesamtkonzept verbindet und Ökonomie und Ökologie zum Nutzen unserer Stadt versöhnt.

Wir verstehen diesen Antrag als einen ersten Schritt, als Chance, Köln zukunftsfähig zu gestalten, und bitten Sie, Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, uns dabei zu unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Kienitz. - Herr Zimmermann.

**Michael Zimmermann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit will ich es relativ kurz machen. - Herr Kienitz, im ersten Punkt Ihres Antrags schlagen Sie von der CDU-Fraktion vor, die Stadt solle sich den „Strategischen Eckpunkten für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ anschließen. Diese Eckpunkte sind - Sie haben sie ja genannt -: verstärkte Partizipation, strukturelle Entlastung der Kommunen, Umsetzung der Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe sowie verstärkte Zusammenarbeit von Kommunen, Land, Bund und Europäischer Union.

Gibt es irgendeinen in diesem Saal, der dagegen wäre?

(Beifall bei pro Köln)

Das kann ich mir nicht vorstellen. Dieser Punkt ist also in Ordnung. Da wird keiner widersprechen.

Mit dem zweiten Punkt Ihres Antrags wollen Sie die Verwaltung beauftragen, „eine umfassende Strategie zur Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe zu entwickeln und im täglichen Verwaltungshandeln umzusetzen“. Das ist völlig richtig und vernünftig.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sollten aber nicht so tun, als wäre das für die Verwaltung und für die Stadt Köln revolutionär und etwas völlig Neues.

Eigentlich hatte ich erwartet, dass Herr Klipper zu diesem Thema spricht; denn Nachhaltigkeit ist ein im Stadtentwicklungsausschuss breit diskutiertes Thema.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Davon versteht er nichts! - Gegenruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Im Gegensatz zu Frau Moritz!)

Herr Klipper hätte hier auch schildern können, dass wir im Stadtentwicklungsausschuss sehr ausführlich über das Konzept „Strategische Stadtentwicklung Köln“ diskutiert haben.

Im Rahmen dieses Stadtentwicklungskonzepts soll unter anderem ein sehr umfassendes strategisches Konzept, orientiert an einer allgemeingültigen Zielsystematik, für die zukünftige Stadtentwicklung erarbeitet werden, das die bereits vorliegenden und beschlossenen Ziele für die einzelnen Teilbereiche, die Sie zum Teil genannt haben, Herr Kienitz - Klimaschutz, aber auch Flächenentwicklung usw. -, einbringt, sie auch im Hinblick auf die Zielkonflikte bewertet und eine Richtung vorgibt. Schließlich widerspricht sich einiges von dem, was Sie eben angesprochen haben, durchaus. Daher muss man sehen, wie man das im Interesse einer Zukunftsentwicklung zusammenbekommt.

Darüber hinaus werden im Rahmen dieses Konzepts Vorschläge zur Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet. Außerdem wird ein Monitoring zur Wirkungs- und Erfolgskontrolle entwickelt.

All das, was Sie im Punkt 2 Ihres Antrages fordern, ist also bereits bei der Verwaltung in Arbeit. Es wurde auch in unterschiedlichen Ausschüssen ausführlich diskutiert und beschlossen.

Das Thema „nachhaltige Stadtentwicklung und nachhaltiges Verwaltungshandeln“ wird ein wesentlicher Teilbereich dieses Konzepts zur strategischen Stadtentwicklung sein.

Allerdings ist die Frage der Nachhaltigkeit nur ein Aspekt im Zusammenhang mit der Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Weitere Aspekte, die dort behandelt werden sind zum Beispiel die Folgen des demografischen Wandels für unsere Stadt, die zunehmende soziale und räumliche Polarisierung in dieser Stadt, die weitere Globalisierung in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel, die Sicherung und Förderung von Wissenschaft, Bildung und Arbeit, eine ausgewogene Flächen- und Siedlungsentwicklung oder die Auswirkungen des Klimawandels und der Klimaschutz, um nur einige zu nennen. Alles das sind Probleme, die zu bearbeiten sind. Sie werden von der Stadtverwaltung auch bearbeitet. Das ist alles nichts Neues.

Um die Stadtverwaltung auf ihrem Weg, den sie schon eingeschlagen hat, zu bestärken und das, was an unterschiedlichen Stellen bereits beschlossen ist, erneut zu bekräftigen, wird die SPD-Fraktion Ihrem Antrag, den Sie heute eingebracht haben, gerne zustimmen; denn es kann nichts schaden, wenn man der Verwaltung sagt: Ihr seid auf dem richtigen Weg; führt das zusammen, und legt es uns so schnell wie möglich vor.

Ich möchte allerdings eines erwähnen, was mir ausgesprochen wichtig ist. Es betrifft den letzten Satz Ihres Beschlussvorschlags, in dem verlangt wird, ein explizites Konzept zu erstellen und dem Rat zu einem bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. An dieser Stelle möchte ich in Richtung der Verwaltung ausdrücklich sagen: Es geht nicht darum, jetzt wieder ein neues Konzept zu erstellen, sondern darum, das zusammenzuführen, was auf dem Weg ist, und dies den Fachausschüssen und dem Rat so schnell wie möglich konzentriert vorzulegen. Das wäre unser Wunsch. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange einmal mit der guten Nachricht an. Herr Granitzka und Herr Kienitz, wir werden Ihrem Antrag zustimmen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir freuen uns!)

Wir freuen uns auch sehr, dass Sie ihn gestellt haben, ist doch Politik der Nachhaltigkeit das Gegenteil einer Politik von Wahltermin zu Wahltermin und von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr.

Es hat allerdings sehr lange gedauert - von Rio nach Johannesburg, von Johannesburg nach Berlin und von Berlin nach Köln.

Ich kann auch nicht verhehlen, dass wir verhalten misstrauisch sind. Wissen Sie, woran das liegt? Das ist ein bisschen in unserer politischen Sozialisation angelegt. Bei uns gibt es den einen oder anderen, der fürchtet, dass die CDU angesichts der Ereignisse jetzt auf einer Ökowelle mitschwimmt und dass sie es gar nicht so ernst meint. Es gibt also ein gewisses Misstrauen. Aber jeder kann natürlich helfen, dieses Misstrauen abzubauen. Und ich sage ganz deutlich: Wir nehmen Ihren Antrag ernst. Wir werden Sie auch beim Wort nehmen.

Meine Damen und Herren, es ist nicht so, als hätten wir in den vergangenen Jahren hier im Rat nicht eine Reihe von Beschlüssen zur Nachhaltigkeit gefasst. Ich erinnere nur an einige wenige. Wir haben zum Flächenmanagement Beschlüsse gefasst, bei denen es auch um einen sparsamen Verbrauch der Ressource Fläche geht. Wir haben im Ausschuss für Bauen und Wohnen jede Menge Anträge zur energetischen Optimierung beschlossen. Wir haben den Beschluss zum „Handlungskonzept demografischer Wandel“ gefasst. Wir haben bei der Verwaltung ein Konzept über die Folgen des Klimawandels in Auftrag gegeben. Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss - deshalb hatte ich auch gedacht, dass Sie reden würden, Herr Klipper - beschlossen, dass es ein Konzept zur Stadtentwicklung gibt, das im Amt des Oberbürgermeisters erstellt wird.

Herr Zimmermann hat bereits gesagt, er könne sich sehr gut vorstellen, dass die Entwicklung eines Konzepts zur Nachhaltigkeit in diesem Kontext erfolgt. Bei all den Projekten fehlt nämlich tatsächlich eine Strategie.

Was heißt es denn, eine Strategie zu entwickeln? Eine Strategie muss zunächst einmal ein Ziel definieren. Das wäre Aufgabe der Stadtentwicklungsplanung. Dann muss sie eine Bestandsaufnahme machen. Anschließend muss sie einen Maßnahmenkatalog vorschlagen. Letztlich muss sie auch eine Überprüfung dieser Dinge, und zwar unter bestimmten zeitlichen Voraussetzungen, einleiten. Diese Überprüfung wird mit dem Fachausdruck Monitoring genannt.

Sie misst mithilfe von Indikatoren und Kennziffern Erfolg oder Misserfolg solcher Maßnahmen. Das fließt am Ende in ein bestimmtes Berichtswesen ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin nicht die Erste und nicht die Einzige und werde auch nicht die Letzte sein, die Vollzugsdefizite bei der Umsetzung von Ratsbeschlüssen beklagt. Vor diesem Hintergrund werden wir nicht erfolgreich sein, wenn wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung dabei nicht mitnehmen. Deshalb steht auch in allen Vorschlägen für eine solche Strategie - Sie haben ja auch im Internet recherchiert -, dass man sich Anreizsysteme überlegen muss und die Leute mitnehmen muss, dass man sie verpflichten, im besten Fall dafür begeistern muss, dass sie sich auf einen solchen Paradigmenwechsel einstellen.

Ich erinnere Sie daran, dass wir vor einem Jahr, als wir das erste Mal den Ausdruck „Lebenszeitkosten eines Gebäudes“ in den Mund genommen haben, von einigen hier noch belächelt wurden. Ein Jahr hat es gedauert. Jetzt ist dieser Begriff in aller Munde. Für jemanden, der in der Gebäudewirtschaft arbeitet, ist das aber schon etwas Neues. Schließlich haben wir noch vor fünf Jahren gehört, diese und jene Investition sei zu teuer; sie rechne sich nicht. Wenn man die Lebenszeitkosten eines Gebäudes betrachtet, rechnen die Investition sich in der Regel aber sehr wohl.

(Karsten Möring [CDU]: Deswegen konnten wir auch nie verstehen, warum die Grünen gegen PPP sind!)

- Das ist eine neue Diskussion. Ich würde sehr, sehr gerne darauf eingehen. Sie entschuldigen aber, dass ich das jetzt sein lasse.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben die Stadtentwicklungsplanung zu Beginn Ihrer Amtszeit zur Chefsache gemacht. Wir erwarten von Ihnen nicht nur, dass Sie sich der Erklärung der 16 Oberbürgermeister anschließen - das ist einfach ein Signal-; wir erwarten, dass die Strategie, über die auch Herr Zimmermann gerade gesprochen hat, diese Nachhaltigkeitsgesichtspunkte aufgreift und die Ziele definiert, die dann auf Nachhaltigkeit hin überprüft werden müssen.

Dann fängt die Arbeit aber eigentlich erst an. Herr Zimmermann, ich stelle mir das so vor, dass die Dezernate dann im Zusammenhang mit diesem Zielkonzept in ihren Fachbereichen

Projekte benennen müssen, bei denen mithilfe von Indikatoren und Kennziffern Pläne erstellt werden. Beispielsweise könnte man im Umweltbereich in Bezug auf die CO<sub>2</sub>-Reduzierung festlegen: Das Ziel ist eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung um soundso viel Prozent bis zum Jahre X, und dies und dies und dies sind die Maßnahmen. - An diesen Maßnahmen und Kenngrößen muss man das am Ende messen.

Wir sollten uns aber über eines im Klaren sein - Herr Kienitz, Sie haben darauf hingewiesen -: Ohne die Beteiligung der ganzen Stadtgesellschaft, also die Beteiligung der kommunalen Unternehmen, der freien Wirtschaft, der Interessenverbände und der Kirchen, aber auch der Menschen in dieser Stadt, kann ein solcher Kurswechsel nicht gelingen. Die Zukunftsfähigkeit und die Spielräume künftiger Generationen hängen von uns allen ab, und zwar schon heute. - Habe ich meine Zeit aufgebraucht, Herr Oberbürgermeister?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja. Es war aber so interessant, dass ich - -

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Sonst hätte ich gerne noch ein PS formuliert. Darf ich das noch?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, tun Sie das.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Heute Morgen habe ich gedacht, dass ich träume. Ich schlage die Zeitung auf und erfahre, dass die CDU sich für mehr Windkraft und einen Ausbau der Windkraft in Nordrhein-Westfalen ausspricht - und die SPD auch. Noch vor ein paar Jahren haben Sie hier einmütig in großer Koalition dagegen gestimmt. Da habe ich gedacht: Es gibt ein Licht am Ende des Tunnels. - Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke für Ihre lichtvollen Ausführungen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Görzel, bitte.

**Volker Görzel** (FDP): Ich zitiere:

... daß den Untertanen und Bergwerken, soviel möglichen und die Gehölze ertragen können, eine währende Hilfe, auch eine unseren Ämtern eine vor und vor bleibende und beharrliche Nutzung bleiben möge.

Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist die erste belegte Quelle des heutigen Tagesbegriffs Nachhaltigkeit. Sie stammt aus der kursächsischen Forstordnung aus dem Jahre 1560.

Seitdem hat dieser Begriff Karriere gemacht. Es gibt die preußische Forstordnung aus dem Jahre 1795. Der Club of Rome - 1972 - wurde von Ihnen nicht erwähnt, Frau Moritz. Anzuführen ist auch das U. N. Sustainability Program aus dem Jahre 1980. Die Brundtland-Kommission wurde vom Antragsteller genannt. Und siehe da: 1987 erfährt das Wort Nachhaltigkeit Eingang in den Langenscheidt.

Was ist denn Nachhaltigkeit? Forstwirtschaft: Ursprung. Rohstoffsicherung: Ressourcen wurden vorhin schon genannt. Abfallentsorgung: war 1983 in der Brundtland-Kommission das Ziel. Umweltschutz, heute Klimaschutz: wurden soeben genannt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Also für euch erst seit heute? Für uns schon lange!)

- Frau Moritz, wenn ich Sie reden höre, ist mein Eindruck: Unter dem mehrheitsfähigen Deckmäntelchen der Nachhaltigkeit versteckt sich aus Ihrer Sicht viel, viel mehr egoistisches Sendungsbewusstsein.

(Beifall von Christraut Kirchmeyer [FDP] - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Frau Moritz, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Sie haben einen Alleinvertretungsanspruch für gute oder auch für solide Politik nicht gepachtet.

(Beifall bei der FDP)

Das ökologische Sendungsbewusstsein wird jedoch von der Christlich Demokratischen Union wiederentdeckt. In diesem Zusammenhang mag der Begriff des christlichen Sendungsbewusstseins auch eine Rolle gespielt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU unternimmt hier einen sympathischen Anlauf in Bezug auf den Begriff der Nachhaltigkeit.

Ich habe mir erlaubt, bei jedem der vorhergehenden Redebeiträge einmal unter dem Tisch mitzuzählen. Wir haben den Begriff Nachhaltigkeit heute genau elf Mal gehört. Bei allen möglichen Themen wurde er genannt.

(Martin Börschel [SPD]: Dann waren Sie ja sehr beschäftigt, wenn Sie das gezählt haben!)

Wir haben ihn beim Thema Soziales gehört. Aber was heißt denn dort Nachhaltigkeit? Man kann nur so viel ausgeben, wie man einnimmt. Das ist Solidität.

Wir haben ihn im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel gehört. Dort wurde daran erinnert, dass wir für die Zukunft sorgen müssen. Das nennt man Vorsorge.

Wir haben also einen bunten Strauß von Themen, den uns auch die CDU heute kredenzt, die sich unter dem Begriff der Nachhaltigkeit verbergen sollen.

Es gibt auch eine Nachhaltigkeit in der Verkehrspolitik. An dieser Stelle sei mir eine persönliche Meinungsäußerung erlaubt. Frau Tull, wenn ich höre, wie Sie hier über junge Familienväter reden, die ihr Lebensglück in der Vorstadt - Sie brauchen jetzt nicht noch Fratzen zu schneiden -, am Stadtrand und wo auch immer finden, kann ich nur sagen: Aus Ihrer Sicht sind die Lebensstile offensichtlich nur frei, solange sie in Ihren grünen Wertekonsens passen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Beifall bei der CDU)

Frau Tull, das lasse ich Ihnen als Mitglied der Freien Demokratischen Partei nicht durchgehen. So etwas ist alles andere als liberal. Sie haben sich entlarvt.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] und Ossi Werner Helling [Bündnis 90/Die Grünen])

Der Antrag der CDU wird von der FDP unterstützt. Wir verlangen jedoch klare Definitionen von messbaren Zielen. Was hier geliefert wird, reicht uns nicht aus. Wir verlangen eine klare, messbare Qualitätskontrolle am Ende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Antrag findet sich auch kein Wort zur Kostenkontrolle. Eine nachhaltige

Kostenkontrolle des Antrags zur Nachhaltigkeit bleibt der Antrag zur Nachhaltigkeit schuldig. Deswegen regen wir an, dass dieses Thema, wenn es nachhaltig auf Wiedervorlage kommt, auch auf seine Kosten hin untersucht wird. - In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Uckermann, bitte.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Köln soll schöner werden - das sollte man hier einmal als Antrag stellen. So etwas hat ja einen richtig großen Erfolg. Jeder äußert sich in der Debatte. Wir wollten das an sich nicht tun. Wir wollten aus Mitleid mit der CDU wegen dieser geistigen Inhaltslosigkeit zustimmen. Man kann ja wirklich Mitleid mit einer Partei bekommen, die einmal die Partei Konrad Adenauers war. Aber gut; bei all den bitteren Wahlniederlagen, die Sie erlitten haben: in Baden-Württemberg kläglich verloren; in Sachsen-Anhalt große Verluste; in Hamburg - -

(Henk van Benthem [CDU]: Was hat das damit zu tun?)

- Das kann ich Ihnen sagen, Herr van Benthem; herzlichen Dank. Das hat etwas damit zu tun, dass Sie hier einen geistigen Offenbarungseid schriftlich abgeleistet haben,

(Beifall bei pro Köln)

sozusagen eine Kapitulationserklärung vor dem grünen Öko-Slang. Auf diesen Zug wollen Sie jetzt hinten aufspringen. Sie denken, dass Sie dann noch ein paar Stimmen mehr kriegen. Uns ist das ganz recht. Da ist Platz für uns. Uns freut es, dass Sie da mitmachen - sozusagen als Blockpartei light, sage ich jetzt einmal.

(Henk van Benthem [CDU]: Zur Sache!)

- Das ist natürlich zur Sache. Ich kann aber auch gerne einmal für die Besucher auf der Tribüne vorlesen, worüber wir hier eigentlich diskutieren.

In Punkt 2 a Ihres Antrags geht es darum, „die Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung durch offene und transparente Verfahren“ zu beschließen. Das ist aber ein toller Antrag, Herr van Benthem. Da haben Sie anscheinend

wirklich Hirnschmalz investiert. - Im Stadtentwicklungsausschuss habe ich allein in der letzten Sitzung dreimal beantragt, eine Bürgerbeteiligung nach Modell 2 durchzuführen, wie es unser Stadtrecht vorsieht. Nein, das wollten Sie gar nicht. Hier fordern Sie dann eine diffuse Bürgerbeteiligung. Sie wollen doch nur, dass Onkel Alfred Sie in seiner Presse wieder als große Partei der Bürgerfreundlichkeit abdruckt - was Sie in Wirklichkeit eben nicht sind.

Ich kann aber für die letzten Bürger, die es nach dieser gehaltvollen Debatte hier noch ausgehalten haben, noch ein bisschen etwas vorlesen. In Ihrem Antrag steht etwas von „Aufgabenkritik“ und „Erreichung von Kostenklarheit, d. h. bei Investitionen z. B. unter Berücksichtigung der Kosten des gesamten ‚Lebenszyklus‘ eines Gutes“. Das wollen Sie hier beschließen und ins Stadtrecht aufnehmen lassen. Was heißt das denn? Gar nichts. Da plappert die CDU einfach nur grüne Phrasen nach. Sie wollen hier eine Pressekonferenz abhalten. Das soll in der Zeitung stehen, damit die Leute sagen: Mensch, das sind aber ein paar tolle Grüne, die wir da haben.

Aber machen Sie ruhig weiter. Unsere Aufgabe als Opposition ist es, dass wir hier so etwas offenlegen und den Bürgern sagen: Jawohl, es gibt in diesem Rat noch Aufrechte, die die Interessen der Bürger wirklich vertreten und nicht nur Politik simulieren. -Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich schaue mich um. Gibt es noch Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion Die Linke. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zu:

**3.1.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Unterstützung für die Partnerstadt Tunis“**  
AN/0587/2011

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion**  
AN/0768/2011

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion  
AN/0787/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln  
AN/0799/2011**

Frau Möller, bitte.

(Manfred Wolf [FDP]: Ich fange an!)

- Ach so; Entschuldigung. Bitte schön, Herr Wolf.

**Manfred Wolf** (FDP): Entschuldigen Sie, Frau Möller; es ist verabredet, dass ich anfangen. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht ja; gerade haben die demokratischen Parteien einen Antrag gemeinsam verabschiedet. Wir freuen uns auch, dass auf unseren Antrag hin die anderen demokratischen Fraktionen hier einem gemeinsamen Antrag beigetreten sind, den wir jetzt stellen.

Am Anfang hörte sich das ja noch anders an. So haben Herr Bacher und Frau dos Santos in ihren Reden gesagt: Natürlich lehnen wir Ihren Antrag ab. - Beide haben es so gesagt. In den letzten Sitzungen haben wir das auch öfter gehört.

(Martin Börschel [SPD]: Wo ist denn darüber diskutiert worden?)

- Das wurde vorhin in den Reden gesagt. Gucken Sie im Protokoll nach. Dort werden Sie das nachher sehen.

(Martin Börschel [SPD]: Über den Antrag ist doch noch nie diskutiert worden!)

- Am Anfang der Sitzung, als es um unsere anderen Anträge ging, nicht um diesen Antrag hier. - Ich meine nur, dass man Anträge anderer Parteien selbstverständlich ablehnt und dann, wenn es gar nicht mehr geht, der Verwaltung sagt: Jetzt erklärt mal, dass ihr schon daran arbeitet.

Ich freue mich aber, dass wir das hier gemeinsam machen, und komme jetzt auch auf das eigentliche Antragsthema zu sprechen.

Meine Damen und Herren, Tunesien durchlebt seit dem Jahr der Unabhängigkeit - 1956 - einen zweiten revolutionären Umbruch. Binnen weniger

Wochen haben vor allem junge Menschen mit ihrem Mut und ihrem Ruf nach Demokratie eine scheinbare Ordnung zu Fall gebracht.

Nun gilt es, diese Menschen auf ihrem weiteren Weg zu stärken, ihnen zu helfen und den demokratischen Gedanken zu stabilisieren.

Die Stadt Köln - und damit wir als Kölner - steht als Partnerstadt in der Pflicht, zu helfen und die Menschen bei der Suche nach demokratischer Ordnung zu unterstützen. Diese derzeit noch so kleine Pflanze Demokratie benötigt nämlich viel Aufmerksamkeit und Beistand, um auch wachsen zu können, sich zu verfestigen und vor allem Wurzeln zu schlagen. Wir müssen alles tun, damit diese Wurzeln einen stabilen Halt im Boden finden. Wir sehen uns auch in unserer Pflicht, als Freunde und Partner jetzt und in Zukunft Hilfestellung beim Auf- und Umbau der demokratischen Verwaltungsstrukturen zu leisten.

Meine Damen und Herren, die bereits vorhandenen Strukturen und freundschaftlichen Beziehungen müssen intensiviert werden. Schon im Jahre 2009 wurden gemeinsame Kulturprojekte zwischen Köln und Tunis vereinbart. Diese gilt es jetzt zu intensivieren.

Zum Beispiel sind sportliche Begegnungen zu vertiefen und ein demokratisches Miteinander zu fördern. Auch hier gilt es, durch einfache Mittel wie wechselseitige Wettkämpfe oder Turniere ein stabiles Netz zu flechten; denn nichts ist einfacher, als im Sport und beim Spiel Grundstrukturen eines demokratischen Handelns zu erlernen.

Aber auch andere Aspekte dürfen nicht vergessen werden. Wirtschaft und Bildung sind maßgebliche Begleiter und Faktoren, die eine Demokratie im Aufbau stützen und stärken. So ist es wichtig, Investitionen Kölner Unternehmen in Tunesien zu unterstützen. Daneben muss aber auch die vor Ort ansässige Entwicklung stark vorangetrieben werden.

Und was wäre die Demokratie ohne Schule und Lehre? Hier ist es von erheblicher Bedeutung, die schulische Bildung und das Lernen voranzutreiben. Schließlich wissen wir nicht erst seit der Aussage von Benjamin Franklin, dass eine Investition in Wissen noch immer die besten Zinsen bringt. Teilen wir doch unser Wissen mit Menschen, die unsere Partner und Freunde sind.

Freundschaft bedeutet nämlich ein Mehr an humanitärer Unterstützung und Hilfe. Diese

besteht nicht darin, Soldatinnen und Soldaten dorthin zu schicken, sondern vielmehr in aktiver Hilfe. So ist es auch gut und richtig gewesen, dass die Bundesregierung sich gegen einen Einsatz von Soldaten in Libyen ausgesprochen hat.

Meine Damen und Herren, schließen Sie sich unserem gemeinsamen Antrag an, und lassen Sie uns gemeinsam Hand in Hand den Menschen Unterstützung auf ihrem Weg in eine demokratische Gesellschaft anbieten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Wolf. - Frau Möller, bitte.

**Monika Möller (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beobachtet mit hoher Anerkennung die aktuellen Demokratisierungsprozesse in Nordafrika und in der arabischen Welt. Für uns steht völlig außer Frage: Dieser Keim braucht Unterstützung, und zwar in erster Linie die Unterstützung der westlichen Staaten Europas, die über ihre diplomatischen Möglichkeiten dazu beitragen müssen, die Prozesse zu fördern und den Menschen vor Ort echte Hilfe beim Aufbau eines volksbestimmten Rechtsstaates zu leisten.

Aber auch die europäischen Städte können sich einbringen. Wie wir alle wissen, muss Demokratie von unten wachsen und gelebt werden. Gerade die Städte als Keimzellen des demokratischen Zusammenlebens können diesen Prozess authentisch vermitteln.

Die Städtepartnerschaft der Stadt Köln zur Stadt Tunis kann hier ein wirkungsvoller Verbindungsanker sein. Insofern ist es erfreulich, dass zu dieser Thematik die vier großen Fraktionen zu einem gemeinsamen Antrag gefunden haben.

Meine Damen und Herren, die Situation in Tunesien ist momentan noch völlig unübersichtlich. Die gewohnten Strukturen sind infrage gestellt. Bisherige Ansprechpartner stehen nicht mehr zur Verfügung. Im Klartext: Im Moment weiß niemand, wo wir mit unserem Engagement überhaupt ansetzen können und welche Hilfe vor Ort wirklich gewünscht und gebraucht wird.

Deshalb ist es wichtig, den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu tun. Wir möchten die Verwaltung zunächst auffordern, die konkrete Interessen- und Bedürfnislage vor Ort aufzuklären und geeignete Ansprechpartner zu finden. Ein solcher Partner könnte beispielsweise der erst kürzlich gegründete Verein „Helft Tunesien“ sein. Erste Gesprächskontakte seitens der Verwaltung hat es zu diesem Verein meiner Kenntnis nach bereits gegeben. Erst wenn diese Vorarbeit durch die Verwaltung geleistet wurde, können wir entscheiden, wie wir unsere Partnerschaft zu Tunis zielgerichtet intensivieren können.

Dabei sehe ich die Stadtverwaltung ausdrücklich nicht alleine in der Verantwortung; denn nicht nur unsere finanziellen Möglichkeiten sind begrenzt. Deshalb sollten wir uns ausdrücklich dafür aussprechen und aktiv dafür werben, dass sich auch andere Kölner Institutionen wie die Handwerkskammer oder die IHK sowie Kölner Großunternehmen engagiert in die Städtepartnerschaft einbringen.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass Tunis nicht die einzige Partnerstadt Kölns ist, die wir gerade in der heutigen Zeit noch stärker unterstützen könnten und sollten. Was ist beispielsweise mit Japan? Heute hat es erneut ein Erdbeben der Stärke 7,4 sowie eine Tsunami-Warnung gegeben. Unserer Partnerstadt Kioto würde es aufgrund der aktuellen Katastrophensituation sicherlich ebenfalls guttun, wenn wir unsere Partnerschaft intensivierten, beispielsweise durch Austauschprojekte oder sonstige Hilfen.

Wenn wir unsere Städtepartnerschaften wirklich ernst nehmen, müssen wir uns der Partnerschaft gerade in jenen Zeiten erinnern, in denen es dem Gegenüber schlecht geht und er unsere Unterstützung braucht. Zu dieser Verantwortung sollten wir stehen. Die SPD-Fraktion ist hierzu bereit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Möller. - Frau Manderla, bitte.

**Gisela Manderla (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte meiner Vorrednerin und meinem Vorredner ganz herzlich danken, die in ihren Wortbeiträgen dargestellt haben, wie ernsthaft die Lage in Afrika ist - und nicht nur in Tunis,

wobei Tunis mit circa 1,2 Millionen Einwohnern die weitaus größte Stadt in Tunesien ist.

Ich möchte nicht alles das wiederholen, was bereits gesagt worden ist. Gestatten Sie mir aber ein Zitat. Raouf Khammassi, der Vorsitzende des 1993 gegründeten Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft zwischen Tunis und Köln, ist gefragt worden:

Wie kann Deutschland bzw. die Europäische Union Tunesien und auch Ägypten bei den Demokratisierungsprozessen unterstützen?

Er hat gesagt:

Die Bundesrepublik Deutschland und die EU müssen zunächst durch vertrauensbildende Maßnahmen der Bevölkerung in Tunesien erklären, dass die Europäer nie wieder Diktaturen unterstützen und in Zukunft keine persönlichen Beziehungen zu Diktatoren aufbauen und unterhalten werden. Hier gilt es für Europa, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen, um glaubhaft im Demokratisierungsprozess dieser Länder eingreifen zu helfen. Beispiele für Unterstützung wären, Experten nach Tunesien zu senden, um die Wahlen zu unterstützen, wirtschaftliche Maßnahmen auszubauen oder den Tourismus in diesen Ländern durch entsprechende Maßnahmen zu stabilisieren.

Die Aufgaben, die wir haben, sind uns klar, denke ich. Wir werden mit diesem Antrag ja auch die Bundesrepublik auffordern, zu helfen. Ich bin sehr froh, dass wir diesen Antrag heute gemeinsam beschließen werden.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herzlichen Dank. - Herr Wolter, bitte.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit großer Sympathie verfolgen wir alle, wie es den Menschen in den arabischen Staaten gelingt, ihre Despoten zum Rücktritt zu zwingen und demokratische Reformen zu fordern. Wir sind der Meinung,

dass der Schritt in die Demokratie in Tunesien gelingen kann - vor allem, weil es dort eine gut ausgebildete Mittelschicht gibt.

Europa - Frau Manderla hat es eben angesprochen - hat in diesem Prozess der Loslösung leider eine unsägliche Rolle gespielt. Bei den dortigen demokratischen Kräften kam der Eindruck auf, dass die Europäische Gemeinschaft nicht an ihrer Seite steht, weil viele der Staaten zu lange an den alten Regimes festhielten. Der Westen hat dramatische Fehler gemacht. Ein Politik- und Strategiewechsel muss nun folgen, weil man zu lange auf eine vermeintliche Stabilität in Nordafrika und im Nahen Osten gesetzt hat.

In diesem Sinne sehen wir auch den Antrag. Wir wollen damit zeigen, dass wir an der Seite der Demokratiebewegungen stehen. Obwohl wir uns sicher sind, dass dies im ursprünglichen Antrag der FDP-Fraktion auch so gemeint war, ist es uns wichtig, in dem Änderungsantrag zu dokumentieren, dass wir nur mit den neuen, demokratischen Kräften zusammenarbeiten wollen.

Derzeit haben wir keine gesicherten Erkenntnisse, mit wem wir es in Tunis zu tun haben und wer künftig die maßgeblichen Kräfte sind. Es geht also darum, erst vor Ort ergebnisoffen zu sondieren und dann die Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit festzulegen.

Deshalb bitten wir Sie, Herr Oberbürgermeister, mit Ihren Kräften die Lage vor Ort zu erkunden

(Heiterkeit bei der CDU und bei pro Köln)

und dem für Internationales zuständigen Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen geeignete Vorschläge zur Beschlussfassung vorzulegen.

Meine Damen und Herren, Köln ist in der Pflege der Partnerschaft mit seinen verschwisterten Städten sehr engagiert. Wir helfen und tauschen uns aus, wenn dies gewünscht ist. Das tun wir in der Region schon sehr stark in Tel Aviv und in Bethlehem. Dort haben wir Kontakte zu beiden Seiten aufgebaut.

Eines wird bei allem Engagement immer wieder deutlich: Demokratie, liebe CDU, wächst von unten. Sie lebt vom Verständnis und vom Austausch und wird von den Menschen getragen, die sich engagieren.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ich glaube nicht, dass wir Nachhilfe in Sachen Demokratie brauchen, Herr Wolter!)

Deshalb ist es auch wichtig, dass die Bundesregierung kommunales Engagement in Krisenregionen nicht nur ideell, sondern auch finanziell unterstützt. Eine Förderung kommunaler Hilfestellung beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen sollte deshalb auch durch den Demokratieförderungsfonds der Bundesregierung unterstützt werden.

Die Stärkung von Dezentralisierung und lokaler Demokratie gehört zu den erklärten Schwerpunkten deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Das Problem ist nur, dass das zuständige Ministerium und dessen Durchführungsorganisationen die Kommunen bislang nicht wirklich als Partner in die Entwicklungszusammenarbeit einbeziehen. Wer aber, wenn nicht wir Kommunen, weiß am besten, was kommunale Selbstverwaltung ist und wie sie funktioniert? Wer also, wenn nicht wir, kann dieses Know-how am besten vermitteln?

Noch ein letzter Satz: Wir glauben allerdings, dass es nicht ausreichen wird, die Demokratiebewegung und den Aufbau einer demokratischen Ordnung vor Ort zu unterstützen. Wenn man sich die Bilder von Lampedusa ansieht, wird klar, dass Europa sich auf eine große Zahl von Flüchtlingen einstellen muss und auch die Bundesrepublik im Rahmen ihrer europäischen Nachbarschaftspolitik die Lasten wird mittragen müssen. Das sind wir den Menschen schuldig, denke ich. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Wolter. - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja immer interessant, wenn man die Debatte zusammenfassen darf, nachdem man alles das gehört, was vorher erzählt worden ist. Ich kann Ihnen versprechen: Ich sage garantiert nicht dasselbe wie Sie alle unter gleichem Vorzeichen.

Ich finde es natürlich schon bedauerlich, dass Herr Roters die Lage in Nordafrika erkunden soll. Das stelle ich mir schwer vor - Sie mit dem Rucksack unterwegs, zum Beispiel bei Gaddafi,

um zu gucken, wer gerade gewinnt. So habe ich das verstanden. Sie sollen ja gucken, wer die Ansprechpartner sind. Der, der übrig bleibt, ist also Ansprechpartner für Herrn Roters. Das stelle ich mir nach dem, was ich eben von Herrn Walters gehört habe, jetzt so vor.

(Zurufe: Wolter!)

- Wolter, ja; genau. Er spricht so selten, dass mir der Namen entfallen konnte.

Ich setze bei diesem Antrag ganz besonders auf die SPD. Sie hat ja gute Partner in Nordafrika. Diktator Ben Ali ist schließlich Genosse von Ihnen in der Sozialistischen Internationalen. Da können Sie sich ja einbringen. Außerdem ist die Partei von Herrn Mubarak sozusagen die Schwesterpartei der SPD in Ägypten. Da können Sie ja ganz hervorragend etwas für unsere Stadt leisten. Dann bin ich ja beruhigt. Wenn ich mir vorstelle, wie Herr Börschel da umhertingelt, bin ich gespannt, was er uns hier erzählen kann.

Jedenfalls hat Frau Möller uns ja alle zu Tränen gerührt, als sie von den Partnerstädten gesprochen hat. Frau Möller ist doch selber Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft zwischen Tel Aviv und Köln. Frau Möller, wo waren Sie denn, als unsere israelischen Gäste hier waren? Warum haben Sie sie nicht begrüßt?

(Beifall bei pro Köln)

Hier wird immer hier geredet und auf die Tränendrüse gedrückt. Niemand von Ihnen wird doch davon abgehalten, den Leuten dort zu helfen. Sie können doch Ihr Sitzungsgeld spenden. Niemand hindert Sie daran. Aber Sie wollen immer weitere Geldausgaben beschließen.

Beispielsweise wollen Sie die Flüchtlingsheime erweitern. Ich habe eben gehört, von Lampedusa sollten die dann alle zu uns kommen; wir seien hier gefordert. Herr Wolter, wir sind hier nicht gefordert. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, damit die da bleiben.

(Beifall bei pro Köln)

Das geht nicht. Wem wollen Sie das denn zumuten? Herr Klipper, Sie haben neulich im Stadtentwicklungsausschuss noch einen Bebauungsplan für die Gegend, in der Ihr Eigenheim liegt, erlassen, damit dort nichts mehr gebaut wird. Da können wir also kein Flüchtlingsheim mehr bauen. Sie freuen sich ja über die netten Nachbarn.

Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion pro Köln einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Herr Roters, wenn Sie schon in Nordafrika unterwegs sind, müssen Sie denen klarmachen, dass wir nicht noch mehr von ihnen aufnehmen können. Das geht einfach nicht. Gucken Sie sich einmal die Videos aus Lampedusa an. Ich will so etwas nicht in Köln-Chorweiler haben. Na gut; Sie kommen ja aus Düsseldorf. Wahrscheinlich denken Sie, dass das weit weg ist - wie auch immer. Das mag ja alles sein.

(Unruhe)

- Habe ich etwas Falsches gesagt? Ich will Ihnen ja nur helfen, dass Sie keinen Ärger in Nordafrika bekommen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir haben hier bei uns im Hause ein bestimmtes Niveau. Solche lächerlichen Sachen können wir uns gerne ersparen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken.Köln sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln])

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Roters, ich habe ja Verständnis für Sie. Wegen uns hätte die Sitzung nicht so lange dauern müssen. Die ganzen niveaulosen, nichtssagenden Anträge kommen nicht von uns.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Kommen Sie jetzt bitte zur Sache.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Natürlich komme ich zur Sache. - Wir fordern in unserem Antrag, dass Sie in einer Öffentlichkeitskampagne in Tunis klarmachen, dass wir nicht noch mehr Leute aufnehmen können. Ich habe in der Zeitung gelesen - und Sie sind ja alle hier in die Bütt gegangen, damit Sie wieder bei Onkel Alfred abgedruckt werden - -

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte Sie auch, diese diffamierenden Äußerungen zu unterlassen. Das habe ich Ihnen schon einmal gesagt.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): „Onkel Alfred“ ist diffamierend? Das ist doch nicht diffamierend. Heute sind Sie aber dünnhäutig, Herr Roters. Ich weiß nicht, woran das liegt. Es scheint daran zu liegen, dass meine Rede wirkt.

Ich denke, das ist herübergekommen. Wir müssen klarmachen: Schluss mit der weiteren Massenzuwanderung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Ludwig.

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Wegen des vorliegenden Änderungsantrags der vier Parteien kann sich die FDP, glaube ich, bei den anderen Parteien bedanken; denn sie versuchen, die FDP vor einer Peinlichkeit zu bewahren, und legen hier einen Änderungsantrag vor, der so weit auch für uns zustimmungsfähig ist und in dem nichts Problematisches enthalten ist.

Die Peinlichkeit, die die FDP in ihrem ursprünglichen Antrag dargelegt hat, möchte ich hier aber nicht einfach unter den Tisch fallen lassen. Der Antrag der FDP kommt nämlich in der freundlichen Verkleidung einer Hilfe für eine Partnerstadt daher. Eigentlich ist dieser Antrag aber total arrogant und eurozentristisch. Die FDP weiß, was die Menschen in Tunesien denken und was sie brauchen. Sie weiß, wo sie Hilfe benötigen, nämlich beim Bildungssystem und bei der städtischen Verwaltung.

Aber wer hat denn die Revolution in Tunesien gemacht, die FDP oder die Menschen dort?

(Beifall bei der Linken.Köln - Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Die FDP macht grundsätzlich keine Revolution! Das kann die gar nicht!)

- Okay; Entschuldigung für den Ausrutscher. - Die Menschen dort können uns vielleicht besser erzählen, wie man sich demokratisch von unten nach oben organisiert; denn sie haben wichtige Erfahrungen gemacht. Woher wollen Sie wissen, dass wir alles besser können und ihnen nur die Hilfe geben müssen?

In dem FDP-Antrag sind auch einige durchaus amüsante Passagen enthalten. Beispielsweise heißt es dort, es gehe darum, ein „für alle

Bevölkerungsgruppen frei zugängliches Bildungssystem zu fördern“. Super. Also ein Bildungssystem ohne Studiengebühren, ohne die Aufteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium, ohne die Diskriminierung von Armen und Migranten? Dass eine solche Forderung gerade von der FDP kommt, finde ich nicht schlecht.

Nur als Anmerkung: Tunesien hat ein relativ gut entwickeltes Bildungssystem. Es studieren sehr viele. Das Problem ist nicht, dass die Leute keine gute Bildung bekommen; das Problem ist, dass sie danach keine Jobs finden. Das ist einer der Gründe für die Revolte in Tunesien.

Das Ganze hat aber auch einen ernsten Hintergrund. Das hat Herr Wolter zum Teil schon erwähnt. Es ist ja nicht so, dass jetzt auf einmal die FDP oder Parteien in Deutschland die Demokratie dort entdecken. Vielmehr wurden Regimes wie das von Mubarak in Ägypten und das von Ben Ali in Tunesien auch vonseiten Deutschlands gestützt. Ben Ali wurde als „Modernisierer“ und „Freund“ bezeichnet. Die Wirtschaftspresse titulierte ihn als „milden Diktator“, die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung als „ausgezeichneten Partner“.

Auf der Website des noch immer von Herrn Westerwelle geleiteten Auswärtigen Amtes hieß es, es gebe zwar gewisse Defizite im Bereich der Menschenrechte; aber: „Die Verfassung garantiert die Menschenrechte und eine unabhängige Justiz.“ Schlussfolgerung: „Die Beziehungen zwischen Deutschland und Tunesien sind gut und intensiv.“

Das können wir doch nicht einfach unter den Tisch fallen lassen, wenn wir hier darüber diskutieren, dass Hilfe für eine Partnerstadt nötig ist.

Ben-Ali war auch bei Regierungen und Konzernen in Europa beliebt, weil sein Regime ordentlich liberalisiert und privatisiert hat und weil die Löhne unten gehalten wurden.

Genau das war auch eine der Ursachen für die Revolte. Es ging ja nicht nur um Demokratie. Angefangen hat die Revolution in Tunesien mit Menschen, die keine Einkommensmöglichkeiten hatten und keine Zukunft für sich sahen.

Insofern ist es ein etwas seltsames Argument des Westens, dort das wirtschaftliche Engagement fördern zu wollen. Deutschland ist ohnehin schon der drittgrößte Handelspartner Tunesiens. Vielleicht wollen die Menschen das

so erst einmal gar nicht und wollen mehr Kontrolle über ihre eigene Ökonomie, also mehr Demokratie auch im wirtschaftlichen Bereich.

Vor diesem Hintergrund muss man sagen: Alle Angebote zur technischen, materiellen Unterstützung seitens der Stadt Köln und ihrer Beteiligungsbetriebe sind gut. Die Aufgabe der Städtepartnerschaft kann es doch nur sein, zu fragen: Was braucht ihr? Wo können wir euch unterstützen? Außerdem ist es sinnvoll, Angebote zu machen, um den Austausch von Jugendlichen auf allen Ebenen - sportlich, kulturell usw. - zu fördern.

Darauf zielen Sie mit Ihrem Änderungsantrag im Großen und Ganzen ab. Deswegen werden wir ihm zustimmen.

Ich werde Ihnen aber auch noch einmal etwas zur Frage der Flüchtlinge sagen; Herr Wolter hat das auch schon angesprochen. Wer über die Lage in Nordafrika redet, der kann jetzt zur Situation der Flüchtlinge nicht schweigen. Es kann sein, dass das Drama noch größer wird, als es ohnehin schon ist. Deswegen muss es zur Entspannung der Situation auch klare Signale geben, dass Europa und die Bundesrepublik bereit sind, Flüchtlinge aus Nordafrika aufzunehmen. Das menschenverachtende Grenzregime der EU im Mittelmeer muss endlich beendet werden.

Wir stimmen dem Antrag zu. Alle Angebote und alle Fragen danach, was wir an Hilfe leisten können, finden wir im Sinne von echter Städtepartnerschaft richtig. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Damit sind wir am Ende der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt angekommen und beginnen mit der Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Antrag der Fraktion pro Köln ab. Wer ist für den Antrag der Fraktion pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.11:

**3.1.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend  
„Buslinie zwischen Porz und  
Rodenkirchen“  
AN/0683/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der  
SPD-Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen  
AN/0789/2011**

Herr van Benthem, bitte.

**Henk van Benthem** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich, dass wir wieder zu einem Kölner Thema zurückkommen, nachdem wir schon sehr viele ausschweifende Dinge über die Landes-, Bundes- und internationale Politik gehört haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich ganz besonders darüber, heute zwei Reden gehört zu haben, in denen es um die Verkehrspolitik ging. Als wir diesen Antrag kreiert haben, haben wir nicht geglaubt, dass wir hier so viel Zustimmung finden würden. Ich sage einmal so: Bei den Reden von Frau dos Santos Herrmann und unserer lieben Kollegin Tull kam ich mir schon irgendwie in einer Art heiligem Gral für Fußgänger und Fahrräder gegen den Individualverkehr mit den Schutzpatroninnen Frau dos Santos Herrmann und Frau Tull vor.

(Beifall von Christtraut Kirchmeyer  
[FDP])

Das war schon sehr bemerkenswert. Ich fand es auch gut; denn damit kommen wir genau zu dem Punkt, um den es in unserem Antrag geht.

Liebe Frau Tull, vor diesem Hintergrund können Sie nämlich eigentlich gar nicht mehr dagegen stimmen, wenn wir den Individualverkehr in den beiden südlichen Bezirken weg haben und durch Busverkehr ersetzen wollen.

Wir wissen, dass wir ein sehr gutes ausgebautes Netz haben. Der ÖPNV in Köln ist hervorragend. Sie kommen von Nord nach West und von Ost nach Süd, also quer durch. Aus der Innenstadt können Sie in alle Stadtbezirke fahren - alles mit der KVB. Fast alle Kölner Brücken sind auch ins Netz eingebunden. Im Norden haben wir Mülheimer Brücke und die Zoobrücke, im Zentrum die Deutzer Brücke und die Severinsbrücke.

Bei uns im Süden ist die Rodenkirchener Brücke aber, was den ÖPNV angeht, noch absolut jungfräulich. Im Interesse der Menschen, die im Süden wohnen, muss das abgestellt werden.

Meine Damen und Herren, eine direkte Busverbindung von Porz nach Rodenkirchen bzw. umgekehrt bringt eine große Erleichterung für die Menschen, die hier wohnen.

Wer heute von Porz nach Rodenkirchen fährt - ich nehme einmal diese Richtung; umgekehrt ist es genauso; man muss ja auch wieder zurück - und aus den südlichsten Bereichen kommt, also aus Libur oder Langel, braucht circa anderthalb bis zwei Stunden. Er steigt in den Bus ein, fährt zur Stadtbahnlinie 7, steigt in die Bahn ein, fährt zum Neumarkt, steigt aus der Bahn aus, wartet auf die nächste Bahn, steigt in die Bahn ein, fährt in Richtung Süden nach Rodenkirchen, steigt aus der Bahn aus, wartet auf den Bus und fährt irgendwohin. Da ist er bis zu zwei Stunden unterwegs. Wenn ich mit meinem Auto fahre, ist das eine Zeitachse von circa 25 Minuten.

Ich frage Sie: Welchen Autofahrer bringen Sie bei dieser Reisezeit dazu - das ist ja auch Ihr Credo, Frau Tull -, in den Bus einzusteigen und nicht die Straßen zu belasten? Ich würde es nicht tun. Wenn Sie jetzt sagen, Sie würden es tun, glaube ich das auch nicht unbedingt. Dann nimmt der Peter das Auto, Sie setzen sich daneben, und Sie fahren auch beide mit dem Wagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und  
der FDP)

Entschuldigen Sie bitte; aber ein bisschen Unförmlichkeit kann ab und zu mal gut tun.

(Heiterkeit - Peter Kron [SPD]: Es gibt  
viele Peter!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag wollen wir nicht nur die Autofahrer sensibilisieren, mit dem Bus nach Rodenkirchen zu fahren und ihr Auto stehen zu lassen. Wir wollen auch Nebenwirkungen haben - Nebenwirkungen, bei denen wir nicht den Arzt oder Apotheker fragen müssen, sondern Nebenwirkungen, die in einer Entlastung der Rheinuferstraße bestehen. Vielleicht erreichen wir das, wenn nicht auch noch alle Porzer auf der Rheinuferstraße fahren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die  
Grünen]: Seid ihr eine Ein-Themen-  
Partei?)

- Wir sind schon eine Partei, die über alles nachdenkt. Wir dürfen auch über alles nachdenken, ohne innerlich zerrissen zu werden, Frau Kollegin. - Die Nebenwirkungen in Form der Entlastung der Straße müssten eigentlich den Verkehrsexperten der Grünen extrem gut gefallen.

Wir denken mit diesem Antrag aber auch an andere Dinge. Wir denken an Menschen, die kein Auto haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach! Gibt es die?)

- Ja, natürlich; die soll es geben. Die wählen euch ja alle. Das sind Menschen ohne Kfz. Das sind die Leute mit dem Köln-Pass, wofür Grüne und SPD sich zu Recht extrem stark einsetzen. Diese Menschen ohne Auto kommen mit unserer Möglichkeit vielleicht in 40 Minuten von Süd nach Süd. Das müsste dann auch den Sozialexperten der SPD gut gefallen.

Wir denken aber - und jetzt ist der Spaß vorbei - an Menschen mit Behinderungen.

Wir denken an Menschen, die älter werden. Wie wir festgestellt haben, betrifft das in unserer Gesellschaft viele. Sie sind nicht mehr so mobil. Künftig steigen sie in Porz in den Bus, fahren mit dem Bus nach Rodenkirchen und steigen dort aus.

Wir denken an die neue Notdienstpraxis im Kölner Süden, und zwar - das weiß ich jetzt nicht mehr ganz genau - entweder in Porz oder in Rodenkirchen. Das bedeutet, dass die Menschen am Wochenende heute zwei Stunden mit einem kranken Kind in Bus und Bahn unterwegs sind.

Wenn Sie das gut finden, dann stimmen Sie gegen unseren Antrag. Damit können wir zwar nicht leben; bei unseren Mehrheitsverhältnissen ist es aber eben so.

Wir sind der Meinung, dass unser Antrag sozial orientiert und ökologisch äußerst sinnvoll ist und den Menschen in unserer Stadt hilft. - Habe ich keine Zeit mehr?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Nein.

**Henk van Benthem (CDU):** Ich wollte gerade Ihr Namensschild aufheben, das heruntergefallen

war. Daher war ich irritiert. Geben Sie mir bitte noch eine Minute. Dann bin ich fertig.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Eine Minute.

**Henk van Benthem (CDU):** Wir haben heute gesehen, dass im Änderungsantrag von SPD und Grünen auch wieder - Sie können es ja nicht lassen - das Wassertaxi steht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wasserbuslinie!)

- Ja. Aber wo ist der Unterschied? In einen Bus gehen nur vier Leute mehr rein. - Wir haben aber auch von der Verwaltung festgestellt bekommen, dass es nicht sinnvoll ist, dass es nicht ökologisch ist. Lassen Sie das Wassertaxi beiseite.

Wenn Sie dann sagen, dass Sie unserem Antrag ohne Wassertaxi nicht zustimmen können, werden wir darüber nachdenken, ob wir das im Verkehrsausschuss noch einmal behandeln. Aber wenn Sie ehrlich sind - und wenn Sie ehrlich sind, ohne das Auto Ihres Partners zu benutzen -, dann stimmen Sie dem Antrag zu. Die Menschen in Porz sind Ihnen dankbar. - Jetzt können Sie mir das Wort abdrehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. Rudi Carrell hätte es nicht besser machen können. - Dann kommen wir zu einer weiteren Wortmeldung. Frau dos Santos Herrmann.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen. Wir stimmen dem Prüfauftrag in unserer abgeänderten Fassung gerne zu. Bei aller Eloquenz, mit der Herr van Benthem den Antrag begründet hat, macht es unseres Erachtens dennoch Sinn, auch noch einmal zu schauen, ob unter Umständen eine Art Fährbetrieb über den Rhein an dieser Stelle als weitere Möglichkeit sinnvoll ist.

Grundsätzlich finden wir es gut, dass die CDU sich dem ÖPNV nähert und einen solchen Vorschlag macht - der allerdings vor circa 20 Jahren schon einmal diskutiert wurde und zumindest damals als nicht zielführend angesehen wurde.

Wir warten die Stellungnahme der KVB und der Verwaltung ab und sind gespannt auf die Diskussion im Verkehrsausschuss. Ich glaube, dass es sich bei diesem Thema auf jeden Fall lohnt, es ernsthaft im Verkehrsausschuss zu diskutieren. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Waddey.

**Manfred Waddey** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst die CDU loben, weil sie diesen Antrag eingebracht hat. Wir freuen uns immer, wenn Anträge oder Anregungen kommen, bei denen es darum geht, den öffentlichen Nahverkehr in dieser Stadt zu verbessern.

(Martin Börschel [SPD]: Aber?)

Frau dos Santos Herrmann hat bereits zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses Thema vor vielen Jahren - ich weiß allerdings nicht, ob es wirklich 20 Jahre sind - schon einmal behandelt worden ist, und zwar nicht zuletzt auf Wunsch der betroffenen Bezirksvertretungen. In der Tat ist damals gesagt worden: Es gibt kein Verkehrsbedürfnis, und es ist sowieso nicht praktikabel, dort über den Rhein zu fahren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht nicht! Es ist zu teuer!)

Diese Aussage haben wir auch jahrelang gehört, als wir eine direkte Verbindung von Nippes über Ehrenfeld nach Lindenthal gefordert haben, nämlich einen Bus über die Innere Kanalstraße. Als es uns dann vor zwei Jahren gelungen ist, eine Mehrheit dafür zu finden, diesen Bus gegen die Bedenken der Verwaltung und der KVB sowie gegen die Stimmen der CDU und der FDP durchzusetzen, waren wir erst einmal sehr froh. Noch froher sind wir darüber, dass dieser Bus äußerst erfolgreich ist, sodass mittlerweile Gelenkbusse eingesetzt werden, weil der normale Bus die Nachfrage gar nicht mehr bewältigen kann.

Deshalb halte ich es für richtig, auch die Verbindung zwischen Rodenkirchen und Porz erneut zu überprüfen und dabei zu überlegen, wie diese beiden Stadtteile im Kölner Süden direkt und schneller miteinander verbunden werden können.

Herr van Benthem, übrigens habe ich gerade während Ihrer Rede nachgesehen. Ganz so schlecht ist es heute gar nicht. Von Libur nach Sürth - immerhin 29 Kilometer - brauchen Sie 68 Minuten. Das ist zwar lange; es sind aber keine zwei Stunden.

(Henk van Benthem [CDU]: Ich habe gesagt: bis zu zwei Stunden!)

- Gut; wenn Sie am Neumarkt noch ein paar Kölsch trinken, dauert es länger. Das ist klar.

(Heiterkeit bei der CDU - Henk van Benthem [CDU]: Das würde ich nie tun!)

- Darüber kann man ja nachdenken.

Trotzdem ist es natürlich - das muss man objektiv sagen - nicht ganz einfach, wenn man mit einem Bus von Porz nach Rodenkirchen fährt, weil man dann die oft überlastete Rodenkirchener Brücke überqueren muss und über den Bonner Verteiler fahren muss, der doch etwas abseits liegt.

Deshalb halten wir es für sehr sinnvoll, zu überprüfen, ob es nicht besser ist, diese Stadtteile direkt über den Rhein miteinander zu verbinden. Das könnte schneller gehen. Es könnte attraktiver sein als ein Bus. Wir sind da offen. Wir werden sehen, was die Prüfung ergibt. In diesem Zusammenhang erwarten wir eine entsprechende Vorlage im Verkehrsausschuss spätestens mit der Vorlage des Nahverkehrsplans.

Ich darf Sie bitten, dem Antrag der CDU in der Fassung unseres Ergänzungsantrags zuzustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Waddey, Herr Möring möchte Ihnen noch eine Frage stellen.

**Manfred Waddey** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja.

**Karsten Möring** (CDU): Lieber Herr Waddey, das ist nur eine Zwischenfrage zur Buslinie auf der Inneren Kanalstraße. Sind Ihnen die Zahlen dazu bekannt, wo die Passagiere, die mit dieser Linie fahren, vorher gefahren sind? Dort haben wir wohl Verlagerungsprozesse. Hingegen reden wir bei der Buslinie im Kölner Süden über den

Rhein von Ersatz des Individualverkehrs. Das sind zwei Paar Schuhe, denke ich.

**Manfred Waddey** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Untersuchungen über die bisherigen Erfahrungen mit der Linie über die Innere Kanalstraße liegen uns ja noch nicht vor. Wir bekommen sie demnächst aber. Ich denke, dass es sowohl Verlagerungsverkehr - also Fahrgäste, die auch schon vorher mit der Bahn gefahren sind - als auch Neuverkehr gibt.

Das wird es bei einer Verbindung zwischen Porz und Rodenkirchen natürlich auch geben; denn selbstverständlich werden die Leute, die heute von Porz nach Rodenkirchen oder umgekehrt fahren wollen oder müssen und kein Auto zur Verfügung haben, entweder mit dem Fahrrad fahren - das kann man sogar auch direkt mit der Fähre machen, wenn man zu den richtigen Zeiten da ist; im Übrigen kann man auch mit dem Fahrrad über die Rodenkirchener Brücke fahren - oder auch, auf Libur bezogen, mit dem ÖPNV in 68 Minuten über den Neumarkt fahren.

Das ist aber kein Argument dagegen; denn wir brauchen mehr Kapazität im öffentlichen Nahverkehr. Ich habe jedenfalls nicht festgestellt, dass die Linie 13 oder die Ringlinien seit der Einführung der Buslinie über die Innere Kanalstraße leer wären.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Herr Waddey. - Ich schaue mich um. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Ja. Bitte schön, Frau Laufenberg.

**Sylvia Laufenberg** (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer heute von Porz nach Rodenkirchen mit der KVB fahren möchte, muss sich auf einen Tagesausflug einrichten. Los geht es mit der Linie 7 von Porz Markt bis zum Neumarkt; circa 27 Minuten. Anschließend wird in die U-Bahnlinie 16 umgestiegen. Am Bahnhof Rodenkirchen steigen wir dann in den Bus 131 und fahren bis zum Rathaus in Rodenkirchen. Laut Fahrplanauskunft der KVB sind wir also 62 Minuten unterwegs, um von Porz nach Rodenkirchen zu kommen. In die 51 Kilometer entfernte verbotene Stadt Düsseldorf gelangt man übrigens bereits nach 37 Minuten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann nicht sein, dass man innerhalb von Köln halbe Weltreisen hinter sich bringen muss, um mal an der Rodenkirchener Riviera ein Eis zu essen statt an der Porzer Groov. Ziel muss es sein, unsere vielfältigen Veedel schnell und sicher zu erreichen. Dabei gilt es, möglichst Direktverbindungen und hohe Fahrtaktzeiten zu schaffen.

Da Rodenkirchen und Porz so nah aneinander liegen und sich doch so fern sind, begrüßen wir Liberalen die Prüfung einer direkten Buslinie zwischen diesen beiden Stadtbezirken.

Dies kann aber nur eine Übergangslösung sein; denn auch eine Buslinie über die Rodenkirchener Brücke wird in Schwerpunktzeiten nicht flüssig fahren können, sondern im Stau stehen. Langfristig fordert die FDP daher immer noch die lang ersehnte Brücke, die Porz-Langel und Rodenkirchen/Godorf eines Tages verbinden soll.

(Beifall bei der FDP)

Erst dann kann man von einer guten Verbindung zwischen den beiden Stadtbezirken sprechen.

Um aber schnell Abhilfe zu schaffen und die KVB-Fahrt für die Bürgerinnen und Bürger zu verkürzen, appellieren wir auch an die KVB, jetzt zügig eine neue Direktroute zu prüfen.

Kurzfristig schlagen nun SPD und Grüne in ihrem Änderungsantrag die zusätzliche Prüfung einer Wasserbuslinie vor. Das ist grundsätzlich eine schöne Idee - aber nicht neu, sondern von den Liberalen geklaut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von Volker Görzel [FDP] - Zurufe von der CDU: Hey!)

Denn bereits im Jahre 1983 forderte die FDP die Prüfung einer Wasserbuslinie.

Seither ist jedoch bekannt, dass eine Längsverbinding über den Rhein wirtschaftlich sehr problematisch ist. Dies wird auch heute in der Antwort der Verwaltung zur Anfrage unter TOP 4.4 noch einmal bestätigt.

Wir werden daher dem Antrag der CDU zustimmen und lehnen den Änderungsantrag von SPD und Grünen ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Schöppe.

**Bernd M. Schöppe** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bin, genauso wie meine Fraktion, von diesem Antrag und der Idee angetan, endlich diese beiden Stadtbezirke miteinander zu verbinden. Ich kann die Problematik sehr gut nachvollziehen, da ich selber schon in beiden Stadtbezirken lange gewohnt habe.

Jedoch weise ich darauf hin, dass man hier nicht nur die KVB, sondern vielleicht auch die RVK einbinden sollte. Ich habe Bedenken, inwieweit - vielleicht kann Herr Fenske uns da aufklären - KVB-Busse überhaupt über die Autobahn fahren dürfen. Das ist der feine Unterschied zwischen der Inneren Kanalstraße, die eben angesprochen wurde, und der Rodenkirchener Brücke. Die Rodenkirchener Brücke ist eine Autobahn, auf der eben nicht jedes Fahrzeug fahren darf. Soweit ich weiß, dürfen normale Linienbusse das nicht. RVK-Busse dürften das vielleicht. Daher sollte man die RVK bei dieser Gelegenheit mit einbinden.

Was die Wassertaxen betrifft, sind wir auch dabei. Generell begrüßen wir diese Verbindung der beiden Stadtbezirke. Wir beantragen nur, dass die RVK mit eingebunden wird.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Bevor wir abstimmen, weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bitte ich Herrn Fenske um Beantwortung der Frage, ob die autobahnähnliche Rodenkirchener Brücke sich für den Busverkehr eignet.

**Jürgen Fenske** (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Grundsätzlich eignet sich die Rodenkirchener Brücke natürlich für einen Solobus und auch für einen Gelenkbus. Allerdings ist das Problem - das sage ich einmal als Anwohner, der nahezu täglich mitbekommt, was dort läuft -, dass die Verkehrs- und Stausituation auf der Rodenkirchener Brücke recht unkalkulierbar ist. Alles das wird aber zu prüfen sein und gegebenenfalls im Verkehrsausschuss noch vertieft werden müssen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich habe eine Nachfrage!)

- Bitte.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Fenske, die Frage war ja: Ist es möglich, mit einem Linienbus der Kölner Verkehrs-Betriebe im Fahrplanverkehr über die Autobahnbrücke zu fahren, oder dürfen das nur die Überlandbusse der RVK?

**Jürgen Fenske** (Kölner Verkehrs-Betriebe): Nein, es ist genehmigungsrechtlich möglich, dass auch Linienbusse dort verkehren.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Damit kommen wir zur Abstimmung.

Zum Ersten stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist er so angenommen.

Zum Zweiten stimmen wir über den CDU-Antrag in der Fassung des gerade beschlossenen Änderungsantrages ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linke, die Grünen, die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann; ich hätte also besser andersherum gefragt. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe Punkt 3.1.12 auf:

**3.1.12 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Videoüberwachung in KVB-Bussen" AN/0670/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0790/2011**

Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr

geehrter Herr Fenske, es freut mich, dass auch Sie der Debatte hier folgen. In Bonn soll Busfahren in Zukunft sicherer werden. Die Stadtwerke Bonn setzen jetzt vermehrt auf Videoüberwachungssysteme. Bis zu 48 Stunden können von den Kameras aufgenommen werden. Danach wird das Material automatisch gelöscht.

Wie der SWB-Geschäftsführer Heinz Jürgen Reining völlig zu Recht ausführt, geht es dabei ausdrücklich nicht um das Ausspionieren von Kundinnen und Kunden, sondern um das subjektive Sicherheitsgefühl von Passagieren und Personal. Auch soll mit dieser Maßnahme Vandalismus vorgebeugt werden. Durch die automatische Löschung wird der Datenschutz voll gewährleistet. Im Falle einer Straftat jedoch können Polizei und Staatsanwaltschaft das Videomaterial als Beweismittel nutzen. Die Bonner Stadtwerke wollen bis zum Jahr 2012 zwei Drittel ihrer Busse mit Videoüberwachung zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls ihrer Kundinnen und Kunden und ihres Personals sowie zum Schutz vor Vandalismus ausgestattet haben.

Die Videoüberwachung in Bussen ist nicht neu. Sie wird unter anderem in Hamburg, Kiel, Bochum, Chemnitz und Oldenburg durchgeführt, leider jedoch nicht in Köln. Darum hat die FDP-Fraktion nun die Initiative gestartet, auch den KVB-Kundinnen und -Kunden in Kölner Bussen diesen Sicherheitsservice anzubieten. Dabei hat unsere KVB schon Erfahrung mit Videoüberwachung; denn sie setzt dieses Instrument zur Verbesserung der Sicherheit ihrer Kundinnen und Kunden sowie zur Strafverfolgung bereits in ihren Stadtbahnen ein.

Wie die Kölner Kriminalstatistik, aber auch die Zeitungsberichte verdeutlichen, ist die Videoüberwachung in den Stadtbahnen nicht nur bitter nötig, sondern auch bei der Strafverfolgung sehr erfolgreich. Häufig können durch die Veröffentlichung von Videofotos in den Tageszeitungen Gewalt- und Straftäter gefasst werden. Vermehrt stellen sich Straftäter nach einer Veröffentlichung sogar selbst. Es ist festzuhalten, dass die Videoüberwachung nicht nur in den Bahnen, sondern gerade auch an den Haltestellen zur Identifizierung von Gewalttätern führt; leider nehmen auch dort die Übergriffe zu. Wenn die KVB dieses Instrument einsetzt, kann kein Täter mehr sicher sein, mit seinen Gewalttaten unerkannt zu bleiben. Darum ist es nur folgerichtig, auch in den KVB-Bussen die Videoüberwachung als Sicherheitsservice einzuführen.

KVB-Vorstand Jürgen Fenske hatte zu der FDP-Forderung nach mehr Sicherheitsservice in KVB-Bussen in der *Bild*-Zeitung geäußert, dass die KVB dies nicht komplett ablehnen würde. Jürgen Fenske stellte ebenfalls dazu fest, dass es in Köln auch zu gewaltsamen Übergriffen in KVB-Bussen kommt, wenn auch weniger als in den Stadtbahnen. Dass es in KVB-Bussen weniger gewaltsame Übergriffe als in den Stadtbahnen gibt, ist zwar eine gute Nachricht; eine bessere Nachricht wäre aber, wenn auch diese Übergriffe in KVB-Bussen demnächst durch Videoaufzeichnungen strafverfolgt werden könnten, was letztlich zu mehr Sicherheit für die Kundinnen und Kunden führen würde.

Bedauerlicherweise fehlt SPD und Grünen in Köln diese Einsicht. Anscheinend lesen Sie keine Zeitung. Sie wollen die Einführung von Videoüberwachung für mehr Sicherheit in KVB-Bussen erst einmal prüfen und fordern dafür ernsthaft eine empirische Untersuchung. Vielleicht sollte Rot-Grün einfach einmal ihre Kollegen in den vielen Städten anrufen, mit deren Stimmen die Videoüberwachung in Bussen erfolgreich eingeführt worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Das würde Zeit und Geld sparen. Ich bin sicher, dass schon ein kurzes Gespräch mit dem Kölner Polizeipräsidenten oder der Staatsanwaltschaft heilsame Überzeugungsarbeit bei SPD und Grünen leisten würde. Doch es fehlt, wie schon gesagt, die Einsicht. So müssen die Kundinnen und Kunden weiter auf mehr Sicherheit in KVB-Bussen warten, weil Rot-Grün einmal wieder nicht zu Potte kommt. Ich bin gespannt auf die Argumentationslinie von SPD und Grünen, vor allem im Hinblick auf die von Ihnen vorgeschlagene empirische Untersuchung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr van Geffen.

**Jörg van Geffen (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In dem Ziel, das der vorliegende FDP-Antrag beschreibt, dürften wir alle uns einig sein. Wir wollen ein Mehr an Sicherheit für Busfahrgäste der KVB, aber natürlich auch ein Mehr an Sicherheit für die Busfahrerinnen und Busfahrer, die - das möchte ich bei dieser Gelegenheit einmal deutlich sagen - einen wirklich wichtigen

und guten Job für die Menschen in dieser Stadt leisten. Dies nötigt mir besonderen Respekt ab, weil ich als Fahrgast tagtäglich erlebe, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KVB bisweilen aushalten müssen. Da ist nicht nur die notwendige Konzentration auf das Verkehrsgeschehen angesagt; leider gibt es auch viel zu viele Mitmenschen, die ihren Frust, ihren Ärger über was auch immer und manchmal schlicht ihre Aggressionen am Fahrpersonal der KVB auslassen. Es sei an dieser Stelle an das Geschehen in Merheim vor wenigen Tagen erinnert.

Ziel von Aggressionen sind natürlich immer wieder auch andere Fahrgäste. Auch wenn dies Gott sei Dank nicht in jedem Fall in körperlicher Gewalt ausartet und auch wenn die Zahl der betroffenen Fahrgäste gemessen am Gesamtaufkommen der Fahrgastbeförderung nicht höher als in anderen gesellschaftlichen Räumen sein mag: Das subjektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste hat gelitten. Deshalb ist es unseres Erachtens legitim und richtig, über geeignete Gegenmaßnahmen nachzudenken. Die zusätzliche Bereitstellung von Servicepersonal - Stichwort Schaffner -, die auf Initiative des OB erfolgt ist, war bereits ein erster Schritt.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, hier nochmals die Überlegungen zur Einführung der Videoüberwachung auch in den Bussen der KVB aufgreifen, dann begrüßen wir das grundsätzlich. Allerdings sind wir schon ein wenig verwundert, dass Sie diese Diskussion nicht zunächst dort angestoßen haben, wo sie unseres Erachtens hingehört, nämlich im Verkehrsausschuss. Dass Sie den direkten Weg in den Rat und damit die vermeintlich große Bühne gewählt haben, lässt zumindest leise Zweifel an der Ernsthaftigkeit Ihres Anliegens aufkommen. Das finde ich ausgesprochen schade.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir glauben, dass es richtig und notwendig ist, vor einer endgültigen Entscheidung über diese Frage zunächst im Verkehrsausschuss eine eingehende fachliche Diskussion auf der Grundlage bisheriger Erfahrungen in unseren Stadtbahnen, aber auch in anderen Städten wie zum Beispiel Bonn sowie einer qualifizierten Kostenschätzung zu führen. Bitte folgen Sie deshalb unserem Änderungsantrag für einen Prüfauftrag und der Verweisung in den Verkehrsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zu Herrn Marx.

**Werner Marx (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Diskussion der Einführung einer Videoüberwachung ist sicherlich nicht neu. Wir führen sie schon seit geraumer Zeit. Aus meiner Sicht haben wir entsprechende Erfahrungen sammeln können. Die KVB führt schon seit längerem eine Videoüberwachung durch. Vonseiten der KVB wurden uns diesbezüglich keinerlei negative Erfahrungen mitgeteilt. Wir haben vonseiten der KVB auch nicht gehört, dass diese Videoüberwachung erfolglos ist. Von daher kann man die Forderung der FDP nur unterstützen. Wir als CDU werden daher diesem Antrag zustimmen.

Der Änderungsantrag von SPD und Grünen scheint mir etwas scheinheilig zu sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aus meiner Sicht verfolgen Sie mit diesem Antrag lediglich das Ziel, das Thema auf die lange Bank zu schieben. Ich denke, da gehört dieses Thema nicht hin. Die Bürger hier in Köln haben einen Anspruch darauf, sowohl in der Bahn als auch in den Bussen sicher zu fahren. Von daher unterstützen wir explizit diesen Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Tull.

**Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich mache es kurz. Sowohl die subjektive als auch die objektive Sicherheit in den Bussen und Bahnen ist uns sehr wichtig; das ist keine Frage. Für die Fahrgäste der KVB ist es sehr entscheidend, ob sie sich an den Haltestellen und in den Bussen und Bahnen sicher fühlen können. Alles, was dazu beiträgt, unterstützen wir.

Aber: Maßnahmen müssen auch wirksam sein. Für diese Wirksamkeit haben wir bis jetzt keine Belege. Wir möchten, dass im Verkehrsausschuss dazu eine sachlich-fachliche Diskussion stattfindet, in der die Erfahrungen aus

anderen Städten, zum Beispiel aus Bonn, die Erfahrungen der Polizei und die Erfahrungen der KVB mit der Videoüberwachung in den Stadtbahnen vorgetragen werden. Auf dieser Grundlage möchten wir dann eine fundierte Entscheidung treffen.

Das Thema soll auch nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das geht mit Sicherheit relativ schnell. Wir möchten das Thema ausführlich im Verkehrsausschuss diskutieren. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke, Frau Tull. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln begrüßt ausdrücklich diesen Antrag der FDP-Fraktion, zeigt er uns doch, dass unser nunmehr über siebenjähriges Engagement hier im Stadtrat für mehr Sicherheit und eine bessere Kriminalitätsbekämpfung nicht umsonst war. Da können Sie gerne lachen; ich will Ihnen das auch gern erklären.

Auch wenn unsere eigenen Anträge aus grundsätzlichen Erwägungen von den Altparteien hier zunächst stets abgelehnt werden, können wir erfreut feststellen, dass unsere Argumente und der Inhalt unserer Anträge doch ab und zu auf fruchtbaren Boden fallen, gerade auch bei der FDP, der CDU und der Verwaltung. Wir sind froh, sozusagen als Korrektiv von Rechts auch einmal etwas wieder in die richtige Richtung schieben zu können. Das haben wir nicht umsonst in den letzten Jahren als Pro-Köln-Effekt erkannt und nach außen propagiert. Ich bedanke mich also ganz ausdrücklich bei der FDP-Fraktion, dass sie einen früheren Antrag von uns, der ganz ähnlich war, aufgegriffen hat. Wir unterstützen das natürlich, weil es uns um die Sache geht. Deswegen bitte ich, den Originalantrag der FDP zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag von SPD und Grünen ab. Wer für den Änderungsantrag von SPD und Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD und die Grünen. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag so angenommen.

Wir entscheiden jetzt über den FDP-Antrag in der geänderten Form, wie eben beschlossen. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

Damit haben wir alle Anträge, die auf der heutigen Tagesordnung standen, abgearbeitet. Ich übergebe die Sitzungsleitung an Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 4:

#### 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

##### 4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Folgerungen aus rechtswidrigen Ausschuss-Entscheidungen" AN/0687/2011

**Antwort der Verwaltung vom 07.04.2011 1374/2011**

Gibt es dazu Nachfragen? - Bitte.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bedaure, dass Sie die Anfrage nicht im vollen Wortlaut aufgerufen haben. Es geht um die Folgerungen aus rechtswidrigen Ausschuss-Entscheidungen. Diese Anfrage hatten wir schon am 23. März gestellt. Heute haben wir die Antwort als Tischvorlage bekommen. Die Öffentlichkeit soll das wohl nicht weiter mitbekommen. Deshalb hat wohl auch OB Roters jetzt - ich will es einmal so sagen - die Flucht ergriffen.

Ich muss zu dem, was wir hier auf den Tisch bekommen haben, noch einiges ausführen. Es geht darum, dass die Stadt rechtswidrig

gehandelt hat, als sie einer jungen Familie den Eigenheimerwerb sozusagen untersagt hat, obwohl das Bieterverfahren ganz klar diese Familie als Käufer avisiert hatte.

(Götz Bacher [SPD]: Fragen!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Würden Sie bitte Ihre Frage formulieren?

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ja, natürlich. Ich formuliere die Frage.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Dann fangen Sie jetzt damit an.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ich möchte ja auch eine sachgerechte Antwort bekommen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Stellen Sie erst einmal Ihre Frage.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ja, dazu muss ich ja erst einmal ausführen, damit sie richtig beantwortet werden kann, nicht wahr. - Es ging also darum, dass da ein Rechtsbruch begangen worden ist, den wir eher in Nordafrika als hier vermuten würden.

Unsere Frage lautet jetzt: Nach diesem offensichtlich rechtswidrigen Verhalten des Ausschussvorsitzenden - im Ausschuss wurde zweimal dieselbe Vorlage abgestimmt; ich war bei der Sitzung zugegen - hat die Verwaltung gesagt, dass eine weitere Ausschussentscheidung dagegen ein krasser Rechtsbruch ist. Hier ist mit voller Absicht Recht gebrochen worden. Das Landgericht hat das wieder korrigiert. Ich möchte gerne wissen: Wie will die Verwaltung dafür sorgen, dass so etwas nicht wieder vorkommt?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Es gibt bereits eine Antwort vonseiten der Verwaltung.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Ja, diese liegt vor. Entschuldigung, aber anscheinend haben Sie sie auch nicht gelesen. Sie sagen, es gibt eine Antwort. Wenn Sie das hier als Antwort verkaufen - -

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ihre Belehrungen brauche ich nicht.

(Bernd Schöppe [pro Köln]: Natürlich brauchen Sie die!)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Die brauchen sie anscheinend doch. Ich habe die Antwort doch hier in der Hand. Dass Ihnen das peinlich ist, kann ich verstehen. Aber man wird doch noch, wenn man hier eine Frage stellt, eine Antwort bekommen dürfen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Sie können sich einen Ordnungsruf einhandeln, wenn Sie so weitermachen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Donnerwetter! Für was denn? Entschuldigung, wir haben eine offizielle Anfrage gestellt, und - -

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Und Sie haben eine Antwort bekommen.

(Markus Wiener (pro Köln): Was denn für eine Antwort? - Gegenrufe von der SPD)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Haben Sie die Antwort überhaupt gelesen, Frau Bürgermeisterin? Lassen Sie sich doch nicht irgendetwas zuflüstern von irgendeinem Souffleur.

(Götz Bacher [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! - Martin Börschel [SPD]: Das ist ein Angriff auf die Sitzungsleitung!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Die Frage, die Sie gestellt haben, ist von der Verwaltung korrekt beantwortet worden.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Wir werden das in Form eines Antrags vorbringen. - Ich danke Ihnen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 4.2:

**4.2 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Praktikable Maßnahmen bei Lärmbelästigung im Bereich Brüsseler Platz" AN/0694/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 07.04.2011 1296/2011**

Herr Hoffmann, bitte.

(Klaus Hoffmann [Freie Wähler]: Vielen Dank! Keine Nachfragen!

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

**4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend "Weiternutzung des "Musical Dome" am Breslauer Platz" AN/0698/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 05.04.2011 1274/2011**

Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

**4.4 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Verkehrsreduzierende Maßnahmen auf der Rheinuferstraße - Wasserbuslinie" AN/0686/2011**

**Antwort der Verwaltung vom 07.04.2011 1361/2011**

Ich sehe, es gibt auch dazu keine weiteren Wortmeldungen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen**

Zu Tagesordnungspunkt 5.5:

**5.5 Beteiligung der Stadtgesellschaft an stadtpolitisch bedeutsamen Vorhaben und Intensivierung der Bürgerbeteiligung für das Georgsviertel (ehemaliges Archivgrundstück) 1119/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist gegen diese Anregung? - Wer enthält sich? - Keine

Enthaltungen. Dann ist das mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**6 Ortsrecht**

**6.1 Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

**6.1.1 7. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln; hier: Kleines Dienstsiegel 4992/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keiner ist dagegen, keiner enthält sich. Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.2:

**6.1.2 5. Satzung zur Änderung der Satzung betreffend die Benutzung der Erholungsanlage Fühlinger See 5406/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 6.1.3 ist zurückgezogen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 6.3:

**6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen**

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.1:

**6.3.1 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln 1271/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke AN/0788/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Erhöhung der Jahresgebühren bei der Stadtbibliothek um 62 Prozent ist ein Skandal. Mit 38 Euro liegt Köln mehr als doppelt so hoch

wie Duisburg mit 12 Euro, Düsseldorf mit 16 Euro, Bochum mit 18 Euro. Eine Journalistin wusste, dass man in Berlin nur 10 Euro zahlt. Versteckt in den Extragebühren für Hörbücher, Lernprogramme usw. hat man in Köln schon bislang doppelt so viel gezahlt wie in anderen Städten. Jetzt aber wird die katastrophale Lage der Stadtbibliothek offensichtlich.

Bar jeder Kultur ist diese Tariferhöhung, die nach Aussagen der Verwaltung dazu führt, dass die Stadtbibliothek 10 Prozent ihrer Kunden verlieren wird. Wären Sie, meine Damen und Herren, an Kultur und Bildung interessiert, würden Sie auf diese Gebührenerhöhung verzichten. Dann würde die Stadtbibliothek zu den jetzigen Kunden weitere 10 Prozent dazugewinnen. Auch dies ist eine Aussage der Verwaltung auf unsere Anfrage.

Bar jeder Kultur ist es, die fehlenden 270 000 Euro nicht in die Hand zu nehmen und 20 Prozent mehr Menschen Teilhabe und Bildung zu ermöglichen. Dieses Geld ist im Kulturretat vorhanden. Der Betriebskostenzuschuss an die Bühnen kann um diesen Betrag gesenkt werden, da im Jahresabschluss 2009 2 Millionen Euro nicht ausgegeben wurden.

Bar jeder Kultur ist es, meine Damen und Herren, wenn geringe Investitionsmittel in die Stadtbibliothek fließen. 95 Prozent der Großstädte sind bei den Medien besser ausgestattet als Köln.

Bar jeder Kultur ist Ihre Politik, die Stadtbibliothek unattraktiv zu machen. Von der schwarz-grünen Kürzungsorgie im Jahre 2004 hat sich die Stadtbibliothek nie erholt. Zwar hat Rot-Grün im letzten Haushalt 320 000 Euro zusätzliche Mittel für Medien eingestellt, aber bis heute nicht angewiesen. Nötig wären aber 716 000 Euro, um wenigstens im Mittelfeld vergleichbarer Bibliotheken zu liegen.

Bar jeder Kultur ist Ihr Umgang mit den Beschäftigten. Der Rat beschließt längere Öffnungszeiten in den Stadtebibliotheken; gleichzeitig beschließt die Verwaltung eine Wiederbesetzungssperre. Proteste des Personalrats während der letzten Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur werden schlicht und ergreifend ignoriert. Der Personalrat legt deshalb Veto gegen längere Öffnungszeiten ein, er befürchtet den Verlust qualifizierten Personals. Der Personalrat schreibt in seinem Flugblatt: „Damit sind Schließungen von Bibliotheken zu befürchten.“

Bar jeder Kultur ist Ihre Ignoranz. Wären Sie an Kultur und Bildung interessiert, wäre Köln nicht Schlusslicht bei den Mittelzuschüssen, und dann würden Sie auch erkennen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtbibliothek eine super Arbeit machen, die man unterstützen sollte.

(Beifall bei der Linken)

Die Stadtbibliothek ist eine wichtige Säule für Bildung, Kultur und Teilhabe. Wer nicht liest, der geht auch nicht ins Schauspielhaus.

Warum Sie von der SPD dieses Spiel mitgemacht haben, nachdem die Grünen Sie bei den Kosten für Oper und Schauspielhaus so vorgeführt haben, das habe ich nicht verstanden und das enttäuscht mich. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau von Bülow, bitte.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Detjen, irgendwie beschleicht mich ein Déjà-vu-Gefühl. Wir haben dieses Thema nicht nur im Kulturausschuss, sondern auch im AVR ausführlich beraten. Da kam es zu einem sehr ähnlichen Schlagabtausch. Man kann das so machen, immer mal wieder und immer wieder neu. Aber es gibt weder neue Sachverhalte noch Erkenntnisse, leider auch nicht bei Ihnen. Dabei wäre Zeit gewesen. Das ist schade. Information hätte Ihnen zu dem Punkt nicht geschadet.

So kommt es, dass in Ihrem kleinen Blättchen - ich meine Ihre Zeitung - und auch in Ihrer Rede Hinweise darauf fehlen, wer eigentlich die Gewinner der neuen Bibliotheksgebührenordnung sind. Es fehlt der Hinweis, welche Neuerungen vorgesehen sind. Es fehlt der Hinweis, warum es überhaupt zu einer neuen Gebührenordnung kommt. Es sieht nach Enthüllung aus, es sieht nach Skandal aus; aber es fehlt wie damals schon im AVR auch heute wieder die Hälfte der Wahrheit. Kein Wort über den besseren Service und die erfolgreichen Bildungsprogramme der Stadtbibliothek. Kein Wort über die mehrsprachige Leseförderung, die Projekte mit internationalen Förderklassen und die Halbjahreskarte. All das wird nicht genannt.

Daher noch einmal nur für Sie: Bisher war mit den Bibliotheksgebühren nur das Entleihen von

Büchern abgegolten. Für jedes digitale Medium mussten Extragebühren bezahlt werden.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Das kennen wir ja!)

- Ich habe den Eindruck, nicht. - Nach der neuen Gebührenordnung können diese Medien nicht nur länger als bisher, sondern vor allem kostenlos entliehen werden, und zwar von allen. Somit handelt es sich eigentlich nicht um eine Gebührenerhöhung, sondern eher um eine Gebührenverschiebung. Schon nach der Entleihe von neun Medien hat sich die Erhöhung auch für Vollzahlende neutralisiert.

Wir haben uns in der Fraktion intensiv mit der geplanten Neuordnung auseinandergesetzt und werden ihr zustimmen, wie schon im AVR und im Kulturausschuss. Ausschlaggebend für uns ist die Tatsache, dass die Verwaltung die Erhöhung für Inhaberinnen und Inhaber eines Köln-Passes deutlich gering gehalten hat. Die Preissteigerung für den Personenkreis mit Köln-Pass beträgt lediglich 1,50 Euro im Jahr auf dann 13 Euro. Außerdem ist es für uns wichtig, dass die unter 18-Jährigen weiterhin beitragsfrei bleiben. Gerade für diese beiden Gruppen ist die neue Gebührenordnung ein Gewinn. Alle digitalen Medien - ich habe es schon erwähnt -, für die bislang eine Einzelausleihgebühr zu zahlen war, sind nun in diesem Betrag enthalten.

Die Entleihe wird zudem künftig reibungsloser über Selbstbedienungsapparate möglich sein. Auch ist geplant, eine Rückgabe auch außerhalb der Öffnungszeiten zu ermöglichen. Dies setzt ein einheitliches System voraus und Abbau von Verwaltungsabläufen.

Die Vollzahlerinnen und Vollzahler, die ausschließlich Lesematerial ausleihen - das sind die einzigen Verlierer der neuen Gebührenordnung. Auch das wollen wir nicht verheimlichen, natürlich nicht.

Selbstverständlich wäre es schöner, wenn all dies ohne Gebührenerhöhungen möglich wäre. Das ist klar. Aber mit der Neuregelung und dem sehr moderaten Anstieg des Mitgliedsbeitrags für Köln-Pass-Inhaber bleibt das Bildungsangebot der Stadtbibliothek auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar und wird zudem deutlich ausgebaut. Die neue Ausgestaltung - auch das ist für uns klar - muss haushaltsneutral abgewickelt werden.

Wenn ich den Antrag der Linken richtig analysiere, fällt mir nur ein: Denn sie wissen nicht, was sie tun.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Die Kompensation, die die Linke vorschlägt, ist für uns völlig indiskutabel. Wir können nicht einerseits sagen: keine Gebührenerhöhung, und gleichzeitig den Etat der Bühnen kürzen. Das Thema ist für uns im Augenblick nicht zu diskutieren.

Wir halten die Neuregelung der Gebühren für vertretbar, und zwar genau so, weil wir dann keinem anderen Kulturangebot eine Kürzung zumuten müssen. Daher stimmen wir der Vorlage zu, nicht aber dem Antrag der Linken. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau von Bülow. - Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

**Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, ich will an den Beitrag von Frau von Bülow anknüpfen. Auch ich wundere mich, dass Sie die guten Leistungen, die die Stadtbibliothek für die Kölnerinnen und Kölner erbringt, schlechtreden und sie hier sogar als unattraktiv bezeichnen. Mit Ihrem permanenten Aufzeigen von Defiziten im Vergleich zu anderen Städten, erweisen Sie aus meiner Sicht dieser wichtigen Kultur- und Bildungsinstitution der Stadt einen Bärendienst; denn Sie befördern damit ein schlechtes Image, das der Stadtbibliothek mit ihrem breiten Leistungsspektrum, das sie zweifellos hat, ihrer sehr guten Arbeit und ihren engagierten Mitarbeitern wahrlich nicht gerecht wird.

Ich ärgere mich auch - das muss ich sagen -, dass Sie die ausführliche Debatte, die wir bereits im Kulturausschuss geführt haben, in Ihrer Zeitschrift als „einfaches Durchwinken“ bezeichnen. Das ist nicht richtig. Wir haben lange und ausführlich im Kulturausschuss darüber gesprochen und auch nicht die Einlassungen des Personalrats ignoriert, wie Sie gerade gesagt haben.

Nun zur Vorlage an sich. Die Stadtbibliothek plant zum Sommer eine neue Entgeltordnung. Die Neuregelung beinhaltet insbesondere den Verzicht auf die nicht mehr zeitgemäßen Einzelausleihentgelte. Die Sondergebühr für elektronische Medien fällt weg. Eine Flatrate kommt. Sie schafft mehr Kundenfreundlichkeit - das muss man auch einmal hervorheben - und bringt gleichzeitig auch Entlastungen für das Personal mit sich.

Wir von der SPD halten diese neue Flatrate für zeitgemäß. Für Vielnutzer wird die Gebühr sogar günstiger. Es wird faktisch, wenn man so will, eine Gerechtigkeit zwischen den Ausleihern von Büchern und denen von digitalen Medien, sogenannten Non-Books wie DVDs, CD-ROMs etc., hergestellt. Bisher mussten nämlich - Frau von Bülow hat es auch schon gesagt - die Entleiher von Büchern keine weitere Gebühr zahlen, während die Entleiher von neuen Medien 1,80 Euro pro Ausleihe bezahlen mussten. Bereits nach der Ausleihe von neun CDs profitieren also die Mitglieder von der neuen Regelung. Das ist eine deutliche Verbesserung; denn mit der Flatrate können sie nun eine unbegrenzte Medienzahl zum Festpreis ausleihen.

Meine Damen und Herren, heute sind 70 Prozent der Nutzer unter 40 Jahre alt. Für sie ist die Nutzung aller Medienformen heute selbstverständlich. Es ist für sie unverständlich, warum man für ein Hörbuch oder eine CD extra bezahlen muss, dasselbe Werk in gedruckter Form aber in der Jahreskarte enthalten ist.

Wichtig ist uns auch, dass Kinder und Jugendliche, die immerhin 40 Prozent der Nutzer ausmachen und durch Lesen an Kultur und Bildung herangeführt werden, weiterhin alle Angebote kostenfrei nutzen können. Das niedrigschwellige Angebot der Stadtbibliothek mit einer Auswahl von immerhin 175.000 Medien bleibt für sie kostenlos.

Für Erwachsene wird der neue Beitrag 38 Euro jährlich betragen. Das entspricht einer monatlichen Belastung von 3,60 Euro. Dies halten wir für angemessen. Schüler, Studenten und Azubis zahlen 28 Euro, also 2,33 Euro monatlich. Wie gesagt, für Mitglieder bis zum 18. Lebensjahr bleibt es kostenfrei. Der Unterschied zwischen der bisherigen Jahresgebühr und der Flatrate entspricht in etwa einem Kinobesuch. Dafür gibt es in der Stadtbibliothek fast 30 000 DVDs für das Heimkino zur Auswahl.

Auch für die „Nur-Buch-Nutzer“ ist der Mehraufwand aus unserer Sicht überschaubar. Er entspricht in etwa dem Kaufpreis eines Buches oder nicht einmal zweier Taschenbücher pro Jahr.

Ebenfalls sehr wichtig ist uns, dass Köln-Pass-Inhaber nur 13 Euro jährlich zahlen müssen, was einer Steigerung von 1,50 Euro, wohlgerne für ein ganzes Jahr, entspricht.

In Anbetracht unserer immer noch schwierigen Haushaltssituation - das dürfen wir nicht vergessen, auch wenn wir immer mal wieder von steigenden Einnahmen hören ist ein weiterer Faktor von großer Bedeutung, nämlich: Die Änderung der Entgeltstruktur ist haushaltsneutral. Der Zuschuss muss nicht erhöht werden.

Herr Detjen, auch wir sind an Kultur und Bildung interessiert. Wir halten den von der Stadtbibliothek eingeschlagenen Weg für ausgewogen und richtig. Deshalb werden wir der Vorlage zustimmen und Ihren Änderungsantrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Herr Dr. Elster.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion teilt das Erstaunen über die Linke, das schon die beiden Vorrednerinnen zum Ausdruck gebracht haben. Daran zeigt sich, dass diese Partei wirklich jedes Thema missbraucht und instrumentalisiert wird. Wirklich jedes Thema! Hier gibt es eine Verbesserung für die Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek. Die Stadtbibliothek kommt mit der Verwaltungsvorlage, die wirklich total klasse ist, im 21. Jahrhundert an. Obwohl also die Verwaltung hier viel Innovatives auf den Weg bringt, wird von der Linken wieder das Haar in der Suppe gesucht. Es werden die Massen mobilisiert und instrumentalisiert. Herr Detjen, damit haben Sie sich jetzt wirklich nachhaltig disqualifiziert, und das nicht zum ersten Mal heute Abend.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Dr. Elster. - Herr Görzel, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Görzel, da war schon wieder „nachhaltig“! Haben Sie es gezählt? - Gegenruf von Volker Görzel [FDP]: Ja, zum 14. Mal!)

**Volker Görzel (FDP):** Ja, das ist er, der Robin Hood der Leseratten: Herr Detjen. Zumindest spielt er sich als solcher auf. In Wahrheit wird hier aber etwas ganz anderes gespielt, nämlich das Ausspielen der einen Kulturpartie gegen die andere Kulturpartie. Herr Detjen, damit werden Sie keinen Erfolg haben.

Frau von Bülow hat schon angesprochen, dass man es sich ein bisschen zu einfach macht, wenn man die Bühnen in Haftung nehmen will und damit an anderer Stelle ein Defizit verursacht. Mit Verlaub, Herr Detjen, hieran wird wieder die Linie deutlich, die Sie schon in der Operndebatte vertreten haben. Sie haben einfach kein Verständnis dafür, dass es in Köln auch eine Hochkultur geben muss, und nutzen jede Gelegenheit, gegen diese auszuteilen.

(Beifall bei der FDP)

Darin besteht der eigentliche Skandal und nicht, dass eine Gebührenerhöhung erfolgt, wie Sie es hier skandalisieren wollen.

Ich gebe für meine Fraktion zu: Auch für uns war die Gebührenerhöhung auf den ersten Blick ein Ärgernis - wenn es sie denn gäbe. Wenn man sich nämlich etwas länger mit der Vorlage beschäftigt, stellt man fest, dass es überhaupt keine Gebührenerhöhung ist, ganz im Gegenteil: Es hängt vom individuellen Verhalten jedes Nutzers ab, ob es eine Gebührensenkung oder eine Gebührenerhöhung ist. Und weil es vom individuellen Konsum bzw. von der Nutzung der Bücher und elektronischen Medien abhängt, gilt hier die Regelung: Je mehr Medien gelesen werden, je mehr Bildung entsteht - Herr Detjen! -, desto preiswerter ist die Nutzung für den Einzelnen.

Der Robin Hood der Leseratten will uns weismachen, es handle sich hierbei um eine soziale Schandtat. Schauen wir uns doch einmal genauer an, welche sozialen Wohltaten diese durchaus durchdachte neue Vorlage beinhaltet. Sie beinhaltet nämlich gerade für die Schwächsten unserer Gesellschaft, die normalerweise von Ihnen, Herr Detjen, immer protegiert werden, maßgebliche Verbesserungen. An dieser Stelle sei einzig und allein die Halbjahresmitgliedschaft erwähnt, die preiswerter ist als eine Ganzjahresmitgliedschaft.

Derjenige, der nur ein vorübergehendes Interesse oder, wie es in der Vorlage heißt, ein „Schnupperinteresse“ hat, kommt jetzt nämlich billiger weg als bei einer Jahresmitgliedschaft.

(Beifall bei der FDP)

Mit anderen Worten: Herr Detjen verteilt hier soziale Wohltaten, die keiner braucht, die keiner will und die auch keiner bezahlen kann. Der Ergänzungs- bzw. Änderungsantrag der Linken ist daher überflüssig.

Wir unterstützen die Vorlage, weil sie nicht nur innovativ, sondern auch nachhaltig ist. - Jetzt fällt dieses Wort zum 15. Mal. Sie haben ja mitgezählt, Herr Kollege Börschel; anscheinend sind Sie auch unterbeschäftigt.

(Martin Börschel [SPD]: Ich habe Sie nur darauf hingewiesen! Sie zählen ja für mich!)

- Wunderbar. Aber ich habe einen Zählautomat, eine Zähl-App - können Sie sich bei Google runterladen.

Noch ein abschließendes Wort: Die Leitung der Bibliothek hat sich erkennbar Mühe gemacht, hier eine ausgewogene, ausbalancierte Vorlage und ein neues Konzept zu erstellen. Ich denke, das ist ihr gelungen. In diesem Sinne bedanken wir uns als FDP-Fraktion dafür ganz herzlich und wünschen der Bibliothek viel Erfolg und viele Nutzer. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Görzel. - Herr Detjen noch einmal.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Liebe Kollegen von der FDP, ich sehe unsere Fraktion in der Rolle der Opposition, und da legt man den Finger in die Wunde. Das haben Sie leider verpasst.

(Lachen bei der FDP)

Das ist der Vorgang: Sie waren gegen jede Steuererhöhung. Sie werden nachher auch gegen die Erhöhung der Parkgebühren stimmen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das sind aber keine Steuern!)

Diese sollen ja um 20 Prozent erhöht werden. Ich bin ganz sicher, dass Sie auf jeden Fall dagegen stimmen.

(Zurufe von der FDP)

Sehen Sie! Aber bei einer Gebührenerhöhung um 62 Prozent stimmen sie nicht dagegen. Deshalb sage ich: Die Rolle, die Sie als Opposition spielen sollten, haben Sie bei diesem Tagesordnungspunkt vergessen. Das dazu.

Meine Damen und Herren, man wird doch noch einmal fragen dürfen, wen diese Gebührenerhöhung trifft. Natürlich haben Sie recht, Frau von Bülow, dass derjenige, der nur CDs ausleiht - bislang mussten dafür 1,80 Euro pro Stück entrichtet werden -, besser wekommt, gar keine Frage. Es gibt aber auch Seniorinnen und Senioren, die nur Bücher ausleihen, und diese müssen deutlich mehr bezahlen. Das ist doch ganz klar. Das ist doch das Rechenbeispiel, das wir hier angesprochen haben.

Meine Damen und Herren, warum antworten Sie eigentlich nicht auf meine These und erklären, warum in anderen Städten die Ausweisgebühren deutlich niedriger sind? Ich habe doch Beispiele genannt; sie wurden übrigens auch im *Stadt-Anzeiger* veröffentlicht. Dazu schweigen Sie einfach, dazu sagen Sie überhaupt gar nichts.

Ich möchte noch auf Folgendes hinweisen: Hier wird ja immer kolportiert, dass die Kostenbefreiung für Kölner Kinder und Jugendliche ja so toll sei. Ich kann Ihnen nur sagen: Bremen ist frei, Dortmund ist frei, Düsseldorf ist frei, Frankfurt ist frei, Köln ist frei, München ist frei, Nürnberg ist frei, und Stuttgart ist frei. Das ist überhaupt nichts Besonderes, sondern das ist Normalität.

Mich ärgert, dass Sie das Problem aussitzen wollen. Andere Städte wirtschaften mit ihren Stadtbibliotheken ganz anders als wir mit unserer. Und daran mache ich meine Kritik fest. Das ist ein hausgemachtes Problem. Daran hat nicht etwa die Stadtbibliothek schuld, sondern daran hat die Politik schuld, und zwar beginnend mit dem Jahr 2004, als Schwarz-Grün der Stadtbibliothek die Mittel gekürzt hat. Damit haben die Probleme angefangen.

Wir müssen in die Stadtbibliothek investieren. Ich hoffe, dass es schon bei den nächsten Haushaltsberatungen zu einer entsprechenden Änderung kommen wird. Ich glaube fest daran. Denn das, was Sie da veranstaltet haben, war schon ziemlich ärglich. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Wir haben vorhin schon feststellen können, dass bei der FDP der Pro-Köln-Effekt gewirkt hat. Jetzt können wir das sogar bei der Linksfraktion feststellen, mit der wir im Normalfall wenig Überschneidungen haben. Aber wenn Herr Detjen schon einmal recht hat, dann hat er recht. Anscheinend hat er unsere Fraktionszeitung, die letzte Woche an 50 000 Haushalte in Köln verschickt und verteilt wurde, sehr genau studiert. Darin hat die Fraktion pro Köln die Gebührenabzocke auf breiter Front in Köln im Detail angesprochen, darunter auch die jetzt diskutierte. Herr Detjen hat sich sehr lernfähig gezeigt. In dieser Sache hat er recht. Der Pro-Köln-Effekt schlägt heute ein zweites Mal zu. Wir stehen hier an der Seite der Bürger und gegen eine weitere Gebührenabzocke. - Vielen Dank.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über die Vorlage 6.3.1 abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Linke und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

#### **6.3.2 Neufassung der Wahlordnung für die Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 4033/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keiner. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.3:

**6.3.3 Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2011 vom 25.11.2010 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen  
0447/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Linke. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch das mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.4:

**6.3.4 Erweiterung des Sperrbezirkes im Kölner Süden  
0674/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion  
AN/0781/2011**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln und des Ratsmitglieds Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)  
AN/0786/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es scheint heute einer der besseren parlamentarischen Tage zu sein, wenn ich einmal von den Ausführungen von Herrn Uckermann und Herrn Ludwig absehe;

(Beifall bei der CDU)

denn wir wollen heute schon zum dritten Mal einen Viererantrag beschließen, bei dem es ausschließlich um das Wohl der Bürger geht. Angesichts der bestehenden Probleme im Kölner Süden werden wir zum Wohle der dort betroffenen Bürgerinnen und Bürger Maßnahmen beschließen, die wir gemeinsam erarbeitet haben. Ich begrüße das ausdrücklich an dieser Stelle und danke sehr herzlich für die engagierte Mitarbeit an dem von meiner Fraktion initiierten Runden Tisch zu ebendiesem Thema. Mehrere Fraktionen haben dort konstruktiv mitgewirkt. Wir haben uns abgestimmt und einen gemeinsamen Antrag beschlossen. Wie ich höre, haben auch die Linke und Herr Zimmermann einen wortgleichen Antrag zu diesem Thema gestellt.

Meine Damen und Herren, die Prostitution wird gerne als „das älteste Gewerbe der Welt“ bezeichnet. In Deutschland ist sie seit 2001 nicht mehr strafbedroht. Man wollte damals nicht nur die Prostitution aus der Schmutzlecke herausholen und Sex gegen Geld nicht mehr verteufeln, sondern auch den Prostituierten mehr Rechte einräumen. Dagegen war und ist nichts einzuwenden, wohl aber die Entwicklungen im Kölner Süden, wo die Prostitution inzwischen bis in die Wohngebiete hineingeht.

Seit der EU-Osterweiterung und seit Inkrafttreten des Bonner Sperrbezirks - Dortmund erlebt übrigens gerade genau dasselbe; dort wurde ein ganzer Stadtbezirk zum Sperrbezirk erklärt mit der Folge, dass sich das Problem jetzt wahrscheinlich nach Gelsenkirchen verlagert - stellen die betroffenen Bürger, die Polizei und das Ordnungsamt deutlich gestiegene Zahlen der Prostitution in Meschenich, im Bereich der Brühler Landstraße und auf dem Privatgelände der Bundeswehr - Sie kennen diese Spange - fest. Immer öfter kommt es zu massiven Belästigungen der Anwohnerinnen und Anwohner durch die Anbahnung und Verrichtung sexueller Dienstleistungen, die dadurch erheblich beeinträchtigt werden.

Es kann nicht sein, dass es zum Alltag von Frauen und jungen Mädchen gehört, von Freiern vor ihrer Haustür belästigt zu werden, weil sie fälschlicherweise für Prostituierte gehalten werden.

Es darf nicht sein, dass auf einem Supermarktparkplatz, wo Familien zum Einkauf hinkommen, gleichzeitig sexuelle Leistungen angeboten werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Bürgerinnen und Bürger in Meschenich Tag für Tag schmierige Taschentücher oder Kondome aus ihren Hauseingängen aufsammeln und entfernen müssen.

Es ist auch nicht länger tolerierbar, dass ein im Eigentum der Bundeswehr befindliches Grundstück dauerhaft als Abstellplatz für bis zu 40 Wohnwagen genutzt wird und dass Spaziergänger und Jugendliche mit den dort stattfindenden sexuellen Handlungen konfrontiert werden.

Wir müssen weiterhin sehr frühzeitig gegen die sich entwickelnde, milieutypische Kriminalität vorgehen. Nach vielen intensiven Beratungen in der Bürgerschaft, aber auch mit Polizei und Ordnungsamt wird der Rat gleich mit großer

Mehrheit eine großflächige Erweiterung des Sperrbezirks beschließen. Da wir nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip verfahren wollen, werden wir gleichzeitig die Verwaltung auffordern, ein Konzept zu entwickeln, das Verdrängungseffekten durch die Sperrbezirksverordnung entgegenwirkt und bei der Prüfung von alternativen Standorten hohe Anforderungen an deren Eignung stellt.

Meine Damen und Herren, solange für das Angebot von Prostituierten eine hohe Nachfrage besteht, werden wir die Prostitution nicht aus Köln verdrängen können. Wir werden und wir müssen aber alles daransetzen - da sind sich die antragstellenden Fraktionen sehr einig -, dass neben den Belangen des Jugendschutzes und des Landschaftsschutzes sowie den sozial- und gesundheitspolitischen Aspekte der Betroffenen auch die berechtigten Belange der Anwohner berücksichtigt werden müssen.

Mit dem Beschluss des Rates, den Sperrbezirk zu erweitern, ist ein erster wichtiger Schritt getan. Wir möchten, dass nach sechs bis neun Monaten eine Evaluation gemacht wird, die aufzeigen soll, ob nachgebessert werden muss oder ob die Maßnahmen so ausreichen. Ich bin sehr dankbar, dass auch Herr Stadtdirektor Kahlen zugesagt hat, das mit großer Ernsthaftigkeit zu tun.

Die Politik legt mit diesem Ratsbeschluss die notwendigen rechtlichen Grundlagen. Nun sind in einem nächsten Schritt Polizei und Ordnungsamt gefordert, die Einhaltung der neuen Sperrbezirksverordnung zu kontrollieren und bei Verstößen konsequent durchzugreifen. Ein Beirat, dem auch Mitglieder dieses Rates angehören werden, wird die Auswirkungen der neuen Sperrbezirksverordnung genau beobachten.

Die Polizei hat Hinweise darauf, dass viele der Frauen dort nicht freiwillig als Prostituierte arbeiten und sich Organisierte Kriminalität anbahnen könnte. Davor müssen wir die Frauen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger schützen. Ich erinnere den Polizeipräsidenten an sein Versprechen, Köln sicherer zu machen. Die Politik, der Rat, hat ihm nun alles an die Hand gegeben, was er braucht, um im Kölner Süden tätig zu werden. Er muss nun aber endlich aktiv werden und handeln. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Granitzka. - Frau Mucuk-Edis, bitte.

**Gonca Mucuk-Edis (SPD):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Herr Granitzka hat sehr vieles von dem, was ich sagen wollte, bereits vorweggenommen. Ich glaube, bei diesem Thema besteht interfraktionell Einigkeit. Auch ich will Ihnen darlegen, warum dort so dringend Handlungsbedarf besteht, wähle aber eine andere Perspektive.

Bereits im November letzten Jahres haben wir als Ortsverein eine Bürgerversammlung vor Ort zu diesem Thema durchgeführt. Wir wussten zwar, dass das Thema interessant und relevant in diesem Stadtbezirk sein dürfte, haben aber nicht damit gerechnet, dass so viele Bürgerinnen und Bürger zu unserer Veranstaltung kommen würden, bei der auch Vertreter von der Polizei, dem Ordnungsamt und dem SkF zugegen waren, um das Thema ganzheitlich zu beleuchten und zu diskutieren. Das Interesse war außerordentlich groß, sodass die Gaststätte, die wir angemietet hatten, förmlich aus allen Nähten geplatzt ist. Obwohl es keine Sitzplätze gab, sind die Bürgerinnen und Bürger dort geblieben und haben diskutiert.

Im Verlauf der Diskussion wurde allen klar, dass es eben nicht ausreicht, den Sperrbezirk auszuweiten, weil es dort wahrscheinlich zu Verdrängungseffekten käme, wie es ja auch in Bonn geschehen ist, sondern dass man an einer ganzheitlichen Lösung arbeiten muss. Das Konzept, das uns die Verwaltung nun vorgelegt hat, ist ein solches ganzheitlich gedachtes Konzept. Einschließlich der von den vier großen Fraktionen eingebrachten Änderungsvorschläge ist es ein rundes, ein gutes Konzept.

Bei aller Notwendigkeit, gegen Zuwiderhandlungen ordnungsrechtlich vorzugehen, dürfen wir aber nicht die Frauen, die vor Ort anschaffen müssen oder freiwillig dort arbeiten, aus dem Blick verlieren. Mir als Frau ist es vor allem wichtig, dass wir uns auch die Freier vornöpfen und überlegen, wie die Freier bestraft werden können, wenn sie sich nicht an die Verordnung halten.

Ich freue mich, dass wir heute diesen großen gemeinsamen Antrag verabschieden können und dürfen. Denn es brennt. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort spüren den Handlungsbedarf jeden Tag. Es ist dort ein sehr großer Druck vorhanden. Deshalb ist es schön, nach der

heutigen Sitzung der Presse mitteilen zu können - diese wird es dann an die Bürgerinnen und Bürgern weitergeben -, dass dieser Rat einen Beschluss gefasst hat, der zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön. - Herr Wolter, bitte.

**Andreas Wolter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Granitzka hat eben sinngemäß gesagt: Solange es Männer gibt, die käuflichen Sex nachfragen, wird es Prostitution und damit auch Straßenprostitution geben. Es ist einfach ein Trugschluss, zu glauben, dass man mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen allein den negativen Begleiterscheinungen Herr werden kann.

Wir sind uns in den demokratischen Fraktionen einig, dass Straßenprostitution in Wohngebieten, an Sportstätten oder auch auf Parkplätzen von Supermärkten nicht geduldet werden kann. Deshalb ist die Ausweisung eines entsprechenden Gebietes in der Ortslage Meschenich zum Beispiel allgemeiner Konsens. Die Fraktionen sind sich aber auch einig darin, dass wir allein mit der Ausweisung eines Sperrbezirks entlang des Militärrings, angefangen von Müngersdorf bis unten an den Rhein, den aus der Straßenprostitution resultierenden Problemen nicht gerecht werden.

Erstens wird es dann an anderen Stellen der Stadt zu Problemen kommen, weil wegen der Verdrängung neue Standorte gesucht und auch gefunden werden. Wir gehen davon aus, dass der Standort an der Straße entlang des Güterverkehrszentrums Eifeltor, an der Straßenprostitution weiterhin geduldet wird, die Anzahl der Wohnwagen nicht aufnehmen kann. Wir befürchten deshalb, dass die Prostitution durch eine unkontrollierte Verdrängung in die Wohngebiete getragen und dort zu mehr Problemen führen wird, als mit der Sperrbezirksverordnung gelöst werden. Wir gehen davon aus, dass sich viele von den in Meschenich wohnhaften drogenabhängigen Prostituierten nicht ohne Weiteres aus dem Kölner Süden verdrängen lassen. Auch das müssen wir berücksichtigen.

Zweitens sind wir der Meinung, dass Verwaltung, Rat, Bezirksvertretungen und nicht zuletzt auch die Nachbarkommunen ein Konzept entwickeln müssen, das den Verdrängungseffekten - Sie haben es eben auch betont, Herr Granitzka - dieser Verordnung entgegenwirkt und mehr Energie auf die Ausweisung eines Standortes verwendet wird, an dem die Straßenprostitution geduldet wird, damit sie auch für die Ordnungsbehörden besser kontrollierbar bleibt. Nur so kann einer Verdrängung der Frauen in die Illegalität entgegengewirkt werden, damit sie nicht für die gesundheitlichen und sozialen Dienste außer Reichweite geraten.

Mit rein ordnungsrechtlichen Verfügungen werden die Probleme der Zuhälterei, die damit einhergehende Bandenkriminalität, die es ja gerade im Kölner Süden gibt, und nicht zuletzt die Ausbeutung der Frauen, die meist aus Süd- und Osteuropa stammen, aber nicht gelöst werden können. Herr Granitzka, auch das haben Sie angesprochen. Im Gegenteil: Wer nach dem Sankt-Florians-Prinzip die Prostitution in dunkle Ecken der Stadt verdrängen will, schafft genau den Raum, wo illegale und kriminelle Machenschaften von Banden auf fruchtbaren Boden fallen. Das wollen wir verhindern.

Jahrelang war die Stadt Köln froh, dass die Bundeswehr auf ihrem Gelände nicht gegen die Prostitution vorging. Das vorliegende Ultimatum der Bundeswehr, die Wohnwagen zum 1. Mai von ihrem Gelände entfernen zu lassen, hat für Zeitnot gesorgt.

Mit dem vorliegenden Ergänzungsantrag beauftragen wir die Verwaltung, den Gremien des Rates bis zum Jahresende Lösungsvorschläge hinsichtlich Konzeption und Standortfrage vorzulegen. In diesem Zusammenhang halten wir es für nötig, den Handlungsbedarf, der über die bisherigen gesundheitlichen und sozialen Angebote für die Prostituierten hinausgeht, zu ermitteln. Wir setzen weiterhin auf die gute und verlässliche Arbeit des Gesundheitsamtes, des Sozialdienstes katholischer Frauen und von Vision e. V.

Zum Schluss möchte ich mich auch bei den Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Linken bedanken, dass eine parteiübergreifende Zusammenarbeit dazu geführt hat, dass dieses Thema nicht zum Gegenstand eines öffentlichen Gezänks geworden ist. Ich bin froh, dass wir einen Antrag entwickelt haben, der konsensfähig ist. Aber wie so oft im Leben ist es auch hier so, dass der schwierige Teil der Arbeit noch vor uns

liegt. Auch hier setzen wir auf einen breiten Konsens der Demokraten und die Zusammenarbeit mit den Dezernenten Kahlen und Reker. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön. - Frau Hoyer, bitte.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das Thema Prostitution ist sicherlich auch deshalb ein schwieriges Thema, weil dabei immer auch eigene Moral- und Wertvorstellungen eine Rolle spielen. Ich möchte auf etwas eingehen, was Frau Mucuk eben angesprochen hat. Sie hat betont, dass ihr als Frau gerade die Frauen wichtig sind. Dass auch mir das wichtig ist, werden Sie in meiner Rede gleich deutlich zu hören bekommen. Aber Ihrer Einlassung, die Freier bestrafen zu wollen, kann ich nicht folgen. Prostitution mag der eine mehr und der andere weniger nutzen, aber über Bestrafungen von Freiern sollten wir hier jetzt nicht sprechen. Vielleicht war es aber einfach nur die falsche Wortwahl.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ob es uns passt oder nicht: Prostitution ist ein Phänomen, das in jeder Gesellschaft anzutreffen ist, offen oder heimlich. Uns Liberalen geht es darum, im Interesse der Anwohner und Anwohnerinnen und im Interesse der betroffenen Frauen die Straßenprostitution in erträgliche und vor allem auch in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Wenn wir dies erreichen wollen, stehen wir vor zwei zentralen Herausforderungen:

Erstens. Polizei und städtische Behörden müssen den Schutz der Öffentlichkeit, hier insbesondere den Schutz der Jugendlichen und der Kinder, vor Kriminalität und unzumutbaren Beeinträchtigungen gewährleisten.

Zweitens. Eine sozial ausgewogene Politik muss die betroffenen Frauen und deren besondere Notsituation berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag, der, wie ich finde, in guter Weise die Beschlussvorlage ergänzt. Ich muss auch sagen:

Das war notwendig. Ohne den Änderungsantrag hätten wir sehr wahrscheinlich der Beschlussvorlage nicht zustimmen können.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Deswegen werden wir diesen Änderungsantrag, der mit den anderen Fraktionen in wirklich guter Zusammenarbeit entstanden ist, nachträglich unterstützen, weil er den beiden Aspekten, die ich eben aufgeführt habe, Rechnung trägt.

Dem Thema Prostitution kann man nicht allein - auch das ist schon gesagt worden - mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie der Einrichtung von Sperrbezirken begegnen. Dies führt meist nur zu Verdrängung. Den Beweis für die Richtigkeit dieser These liefert die Beschlussvorlage ja selbst. Unter dem Stichwort „Historie“ ist dort aufgeführt, dass 1998 in der Kölner Innenstadt ein Sperrbezirk errichtet worden ist. Wie ging es denn weiter? Es gab den Sperrbezirk, und es gab die Verdrängung hin in Richtung Höningen. Was war die Reaktion? Im Jahr 2000 ein Sperrbezirk in Höningen. Auch dort gab es dann eine Verlagerung hin zum Kalscheurer Weiher. Was war die Reaktion? Sperrbezirk im Jahr 2005. Wenn wir so weitermachen, meine Damen und Herren, heißt es eines Tages: Ganz Köln ist ein Sperrbezirk. Das ist gewiss keine Lösung.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, der Kreislauf der ständigen Ausweitung der Sperrbezirke ist nur einmal erfolgreich durchbrochen worden, und zwar mit der Ausweisung Geestemünder Straße.

(Beifall bei der FDP)

Hierdurch konnte der illegale Drogenstrich am Reichensperger Platz aufgelöst werden. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf dieses Modell verweisen, nicht zuletzt, weil es von der FDP initiiert worden ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? Das ist Geschichtsklitterung!)

Mit diesem innovativen Ansatz ist es 2001 gelungen, dem Problem von Straßenprostitution nachhaltig - ich sage jetzt auch einmal dieses Wort - zu begegnen. Wurde 2001 diesem Ansatz noch mit großer Skepsis begegnet, wird es heute vom Leiter des Ordnungsamtes als Erfolgsmodell bezeichnet.

Nach den positiven Erfahrungen mit der Geestemünder Straße ist es selbstverständlich, auch im Kölner Süden über alternative Standorte nachzudenken. Ich freue mich, dass es gelungen ist, diese Formulierung parteiübergreifend in den Änderungsantrag zu schreiben. Jetzt gilt es, die Verwaltung - hier spreche ich den Oberstadtdirektor an -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] Oberstadtdirektor? Das haben wir Gott sei Dank überstanden!)

- Entschuldigung, lieber Herr Kahlen, ich spreche jetzt ausdrücklich Sie an - bei der Suche nach diesem Standort nachdrücklich zu unterstützen, damit dieser politische Wille auch Realität wird.

Meine Damen und Herren, eine große Bitte: Vergessen wir bei all unseren Diskussionen über Straßenprostitution und Sperrbezirke niemals die betroffenen Frauen. Wer die Situation im Kölner Süden kennt, weiß, dass es sich hier nicht um eine homogene Gruppe von Prostituierten handelt. Da gibt es die drogenabhängigen Frauen und es gibt die Frauen aus Osteuropa, die allein aufgrund der unterschiedlichen Sprachen nur schwer zu erreichen sind. So unterschiedlich die Lebenssituationen dieser Frauen sind, so unterschiedlich müssen auch die Hilfeangebote sein. Die individuellen Angebote müssen sowohl der physischen als auch der psychischen Verfassung der Frauen entsprechen. In diesem Bereich sind bereits Vision e. V., Gesundheitsamt sowie der Sozialdienst katholischer Frauen tätig. Sie sind für die Frauen die Ansprechpartner vor Ort. Politik tut gut daran, auf die Meinung dieser Träger und Institutionen zu hören und deren Erfahrungen mit in die Beratungen des Beirates einfließen zu lassen.

Meine Damen und Herren, der heute zu fassende Beschluss ist ein erster Schritt. Erliegen wir aber damit nicht der Hoffnung, dass damit das Thema Straßenprostitution ad acta gelegt werden kann. Wir befinden uns auf einem Weg, an dem wir immer überprüfen müssen, ob wir die zentralen Koordinaten, nämlich Schutz der Bürger sowie Unterstützung der betroffenen Frauen, erreichen werden. Falls nicht, müssen wir entsprechend nachsteuern. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Hoyer. - Herr Detjen.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Ich möchte mich zuerst bei Herrn Granitzka bedanken, der die Diskussion im Arbeitskreis moderiert hat. Man kann, glaube ich, schon jetzt sagen: Wir sollten diese Zusammenarbeit fortsetzen. Wir werden auch immer wieder den Oberstadtdirektor einladen, wenn wir dieses Thema diskutieren.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kahlen, über Ihre erste Vorlage waren wir schon sehr erschrocken. Aber das hat sich dann durch die Einrichtung dieses parteiübergreifenden Arbeitskreises zum Positiven gewendet. Man muss in diesem Zusammenhang aber auch einmal ganz klar sagen, Herr Granitzka, dass diejenigen, die da zusammengekommen sind, verschiedene Interessen im Blick hatten. Wir haben auf einem ähnlichen Niveau diskutiert - das ist sowieso klar -, aber das Thema wurde aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Frau Hoyer hat mir zum Beispiel mit ihrem Redebeitrag aus dem Herzen gesprochen, weil sie auch auf die soziale Lage dieser Frauen eingegangen ist. Sie, Herr Granitzka, haben einen anderen Aspekt dargestellt; das ist auch okay. All das sind Gesichtspunkte, die in der Diskussion eine Rolle spielen müssen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir die Diskussion zu diesem Thema fortsetzen sollten. Das wäre uns sehr wichtig. Wir hatten anfangs gesagt, wir können der Vorlage so nicht zustimmen, weil darin die soziale Lage dieser Frauen überhaupt nicht - null! - berücksichtigt wurde. Das geht einfach nicht. Gerade das muss in der Betrachtung und Diskussion eine große Rolle spielen. Der SkF hat mitdiskutiert, das Gesundheitsamt hat mitdiskutiert. Es war wichtig, dass wir von dieser Seite Argumente und Anregungen bekommen haben.

Nun müssen wir prüfen, welcher Ersatzstandort infrage kommen kann. Dass das komplizierter als in Longerich wird, ist gar keine Frage. Aber wir müssen einen Weg finden. Wahrscheinlich wird es dazu wieder unterschiedliche Meinungen geben. Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Diskussionsprozess fortsetzen, damit wir einen Ersatzstandort zu finden, der wirklich geeignet ist. Wie man diesen dann

ausstattet, das müssen wir dann noch einmal diskutieren. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Der Änderungsantrag der Linken hat sich damit erledigt.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Der war wortgleich!)

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.5:

**6.3.5 Einstweilige Sicherstellung des geplanten Naturdenkmals "Mittelterrassenkante in Müngersdorf" 0031/2011**

Abstimmung wie Anlage 6. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Ergänzung!)

- Mit Ergänzung. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das mit der Ergänzung einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.6:

**6.3.6 Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Köln (Parkgebührenordnung) 5016/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/0451/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Wir haben einen Änderungsantrag gestellt!)

Frau Kirchmeyer.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Frau Bürgermeisterin! Kollegen und Kolleginnen! Ich stehe hier heute stellvertretend für eine Mehrheit von Kölnerinnen und Kölnern und vor allen Dingen für unsere Kolleginnen und Kollegen aus vielen Bezirksvertretungen. Die Beschlüsse, die sie sowohl in der letzten Legislaturperiode als auch in den letzten Wochen zur sogenannten „Brötchentaste“ - das heißt: eine Viertelstunde kostenfreies Parken - gefasst haben, wurden seitens der Verwaltung schlichtweg missachtet. Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage 5016/2010, Seite 5, nur folgenden lapidaren Satz dafür übrig - ich zitiere -:

In der gegenwärtigen Haushaltslage können die Mindereinnahmen für die Regelung des 15 Minuten freien Parkens nicht vertreten werden. Daher konnte diese Möglichkeit in der nunmehr vorgelegten Gebührenordnung nicht aufgenommen werden.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen: Wo bleibt denn da der politische Wille der Mehrheiten, mit denen die Bezirksvertretungen für das 15-minütige kostenfreie Parken votiert haben?

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale stellen uns vor die Bürgerinnen und Bürger und den politischen Willen der Mehrheit der Bezirksvertretungen und haben deshalb den Antrag zur Einführung einer „Brötchentaste“ in allen Bezirkszentren hier heute erneut eingebracht.

Wir kritisieren die weitere Gebührenerhöhung, wie sie die heutige Verwaltungsvorlage vorsieht, auf das Schärfste. Sie belastet nicht nur die Kölnerinnen und Kölner, sondern auch für die Besucher unserer Heimatstadt, ganz zu schweigen von den negativen Auswirkungen auf die Geschäfte für den täglichen Bedarf vor Ort. Es entfällt der Anreiz, in den Stadtteilzentren einzukaufen, wenn die Parkgebühren als völlig überzogen empfunden werden. Die Argumentation in der Vorlage, man solle die vorhandenen Parkhäuser nutzen, ist mehr als fragwürdig. Wo ist bitte schön ist denn ein Parkhaus an der Dürener Straße oder am Höniger Weg?

Uns wurde von der Verwaltung ein umfangreiches Einzelhandels- und Zentrenkonzept zur Beratung vorgelegt. Nun stellt sich die Frage: Wofür? Die heutige Vorlage zur Parkgebührenerhöhung in den Stadtteilzentren konterkariert die eigenen Planungen der Verwaltung zum vorgenannten Konzept.

(Beifall bei der FDP)

In der nächsten Verkehrsausschusssitzung wird eine Mitteilung der Verwaltung diskutiert werden. Darin wird die Einführung einer „Brötchentaste“ in den Stadtteilzentren befürwortet; denn in der besagten Mitteilung werden seitens der Verwaltung - meine Damen und Herren, man höre und staune - Kriterien genannt, die für die Einführung einer „Brötchentaste“ sprechen. Es werden dort auch Zahlen genannt, und zwar wie hoch die Mindereinnahmen pro Bezirk ausfallen würden, wenn diese „Brötchentaste“ eingeführt würde. Die Mindereinnahmen werden für alle neun Stadtbezirke mit circa 58 000 Euro beziffert. Im Verhältnis zu den 900 000 Euro, die wir eben für die Stadtbezirke beschlossen haben, ist das relativ wenig.

Meine Damen und Herren, in der hier heute vorliegenden Vorlage zur erneuten Parkgebührenerhöhung wird die „Brötchentaste“ rigoros von der Verwaltung weggewischt, in einer Mitteilung für den Verkehrsausschuss werden jedoch Kriterien für neue Ausweisungen seitens der Verwaltung aufgestellt. Das kommt uns Liberalen spanisch vor. Offensichtlich weiß in der Verwaltung die linke Hand nicht, was die rechte tut.

Die heutige Vorlage zur Parkgebührenerhöhung ist für uns Liberale völlig indiskutabel. Wir werden sie dementsprechend ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie mit uns den Bürgerwillen auf, stärken Sie heute Ihre und unsere Bezirksvertretungen und stimmen Sie unserem Antrag zur Einführung einer „Brötchentaste“ in den Stadtbezirken zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Kirchmeyer. - Herr Möring, bitte.

**Karsten Möring (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die hier heute zu diskutierende Vorlage beinhaltet zunächst einmal eine massive Kostenerhöhung für das Parken in den bewirtschafteten Gebieten. Diese Kostenerhöhung ordnet sich ein in eine Reihe massiver Gebührenerhöhungen, die nicht erst seit Anfang dieses Jahres, sondern schon im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen wurden - und das, obwohl schon erhebliche Einnahmeverbesserungen, zum Beispiel durch die Erhöhung der Gewerbesteuer, von der Ratsmehrheit vorgesehen worden sind.

Die in der Vorlage enthaltene Begründung, damit werde eine vergleichbare Situation zu den Parkhäusern hergestellt, die die Gebühren schon seit längerem erhöht hätten, ist meiner Ansicht nach falsch. Ich schließe mich hier der Argumentation von Frau Kirchmeyer an. Wenn man schon einen solchen Vergleich zieht, dann sollte man dabei auch berücksichtigen, dass beispielsweise privat betriebene Parkhäuser wie das am Maternusplatz in Rodenkirchen bereits die „Brötchentaste“ eingeführt haben.

Es ist hier auch die Frage nach der Berücksichtigung des politischen Willens in den Bezirksvertretungen zu stellen. Keine einzige Bezirksvertretung hat diese Vorlage in dieser Form so beschlossen.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Doch, Ehrenfeld! Und Nippes auch!)

- Ja, gut. Ehrenfeld hat dazu einige Anmerkungen gemacht. Aber die allermeisten Bezirksvertretungen haben sie abgelehnt oder nur unter Bedingungen zugestimmt. Wenn man die Beschlussergebnisse durchgeht, stellt man fest, dass mit wechselnden Mehrheiten, meistens gegen die Grünen, in einem Fall sogar einstimmig alle der Bezirke der Meinung waren, dass zu dieser Gebührenordnung auf jeden Fall die Einführung einer „Brötchentaste“ gehört.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nein!)

- Die gehört dazu.

Die Verwaltung hat uns in der Mitteilung im letzten Verkehrsausschuss ihre über Jahre hinweg angestellten Überlegungen, unter welchen Kriterien eine solche Einführung sinnvoll ist, ausdrücklich vorgestellt.

Es ist doch so - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, dass sich die Einnahmeausfälle in einer Größenordnung

bewegen - diese sind vielleicht nach der Parkgebührenerhöhung ein bisschen höher -, die dem im Haushalt enthaltenen städtischen Zuschuss für die Begrünung der Südseite von Privatwohnungen entspricht, dem Sie zugestimmt haben. Da frage ich mich: Wo ist da die Verhältnismäßigkeit, die „Brötchentaste“ oder das Kurzzeitparken kostenlos zu machen? In der Severinstraße ist das ein echtes Erfolgsmodell. Das führt dort zu Einnahmeausfällen von unter 30 Euro pro Parkuhr und Jahr. Dieses Konzept wäre eine Wirtschaftsförderung für unsere Stadtteilzentren, die sie unbedingt brauchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir beraten über ein Einzelhandels- und Standortkonzept. Wie man in diesem Kontext zwei ganz wesentliche Elemente, nämlich Kundennähe und Erreichbarkeit, schlichtweg ignorieren und sie für einen Appel und ein Ei einfach wegbügeln kann, dafür habe ich nur zwei Erklärungen: Nickeligkeit oder Ideologie. Ich überlasse Ihnen die Wahl, welche der beiden Erklärungen zutrifft.

(Beifall bei der CDU)

Der Rat bzw. die Ratsmehrheit hat öfter bewiesen, dass Nickeligkeit nicht zu ihren Eigenschaften gehört. Es bleibt also keine andere Erklärung als die, dass hier wieder einmal der ideologische Hammer zuschlägt.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das stimmt nicht! Das ist albern!)

In der Mitteilung der Verwaltung werden ja die Kriterien, wo eine solche Kurzzeitparktaste sinnvoll ist und wo nicht, im Einzelnen aufgeführt. Es geht hier nicht um Nahverkehrsversorgung, also nicht um die Einkäufe, die man fußläufig oder mit dem Fahrrad erledigen kann. Vielmehr geht es um jene Bereiche, für die man einen größeren Anlauf braucht. Zum Beispiel muss man auch die Möglichkeit haben, seine Einkaufstaschen einmal kurz abzustellen. Nicht zuletzt geht es auch um Umsatz, wenn die Menschen ihre Einkäufe auf diese Art und Weise schnell erledigen können.

Wir fordern Sie auf: Stimmen Sie nicht für diese Vorlage! Wir stimmen dem Änderungsantrag der FDP zu und werden die Vorlage ansonsten ablehnen. Ich sage Ihnen voraus: Dieses Thema ist nicht zu Ende. Sie können den Wunsch und die Vorstellungen der großen Mehrheit in den Bezirken nicht einfach ignorieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Noch einmal: Hier steht der mögliche Einnahmeverlust in keinem Verhältnis zum Nutzen. Deswegen fordere ich Sie auf: Lehnen Sie die Vorlage in dieser Form ab und lassen Sie die Kurzzeitparktaste zu! - Danke schön fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau dos Santos, bitte.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir lehnen den Änderungsantrag der FDP ab und stimmen der Verwaltungsvorlage zu.

(Zuruf von der FDP: Bravo!)

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass Ulrich Soénius, Geschäftsführer der IHK Köln und dort für den Verkehrsbereich zuständig, in einem Schreiben, das ich bekommen habe - möglicherweise haben es auch die anderen Sprecher erhalten -, dargestellt hat, dass er dem Konzept der Verwaltung durchaus zustimmen kann. Auch die Erhöhung der Parkgebühren nach 15 Jahren hält er für in Ordnung. Zugegeben: Er fordert genau wie Sie die Kurzzeitparktaste. Er hat aber genauso wie die Bezirksvertretungen, die sich dafür ausgesprochen haben, nicht dargestellt, wie das dann im Gesamtkonzept ausgeglichen werden sollte.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir sind zurzeit der Auffassung, dass die Verwaltungsvorlage in Ordnung ist. Wir halten das Konzept für schlüssig und stimmen deswegen zu.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau dos Santos. - Herr Wiener.

**Markus Wiener (pro Köln):** Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausführungen von Frau Kirchmeyer und Herrn Möring sind natürlich in weiten Teilen zutreffend und sinnvoll. Gestatten Sie mir trotzdem eine Anmerkung: Ich darf Sie daran erinnern, dass pro Köln in allen Bezirksvertretungen in den letzten Jahren

Anträge eingebracht hat, die genau diese Möglichkeit des kostenlosen Kurzzeitparkens beinhalteten. Wenn ich mich richtig erinnere, haben CDU und FDP damals immer dagegen gestimmt. Das sei einmal zur Ehrlichkeit und zur Historie hinzugefügt. Nichtsdestotrotz ist der FDP-Änderungsantrag sinnvoll. Wir haben keine Probleme damit, diesen zu unterstützen. Wir sind nicht nachtragend.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Tull, bitte.

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir werden der Vorlage auch unverändert zustimmen, wie übrigens auch eine ganze Reihe von BVen. Was Sie eben hier erzählt haben, Herr Möring, stimmt einfach nicht. Die BVen geben an dieser Stelle ein ziemlich durchwachsenes Bild ab: Einige haben sich für die Einführung einer „Brötchentaste“ ausgesprochen, einige waren dagegen. Wir halten die Einführung einer „Brötchentaste“ aber auch aus Verkehrsabwägungssicht insgesamt nicht für sinnvoll. Es sind nicht nur rein monetäre Gründe, warum wir sie ablehnen. Wir sind vielmehr der Meinung, dass sie dazu führen wird, dass die Leute länger die Parkplätze blockieren, die wichtig sind, weil in den städtischen Bereichen schnell umgeschlagen werden muss.

(Lachen bei Christraut Kirchmeyer  
[FDP])

- Ja, das ist so. Auch aus diesem Grund halten wir die Vorlage, so wie sie jetzt ist, für sinnvoll.

Wir sind froh, dass das Thema damit endlich vom Tisch ist. Sie haben damals gegen die BV Innenstadt mit schwarz-gelber Mehrheit im Verkehrsausschuss ein Modellversuch durchgedrückt. Dieser Modellversuch ist gescheitert.

(Widerspruch von CDU und FDP)

Wir sind froh, dass wir das Ganze jetzt beerdigen können. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Frau Tull. - Herr Sterck.

**Ralph Sterck** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir von der FDP-Fraktion künden nach jeder Sitzung den Spruch des Tages. Ich werde die Aussage von Frau dos Santos Herrmann: „Wir müssen sehen, wie wir die 60 000 im Gesamtkontext ausgleichen“, als Spruch des heutigen Tages vorschlagen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber ich hatte mich eigentlich aus einem anderen Grund gemeldet. Frau Kirchmeyer hatte ja auf den Widerspruch in den beiden Verwaltungsvorlagen hingewiesen und gesagt, dass in der Vorlage hier die Einführung einer „Brötchentaste“ abgelehnt wird, in der Vorlage im Verkehrsausschuss allerdings Kriterien vorgegeben sind, wo es sinnvoll ist, die „Brötchentaste“ einzuführen.

Wir haben doch eigentlich eine einheitliche Verwaltungsmeinung. Deswegen die Frage an die Verwaltung und an den Oberbürgermeister: Wie kommt es dazu, dass in zwei verschiedenen Verwaltungsvorlagen so unterschiedliche Meinungen formuliert sind? Diesen Widerspruch haben wir und auch die Bezirksvertretungen ja aufgegriffen. Im Grunde wollen wir hier eine einheitliche Verwaltungsmeinung wiederherstellen, wenn wir fordern, dass die Einführung einer „Brötchentaste“ entsprechend der Vorlage im Verkehrsausschuss nun auch in der hier vorgelegten Vorlage vorgesehen wird.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Streitberger.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, ich weiß nicht, worum es geht. Ich habe nicht zugehört. Ich bitte um Entschuldigung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP)

**Ralph Sterck** (FDP): Herr Streitberger, das ist wenigstens ehrlich von Ihnen. Andere Kollegen hätten darüber einen halbstündigen Vortrag halten können, ohne die Frage überhaupt gehört zu haben

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Herr Streitberger, es geht um den Sachverhalt, dass es zu diesem Thema offensichtlich zwei unterschiedliche Verwaltungsmeinungen gibt.

Zum einen besagt die hier vorliegende Vorlage, dass die „Brötchentaste“ abgeschafft wird. Zum anderen führt eine Mitteilung im Verkehrsausschuss aus, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit die „Brötchentaste“ eingeführt werden kann. Das ist ein Widerspruch, der nicht zur einheitlichen Verwaltungsmeinung des Oberbürgermeisters dieser Stadt gehören sollte. Wir wollen mit unserem Antrag die einheitliche Verwaltungsmeinung wiederherstellen und schlagen deswegen vor, dass die hier abzustimmende Vorlage auf die Mitteilung im Verkehrsausschuss angepasst wird.

Meine Frage an Sie lautet: Wie können Sie sich diesen Widerspruch erklären?

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, das ist kein Widerspruch, und das wissen Sie ganz genau. Das eine ist eine Entscheidungsvorlage, das andere ist eine Mitteilung. In der Mitteilung finden Sie die Bedingungen für die Einführung einer „Brötchentaste“ aufgeführt, über die es in der Vergangenheit aber keine Entscheidung gegeben hat. Es erschien uns wichtig - gerade weil jetzt wieder die Diskussion über dieses Thema läuft -, noch einmal aufzublättern, welche Möglichkeiten darin stecken und welche nicht. Insgesamt ist das ja eine überschaubare Problemlage, wie Sie wissen.

Die Verwaltungsvorlage zu den Parkgebühren enthält keine Entscheidung über die „Brötchentaste“: weder zu ihrer Abschaffung noch zu ihrer Einführung. Sie enthält auch keine Entscheidung über den Status quo der Bereiche mit „Brötchentaste“, die es ja nach wie vor auf der Severinstraße und auf der Mittelstraße gibt. Wir würden vorschlagen, sie auf der Mittelstraße abzuschaffen, weil sie sich dort nicht bewährt hat, und sie auf jeden Fall auf der Severinstraße beizubehalten.

(Ralph Sterck [FDP]: Hört! Hört!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage, wie Verkehrsausschuss und AVR. Wer ist dagegen? - Die CDU, die FDP, Herr Hoffmann und pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Vorlage so abgestimmt und genehmigt.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 7:

**7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für die Hj. 2010 und 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 0730/2011**

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine.

Dann kommen wir zu den Vorlagen unter Tagesordnungspunkt 10:

**10 Allgemeine Vorlagen**

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

**10.2 Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Kalk Post, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-8-7111, Hst. Kalk Post - Einbau von Aufzügen 4570/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

(Martin Börschel [SPD]: Wie Verkehr!)

- Abstimmung wie Verkehrsausschuss. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen, keine Gegenstimmen. Dann ist 10.2 so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

**10.3 Baubeschluss für den Ausbau der Lützerathstraße von Rösrather Straße bis Rather Mauspfad sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes; hier Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze 4814/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? -

Wer enthält sich? - Beides ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Förderung von freien Trägern der Wohlfahrtspflege und der interkulturellen Arbeit - Rücknahme von Kürzungen zur Vermeidung von Härtefällen  
4904/2010/1**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegenstimmen von pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.4 so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Erneuerung/Umgestaltung S-Bahn-station Chorweiler-Nord hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Absatz 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln über die Haushaltsjahre 2010 und 2011  
0063/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.6 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Bundeseinheitliche Behördenrufnummer D115 - Verbesserung des Bürgerservices in der Region hier: Teilnahme des Service-Centers 115 Köln und weiterer kommunaler Partner in der Region an der Betriebsphase  
0110/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist auch 10.7 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2011  
0145/2011**

Ergänzung in der Anlage 6. - Herr Klipper, bitte.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Wir haben schon im Finanzausschuss darüber gesprochen und wollten wissen, wie hoch das Eigenkapital noch ist. Mittlerweile haben wir große Bedenken im Hinblick auf die fortwährende Kapitalaushöhlung der Gebäudewirtschaft. Es werden nämlich bis 45 Millionen Euro an den allgemeinen Haushalt abgeführt. Wenn wir das hochrechnen, wird in drei bis vier Jahren kein positives Eigenkapital mehr da sein. Wir halten dies für sehr gefährlich und möchten das hier zu Protokoll geben. In diesem Jahr werden wir angesichts der besonders schwierigen Haushaltssituation noch zustimmen, wollen aber auch zum Ausdruck bringen, dass wir dieser Entnahme sehr kritisch gegenüberstehen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Klipper. - Frau Kirchmeyer, bitte.

**Christtraut Kirchmeyer** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Schon in den Legislaturperioden der vergangenen Jahre haben wir immer wieder darauf hingewiesen. Ich freue mich, dass die Kollegen von der CDU das jetzt auch erkannt haben. Darum haben wir schon in den letzten Jahren diese Vorlage abgelehnt und werden das auch heute wieder tun.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über 10.8 mit der Ergänzung abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die FDP, Herr Hoffmann und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist 10.8 mit der Ergänzung angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Abführung an den städtischen Haushalt für 2011  
0154/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Dagegen sind die FDP und Herr Hoffmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.9 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der**

**Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6607-1201-0-1001, Sickerbrunnen - Generalsanierung 0211/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.10 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Wirtschaftsplan 2011 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 0232/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Die FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist 10.11 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln  
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes 0253/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.12 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Mülheimer Brücke Durchführung der statischen Prüfung für die Gesamtinstandsetzung aller Teilbauwerke 0262/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.13 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Nord-Süd Stadtbahn, 3. Baustufe sowie Umgestaltung der Bonner Str. zwischen Marktstr. und Verteilerkreis Köln-Süd, Zusätzlicher Stellen-/Personalbedarf**

**0439/2011**

Herr Möring, bitte.

**Karsten Möring (CDU):** Ich mache es vom Platz aus, Frau Bürgermeisterin. - Wir werden dieser Vorlage nicht zustimmen und haben das in den vorlaufenden Ausschüssen auch schon begründet. Ich will es hier noch einmal kurz zusammenfassen.

Wir kritisieren, dass für diese Vorlage zwar ein langer Zeitraum ins Land gegangen ist, der aber nicht genutzt wurde, die Frage zu klären, mit welchem Personal diese Aufgaben durchgeführt werden sollen. Die Vorlage sieht vor, unbefristete Personalstellen zuzusetzen, obwohl es bei der KVB möglicherweise Personal gibt, das nicht mehr benötigt wird. Wir hätten erwartet, dass im Zusammenhang mit dieser Vorlage ein Personalkonzept vorgelegt wird, das überzeugend ist. Stattdessen haben Sie es sich einfach gemacht. Der einfachen Zusetzung von Stellen, zumal von unbefristeten, können wir nicht zustimmen. Deswegen werden wir diese Vorlage hier ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Möring. - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Meine Damen und Herren! Wir haben über den Archiveinsturz und das Unglück am Waidmarkt hier sehr oft diskutiert und in diesem Zusammenhang auch über die dritte Baustufe gesprochen. Ich finde es gut, dass die Stadt Köln für die dritte Baustufe verantwortlich zeichnet. Die jetzt zu treffende Entscheidung ist auch eine strategische Grundsatzentscheidung. Denn damit sorgen wir dafür, dass die Verwaltung mit Personal ausgestattet wird, das in der Lage ist, auch große und schwierige Bauprojekte weiterzuentwickeln bzw. abzuwickeln. Deswegen stimmen wir dieser Vorlage zu. Wir meinen, dass hier ein richtiger Schritt getan wird. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über 10.14 abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die

CDU und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich.

(Markus Wiener [pro Köln]: Nein, keine Enthaltungen!)

- Keine Enthaltungen, gut. Dann ist 10.14 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Koelnmesse GmbH**  
**hier: Entnahme aus der**  
**Kapitalrücklage**  
**0656/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Dann ist 10.15 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Netzwerk Innenstadt NRW**  
**hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln**  
**0688/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei dieser Vorlage, die auch schon im Stadtentwicklungsausschuss beraten wurde, stellt sich für uns die Frage: Warum soll die Stadt Köln einem neuen Verein beitreten? Damit soll nur weiter Bürokratie aufgebaut werden. Es gibt doch schon heute Aufgabenkritik. Hier soll es um ein „Netzwerk Innenstadt NRW“ gehen. Es stellt sich schon die Frage, warum wir mit Städten wie Bocholt einen Verein gründen sollen. Wir sind eine Metropole, die ihre ganz spezifischen Anliegen hat. Mit den hohen Beiträgen, die die Stadt Köln dann zu zahlen hätte, würden wir nur die anderen alimentieren. Man kann sich selbstverständlich austauschen, keine Frage; aber hier soll ein neuer Wasserkopf in der Verwaltung aufgebaut werden. Darum lehnen wir das ab.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse jetzt über 10.16 abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.16 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Hochwasserschutzmaßnahmen für Stadtbahnanlagen**  
**hier: Erweiterter Planungsbeschluss für Hochwasserschutzmaßnahmen an den Stadtbahnanlagen im rechtsrheinischen Stadtgebiet**  
**0856/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen? - Dann ist 10.17 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

**10.18 Geplante Dienstreise des Ausschusses für Umwelt und Grün zur Bundesgartenschau nach Koblenz**  
**0979/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.18 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Südbrücke**  
**Instandsetzung der Fuß- und Radwege hier: Erneuerung von Zwischendecken in den linksrheinischen Treppenhäusern**  
**3177/2010**

Abstimmung wie Verkehrs- und Finanzausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte, Herr Schöppe.

**Bernd M. Schöppe** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns sehr, dass da endlich etwas passiert. Es wird auch allerhöchste Zeit. Aber das Prozedere ist kritikwürdig. Herr Möring hat ja eben schon angesprochen, dass solche Sachen zu lange dauern.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Brücke 1910 gebaut wurde und seit 2005 ein Prüfbefund der Bahn vorliegt, frage ich mich: Was ist denn in all den Jahren passiert? Wir alle wissen, wie die Brücke aussieht. Wir schreiben heute das Jahr 2011. Seit 2005 liegt der Prüfbefund vor, 2008 gab es dazu einen Ratsbeschluss, 2009 erfolgte ein Bauauftrag, und heute geben wir endlich das Signal zur Umsetzung. Das dauert einfach alles

viel zu lange. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Ganze dadurch besser geworden ist. Das muss sich einfach ändern. So kommen wir nicht weiter in dieser Stadt.

Wir stimmen natürlich der Vorlage zu, bitten aber darum, dass das Prozedere generell beschleunigt wird und dass man auf Bauwerke dieser Art mehr Acht gibt. Das betrifft ja nicht nur diese Brücke, sondern viele Bauwerke dieses Alters. Man kann ja schon froh sein, wenn der Bismarckturm einmal geputzt oder von Graffiti oder dergleichen befreit wird. Generell lässt man ja solche Bauten eher verfallen, um dann irgendwann überrascht feststellen zu müssen: Oh, da müssen wir jetzt aber wirklich etwas tun. Dann wird das Ganze natürlich viel teurer. Das muss dringend anders werden.

(Beifall pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über 10.19 abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.19 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung zum Einbau einer Lüftungs- und Klimaanlage im Saal des Bürgerzentrums Engelshof - Baubeschluss 4232/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich über 10.20 abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Dann ist 10.20 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Brückenbauwerk Severinstraße zur Überquerung des Perlengrabens hier: Zustimmung zur Ausschreibungsplanung 5389/2010**

Abstimmung wie Verkehrsausschuss. - Herr Schöppe.

**Bernd M. Schöppe** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten gemäß Beschlusstext der

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik abstimmen.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Sie müssen erst mal den Beschlussvorschlag des Verkehrsausschusses lesen!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse über 10.21 wie Verkehrsausschuss abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Dann ist 10.21 wie Verkehrsausschuss mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

**10.23 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Wirtschaftsplan 2011 0610/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist 10.23 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

**10.24 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt 0843/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.24 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

**10.25 Koelnmesse GmbH hier: Verschmelzung der 100%igen Tochtergesellschaften Koelnmesse International GmbH und Koelnmesse Service GmbH auf die Koelnmesse GmbH 1078/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. Dann ist 10.25 mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Leitbild Köln 2020****Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht 2225/2010**

Das nehmen wir nur zur Kenntnis, es erfolgt keine Abstimmung.

Zu Tagesordnungspunkt 10.28:

**10.28 Gesetzliches Vorkaufsrecht gemäß § 36a Landschaftsgesetz 4959/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Die Linke enthält sich. Dann ist 10.28 mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 12:

**12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 75340/03**

**Arbeitstitel: Alte Burgstraße in Köln-Porz-Libur, 2. Änderung 0586/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka** (CDU): Frau Bürgermeisterin, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass der Kollege Helge Schlieben an dieser Abstimmung nicht teilnimmt und den Ratssaal verlassen hat. Er kommt später wieder.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Das nehmen wir so zu Protokoll. - Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist gegen 12.1? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 12.1 einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 14:

**14 Erlass von Veränderungssperren**

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Ehrenfeld**

**Arbeitstitel: Ehrenfeldgürtel/nordöstlich Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld 0071/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 14.1 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 15 auf:

**15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen**

Zu Tagesordnungspunkt 15.1:

**15.1 Entwicklungskonzept Lindweiler 2212/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist 15.1 einstimmig angenommen.

Als Nächstes kommen wir zu Tagesordnungspunkt 17:

**17 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung einer Vertreterin für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Höfe AN/0645/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 17.1 einstimmig angenommen.

Ich übergebe die Sitzungsleitung jetzt wieder Herrn Oberbürgermeister Roters.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir setzen die Abstimmungen fort.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Besetzung des Unterausschusses Ganztage 0612/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Nicht der Fall. Also gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Neuwahl eines Mitglieds des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde durch vorzeitiges Ausscheiden gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Landschaftsgesetzes NRW (DVO-LG)  
0925/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Wechsel im Unterausschuss Ganztage"  
AN/0777/2011**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Schule und Weiterbildung"  
AN/0778/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Antrag der FDP-Fraktion hier: Wechsel im Jugendhilfeausschuss  
AN/0779/2011**

Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der Fraktion pro Köln hier: Umbesetzung Finanzausschuss  
AN/0791/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Bei Enthaltung der Fraktion der Grünen und der Fraktion der Linken so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Antrag der Fraktion pro Köln hier: Benennung eines Mitglieds im Verwaltungsrat der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB)  
AN/0792/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diesen Personalvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Enthaltungen von der SPD, den Grünen und der Linken. Damit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Antrag der Fraktion pro Köln hier: Benennung eines Mitglieds im Verwaltungsrat der Sparkasse Köln/Bonn  
AN/0793/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Das muss natürlich richtigerweise heißen: in der Zweckverbandsversammlung. Da ist uns ein Bürofehler unterlaufen. Ich bitte jetzt mündlich korrigieren zu dürfen, dass es hierbei um unseren Sitz im Zweckverband geht.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Dann kommen wir zur Entscheidung darüber. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Enthaltungen von der SPD, den Grünen und der Linken. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

**17.10 Antrag der CDU-Fraktion hier: Neuwahl eines Sachkundigen Einwohners für den Gesundheitsausschuss  
AN/0797/2011**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Erhöhung der Eintrittspreise für Erwachsene im Ostermärchen und den normalen Kinderstücken ab der Spielzeit 2011/2012  
0596/2011**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Es gibt keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das



Handzeichen. - Das sind FDP, pro Köln und die CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

(Zuruf von pro Köln: Die Linken machen da mit?)

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Ratssitzung.

(Schluss: 21.30 Uhr)